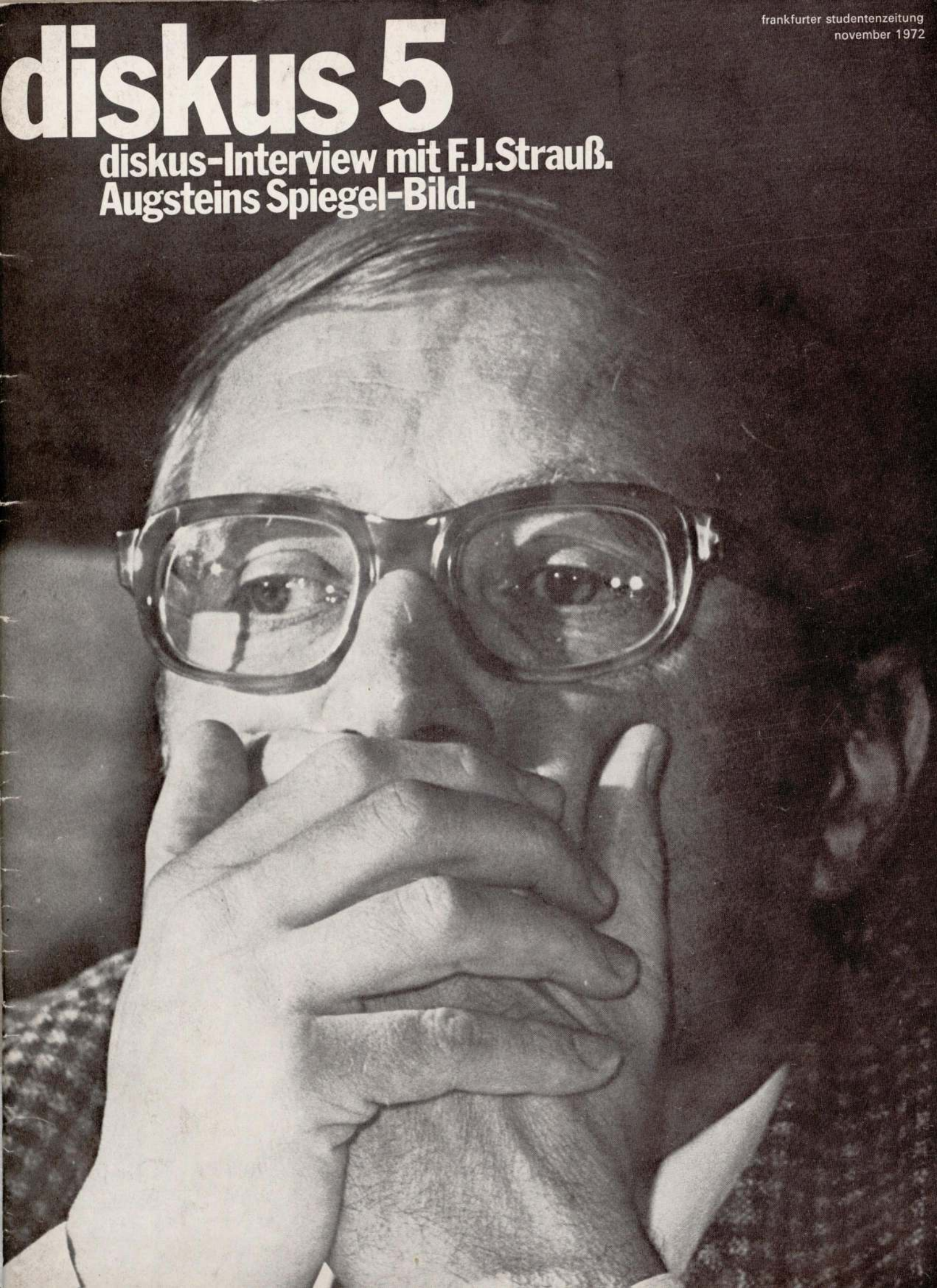
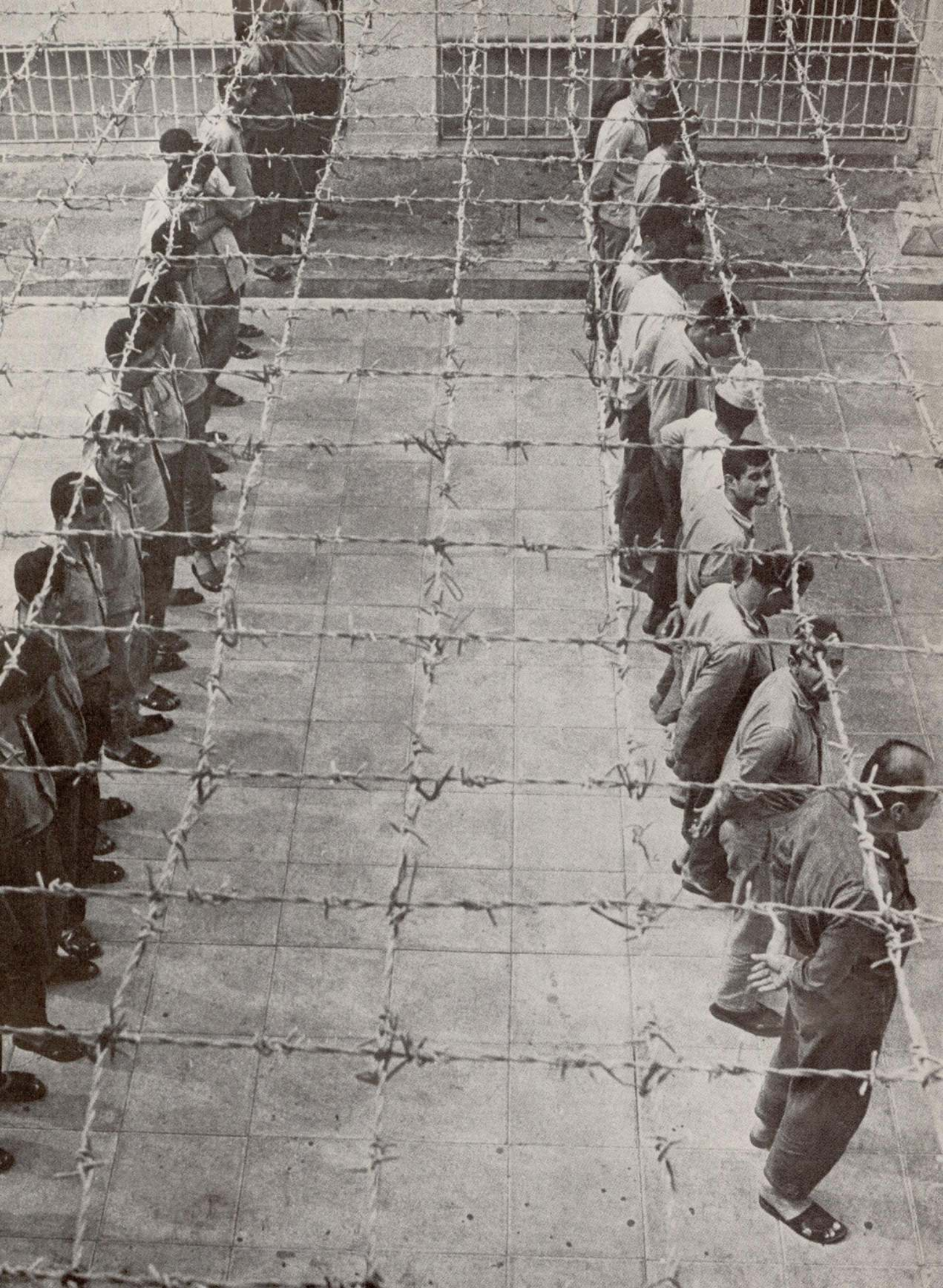
frankfurter studentenzeitung
november 1972

diskus 5

diskus-Interview mit F.J.Strauß.
Augsteins Spiegel-Bild.





Zynismus.

In der zionistischen Propaganda erscheint der Zionismus als die nationale Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes und als einzige Alternative zu dessen Verfolgung und Vernichtung. Antizionismus wird entsprechend mit Antisemitismus gleichgesetzt. Die folgende kurze Analyse soll zeigen, daß der Zionismus entgegen seiner propagandistischen Selbstdarstellung in keiner Phase seiner Existenz mit den Befreiungsinteressen der verfolgten Juden identisch war, sondern diesen im Gegenteil direkt zuwider läuft. Die Kritik am Zionismus ist dabei die Kritik am Staat Israel, der der staatliche Ausdruck der zionistischen Bewegung ist. In der Existenz Israels manifestiert sich dieselbe Gewalt gegen Araber und Juden (von letzteren noch größtenteils undurchschaut), wie sie für den „historischen" Zionismus als politischer Bewegung zur Gründung des Staates kennzeichnend ist. Hiermit grenzen wir uns entschieden ab von all jenen „Kritikern" der Epiphänomene, die Israel naiverweise lediglich anempfehlen, seine imperialistischen und expansionistischen „Züge" abzulegen und deren Forderungen letztlich auf die bekannte „Dezionisierung" des zionistischen Staates hinauslaufen. Diesen Ansichten gegenüber ist zu betonen, daß sich Zionismus heute nicht als politische Überbauerscheinung Israels fassen läßt, sondern daß Israels zionistischer Charakter in seiner Existenz als jüdischer Staat begründet ist. Diese Existenz allein ist ein rassistisches, zionistisches Faktum. Deshalb ist ein Ende der zionistischen Politik Israels mit all ihren imperialistischen, rassistischen, aggressiven Erscheinungsformen nicht durch einen zukünftigen Regierungswechsel in Jerusalem, sondern erst mit der Überwindung der Existenz dieses Staates und der Errichtung einer neuen Gesellschaft, in der Juden und Araber gleichberechtigt und ohne trennende Grenzen und Rassenschranken leben können, zu erwarten. Israels zionistischer Charakter ist nicht kontingent, sondern existenziell. Die Lösung des „Nahost-Problems" führt demgemäß nicht über den Wahlsieg einer „einsichtigen", „linken" israelischen Partei, die dann mit den antiquierten zionistischen „Restbeständen" aufräumen und ein „Israel ohne Zionisten" (Uri Avneri) schaffen würde, sondern nur über die Entwicklung der palästinensischen Befreiungsbewegung und ihre Verbindung mit dem Kampf antizionistischer (im ganzen radikalen Sinne dieses Wortes) jüdischer Gruppen innerhalb Israels. Zionismus-Kritik ist heute somit nicht von lediglich historischem Interesse, sondern ein aktueller Bestandteil des Kampfes des palästinensischen Volkes, um einen antiimperialistischen, von Rassismus freien Nahen Osten. Die Haltung der genannten „Kritiker" ist allzu verwandt mit jener zionistischen Pragmatik, die den Staat Israel als nun einmal bestehendes Faktum begreift und von seiner Vorgeschichte aus leicht verständlichen Gründen abstrahieren möchte. Diese Pragmatik ist nichts als ein Reflex der aktuellen israelischen Politik, die, wie Bertrand Russell es ausdrückte, „jede neue Expansion zur neuen Basis von aus Überlegenheit vorgeschlagenen Verhandlungen macht und dabei das Unrecht der vorausgegangenen Aggression ignoriert"(1)

Der Ursprung des Zionismus.

In seinem Ursprung ist der Zionismus nicht die Bewegung der verfolgten Juden, als die er sich selbst darstellt, sondern einer bestimmten Schicht der Juden, die das Schicksal ihrer verfolgten Glaubensgenossen zur Realisierung eigener Machtinteressen ausnutzte. Er ist das Produkt eines Teils der kleinbürgerlichen jüdischen Intelligenzschichten, deren Beeinflussung durch die Ideen der bürgerlichen Revolutionen und den europäischen Nationalismus der imperialistischen Epoche mit dem sie gesellschaftlich diskriminierenden kleinbürgerlichen Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts in einem unauflösbaren Widerspruch stand. Der Eindruck der nationalen Ideologien und die Erfahrung der gesellschaftlichen Desintegration verdichteten sich bei ihnen zur Idee eines eigenen Staates, in dem sie, die bislang Ausgestoßenen, selbst die gesellschaftliche Oberschicht bilden würden. Das Bestreben nach einem jüdischen Staat in Palästina ist so Ausdruck klassenspezifischer Machtinteressen und nicht des Emanzipationsverlangens der Juden schlechthin. Ein großer Teil der jüdischen Massen war, vor allem in Osteuropa, in der sozialistischen Bewegung organisiert und bekämpfte im Angriff auf Feudalismus und Kapitalismus die Basis des Antisemitismus und des allgemeinen Elends. Der Zionismus dagegen hatte es mit seiner antiklassenkämpferischen Tendenz – der Klassenkampf beschleunigte ja die Assimilation der Juden, die dem Zionismus die angestrebte Massenbasis von vornherein entzog – nicht schwer, die Sympathie und Unterstützung von Feudalisten und Kapitalisten zu gewinnen, die in ihm einen Schutzwall gegen den internationalen Sozialismus erkannten. Dazu war er bei seinem Bemühen, die Juden aus Europa herauszuschaffen, um sie bei der Kolonisation Palästinas einzusetzen, gerade auf die tätige Mithilfe der Antisemiten angewiesen. Das Fortleben des Antisemitismus in Europa war die Bedingung, ohne die die Auswanderung der Juden ein bloßer Wunschtraum bleiben würde.

Da eine Bekämpfung des Antisemitismus den zionistischen Interessen direkt entgegengesetzt war, versagten die jüdischen Massen ihren selbsternannten Erlösern die Unterstützung. Sie standen dem Zionismus teils ironisch, teils absolut feindlich gegenüber. Der jüdische Sozialist David Balakan z. B. schrieb von einer „Spät- und Spottgeburt der modernen nationalen Idee" (2), Karl Kraus, daß die Zionisten allenfalls „zur Bereicherung des Operettengenres" beitragen würden (3), und S. Häcker berichtete aus Galizien, wie in zahlreichen Städten jüdische Arbeiter Zionisten in von denen einberufenen Versammlungen „einfach durchprügelten und hinauswarfen" (4). Der 1. Zionistische Weltkongreß, auf dem der Zionismus organisatorische Gestalt annahm (Gründung der Zionistischen Organisation), mußte 1897 aufgrund der scharfen Proteste der jüdischen Gemeinden kurzfristig von München nach Basel verlegt werden. Bis in die Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein schien der Zionismus ein für Juden und Araber tragisches, aber zum sicheren Scheitern verurteiltes Kuriosum der Geschichte zu bleiben. Was ihm zum Überleben und zu einem vorläufigen Erfolg verhalf, waren das Interesse des Imperialismus an einem Wachhund für seine Investitionen im vorderen Orient, die Judenhetze in Europa, besonders die der Anfangsjahre des deutschen Faschismus, und, in Zusammenhang mit diesen Faktoren, last not least die zionistische Theorie und Praxis selbst,

Fortsetzung auf Seite 21

Zynismus.

Den diskus zum Schweigen zu bringen, war das Ziel einer langen Kette von Angriffen in den letzten Jahren. Bisher war es allerdings der Kultus- und Universitätsadministration sowie der studentischen Rechten vorbehalten, eine mißliebige, weil kritische Zeitung zu attackieren. Die Kumpanei des KSV eben mit ADS und RCDS auf der letzten Studentenparlamentssitzung im Sommersemester setzt nun allerdings in der Tradition der Angriffe auf den diskus einen makabren Höhepunkt. Die Herausgeber, Mitglieder des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB/SF), sollten von einer Koalition abgewählt werden, die sich inhaltlich nicht darüber einig ist, ob wir ein kommunistisches (RCDS) oder antikommunistisches (KSV) Hetzblatt sind, die aber beide ein politisches Interesse an der Liquidierung des diskus haben.

Als „Mitteilungsblatt der Freunde und Förderer der J. W. Goethe-Universität", 1951 gegründet ,beschränkte sich der diskus anfangs im wesentlichen darauf, über hochschulinterne Vorgänge wie Ehrungen von Professoren, hochgeistige Antrittsvorlesungen, den Besuch des Hochkommissars für die amerikanische Zone Clay u. ä. zu berichten. Doch schon bald profilierte sich der diskus auf einem Gebiet, das eine traditionelle „Spielwiese der Intellektuellen" darstellt: der diskus hatte, so sagt man, das beste Feuilleton Deutschlands. Der Beginn der Studentenbewegung wirkte sich auch im diskus aus. Da die Herausgeber bis heute vom Studentenparlament gewählt werden, lassen sich die politischen Veränderungen in der Studentenschaft auch analog an den Inhalten des diskus verfolgen. Schon bald bezichtigte ein Politiker auf dem langen Marsch an die Macht den diskus prokommunistischer Tendenz und gar der Unterstützung aus „östlichen Quellen". Dr. Rainer Barzel, an der Spitze des Kommitees „Rettet die Freiheit", versuchte vor Gericht vergeblich seine Behauptungen zu beweisen und durfte sie nicht wiederholen.

Der erste Niederschlag gegen den diskus gelang dem „liberalen" Rektor Rüegg nach dem Höhepunkt der Studentenbewegung: weil der diskus sich zum politischen Mandat der Studenten bekannte, weil er versuchte, statt feuilletonistischer Schönhuberei durch Informierung über Vietnam und den Imperialismus, über Springer, über Funktion und Charakter kapitalistisch bestimmter Ausbildung den politischen Kampf der Studenten zu unterstützen, wurden dem diskus durch rektorale Verfügung Ende 1968 die Mittel entzogen. Der diskus mußte sein Erscheinen einstellen. Erst unter dem Interims-Rektor Denninger wurde der diskus Anfang 1970 von Mitgliedern des früheren SHB wieder in veränderter Form neu etabliert. Seitdem kläfft die CDU, wie gehabt, fortan in Abständen von etwa 3 Monaten im Hessischen Landtag und in den bürgerlichen Zeitungen über das „öffentlich finanzierte linksradikale Blatt".

Inzwischen ist es offensichtlich schon üblich geworden, daß darüber hinaus die Universitätsleitung auch auf Ersuchen des Kultusministeriums Interpretationen von Artikeln von den Herausgebern erbittet. Da möglicherweise im Landtag das ewige Drängeln der CDU nach Maßnahmen gegen den diskus Früchte zu tragen beginnt, machen wir uns keine großen Illusionen, sondern halten das faktische Verbot des diskus durch Mittelentzug in absehbarer Zeit für eine reale Möglichkeit.

Die CDU, und in abgeschwächter Form gilt das auch für die Kultusbürokratie und FDP, sollte allerdings zur Kenntnis nehmen, daß die Herausgeber durch das Studentenparlament demokratisch legitimiert sind, was heißt, daß sich Mehrheiten bei Wahlen politisch auf die Publikationsstrategie niederschlagen. Die mangelnde Potenz rechter Studentengruppen kann man nicht durch administrative Kraftakte kompensieren wollwollen. Richtig ist, daß die Herausgeber mehrheitlich dem SHB/SF angehören, ebenso richtig ist, und das weiß jeder, der den diskus über das Inhaltsverzeichnis hinaus liest, daß der diskus deswegen nie zu einem Organ des SHB/SF umfunktioniert wurde. Dennoch sind wir durch das Mehrheitsvotum der Studentenschaft legitimiert, im diskus politische Akzente zu setzen, ob das der CDU oder wem auch immer paßt oder nicht paßt. So ist es dann auch nur verständlich, wenn wir die inhaltliche Zensur durch das Präsidialamt ignorieren.

Kurz: die Landesregierung und die Universitätsleitung haben sich zu entscheiden, ob sie eine von legitimierten Mehrheiten getragene Studentenzeitung tolerieren oder nicht; eine Zwischenlösung, die inhaltliche Loyalität mit demokratischer Fassade verbinden will, kann es nicht geben.

Wie nun in dieser Situation der KSV es fertigbringt, die Herausgeber, ohne personelle und inhaltliche Alternative, wegen (so wörtlich S. Raabe) „antikommunistischer Hetze" abzuwählen, dürfte den meisten Studenten unerklärlich sein. Uns scheint es mit dem richtigen Verweis auf das schon theologische Sendungsbewußtsein der studentischen „Arbeiterführer" im KSV allein nicht getan zu sein.

In einer Phase des inhaltlichen Zerfalls und der organisatorischen Auffaserung der Studentenbewegung in dogmatisierte Kleingruppen, die in ständiger Abgrenzungs- und Fraktionierungspatologie introvertrierter Liniendiskussionen einerseits sowohl an gruppenübergreifender Diskussionsfähigkeit verloren haben und andererseits die Studenten als direkte Adressaten ihrer Politik weitgehend verloren haben und so in Wirkungslosigkeit hindämmern, hätte eine Zeitung wie der diskus, der aufgrund seiner rechtlichen Struktur keiner Gruppe unmittelbar verpflichtet ist, eine wichtige Funktion. Die progressive Funktion bestände darin, ein überregional verbreitetes Publikationsinstrument zu sein für die Konfrontation und Verbreitung verschiedener theoretischer und praktischer Ansätze zur Weiterentwicklung der Theorie und Strategie fortschrittlicher Gruppen.

Es ist klar, daß ein solcher diskus für eine Gruppe wie den KSV, der jeweils über die richtige und fortschrittlichste Linie verfügt, eine Bedrohung darstellen muß. Vor diesem Hintergrund wird der Versuch der Liquidierung des diskus zumindest in der gegenwärtigen Form vom Standpunkt des KSV verständlich.

Da der vom ADS und RCDS unterstützte Abwahlantrag des KSV, im Studentenparlament nicht die satzungsgemäße Mehrheit gefunden hat, arbeitet das gegenwärtige diskus-Kollektiv weiter. Die Amtszeit der amtierenden Herausgeber läuft Anfang des Semesters aus. Wir meinen, daß unter Berücksichtigung der Ausschreibungsfristen bereits das neue Studentenparlament die Herausgeber mehrheitlich wählen sollte.

Somit hätte die Studentenschaft die Möglichkeit, in der kommenden Parlamentswahl gleichzeitig über die Zusammensetzung des nachfolgenden diskus-Kollektivs zu entscheiden. Dies scheint uns die politisch sinnvollste Lösung zu sein.

diskus-Kollektiv

Nachrichten

4 Nachrichten-Magazin — Redaktion Heinrich, Wolczak

Hochschule

34 Informationen für Studienanfänger

8 Zu den Austritten aus dem KSV — Erich Klein

18 Reflexionen über den KSV — Ralf W. Scott, Daniel Georg

Presse

12 Augsteins Spiegel-Bild — Eva Braun

Parteien

39 Die SPD vor der Wahl — Edgar Weick

diskus-Interview

44 diskus-Interview mit Dr. h. c. Franz Josef Strauß

Medizin

24 Zur Geschichte des Sozialistischen Patienten-Kollektivs

Palästina

1 Zionismus — Erwin Erpel

30 Lod, München etc. — Redaktion Matzpen

32 Verbot von GUPS und GUPA — Anna Nadia

Dritte Welt

41 CIA-Putsch in Marokko — Brigitte Heinrich

47 Die drei Widersprüche des chilenischen Prozesses — Heinz Rudolf Sonntag

diskus

frankfurter studentenzeitung
Heft 5, 22. Jahrgang, 9. 11. 1972
diskus-Verlag
6 Frankfurt am Main,
Jügelstraße 1, Tel. 7 98 31 88
Herausgeber: Peter Körner, Hannsjörg Prelle, Andreas Schacht
Redaktion Wolfgang Bertelsmeier, Brigitte Heinrich, Til Schulz
Redaktionsleiter Eduard Wolczak
Gestaltung/Produktion Lothar Leßmann
Verlagsleiter H. Heinz Funke
Anzeigen/Vertrieb H. Heinz Funke
Verlagsbüro Renate Prelle
Druck Buch- und Verlagsdruckerei Paul Nack
645 Hanau, Hammerstraße 9
Auflage 15 000
Erscheinungsweise 8mal im Jahr
Gerichtsstand Frankfurt/Main

Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gekennzeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die des diskus-Kollektivs.

Die Krise der linken Gruppen. Beispiel: KSV

Ein zentrales Thema in diesem Heft sollte die Auseinandersetzung mit solchen linken Gruppen in der BRD sein, die meist nach dem Höhepunkt der Studentenbewegung entstanden sind und die sich durch eine ganz bestimmte dogmatische Rezeption der marxistischen Klassiker auszeichnen. Ausgehend von einem oftmals geradezu päpstlichen Unfehlbarkeitsanspruch, versuchen diese KPD's, KPD/AO's, KPD/ML's, KSV's, usw. usf. die Problematik der Verbindung zwischen gesellschaftlich-privilegierten Vertretern der Intelligenz und dem Proletariat – als einzigem Träger einer wirklichen revolutionären Veränderung – dadurch zu lösen, daß sie sich als Avantgarde oder gar als unmittelbare Vertreter des Proletariats ausgeben. Daß wir uns in diesem Heft hauptsächlich mit dem KSV Frankfurt auseinandersetzen, liegt vor allem daran, daß uns in der Politik des KSV Frankfurt, der sich neuerdings gespalten hat, die Folgen des oben skizzierten falschen Ansatzes sehr deutlich vor Augen geführt wurden.

Palästinakonflikt und zionistische Ideologie

Bei den Diskussionen um das Nahostproblem und besonders der Einschätzung der verschiedenen politischen Positionen ist es von zentraler Bedeutung, inwieweit progressive, an einem gleichberechtigten Zusammenleben der Nahostvölker orientierte Vorstellungen vertreten werden. Ideologien, die die Dominanz eines Volkes fordern und die Vertreibung des andern beinhalten, müssen demgegenüber als reaktionär gekennzeichnet werden.

Die beiden Artikel, die der diskus in diesem Heft zum Palästina-Konflikt abdruckt (einer die Übersetzung des Editorials der israelischen sozialistischen Organisation Matzpen), schätzen übereinstimmend den Zionismus als anti-emanzipatorisch ein, doch divergieren sie bei der Bewertung der Politik der palästinensischen Organisationen. Strittig ist die zentrale Frage, ob die tatsächliche gegenwärtige Praxis der Fedajin fortschrittlich ist oder auch selbst zum totalen Krieg gegen eine „Nation" degeneriert: „Die Schießerei in eine zufällige Menschenansammlung zeigt, daß sowohl die Organisatoren als auch die Ausführenden keine Unterscheidung hinsichtlich der israelischen Bevölkerung treffen" (Matzpen). Dagegen E. Erpel: „Die Gleichsetzung von Juden und Zionisten ... ist selbst zionistische Ideologie und von der palästinensischen Revolution mit ihrer theoretischen und praktischen Differenzierung von Jude und Zionist längst als solche entlarvt worden". Was nach Lod, München etc. nicht ganz einleuchtet.

Da es hier primär um Denkanstöße geht, bedeutet die Publikation der Beiträge nicht, daß diese in Tendenz und inhaltlicher Aussage die Standpunkte von Redaktion und Herausgebern wiederspiegeln.

Umschlag dieses Heftes:

Der Titel zeigt Rudolf Augstein. Die Rückseite des Titelblattes zeigt palästinensische politische Häftlinge in einem israelischen KZ. Die „Deodorant-Spray-Anzeige" auf der dritten Seite des Umschlages entstand unter Verwendung des Originaltextes einer Anzeige der Beiersdorf AG für TASMIN-Intimpflege, erschienen in „Brigitte", Heft 10/72 auf Seite 151.

nachrichten★magazin

Spendenaufruf „Solidarität mit Günter Amendt“

Der Springer-Konzern und seine Auftragsdruckerei wollen späte Rache nehmen. Sie haben ein rechtskräftiges Zivilurteil gegen Günter Amendt erwirkt, das ihn als einzelnen aus der Masse einer Demonstration herausgreift und für ihn zur Folge hat, daß er DM 72 000,– bezahlen soll. Das soll ihn in seiner bürgerlichen Existenz vernichten (indirektes Berufsverbot). In Wirklichkeit waren die Aktionen Ostern 1968 gegen die Auslieferung der Springerzeitungen eine kollektive und spontane Antwort auf die monatelange Hetze in den Springerblättern gegen die außerparlamentarische Opposition, der das Attentat auf Rudi Dutschke folgte. Die Absicht des Springerkonzerns, sein Vergeltungsbedürfnis an einem einzelnen zu befriedigen, ist bezeichnend. Wir vereiteln die Verwirklichung dieser Absicht, indem wir die eingeklagten DM 72 000,– durch eine Sammelaktion aufbringen.

Diese Sammelaktion „Solidarität mit Günter Amendt“ unterstützen als Erstunterzeichner mit einer erheblichen Spende: Wolfgang Abendroth, Klaus Behnke, Frank Benseler, Ernst Bloch, Gerhard Bott, Andreas Buro, Günter Busch, Rudi Dutschke, Hans Magnus Enzensberger, Erich Fried, Helmut Gollwitzer, Heiner Halberstadt, Dieter Hooge, Klaus Horn, Gerd Kadelbach, Klaus Kamberger, Alexander Kluge, Jakob Moneta, H. D. Müller, Oskar Negt, Robert Neumann, Lothar Pinkall, Reimut Reiche, Konrad Reinhold, Erika Runge, Jürgen Seifert, Renate Scheunemann, Klaus Vack, Karsten D. Voigt, Dorothee und Klaus Vorbeck, Klaus Wagenbach, Günter Wallraff, Martin Walser, Bernhard Wiebel, Rudolf Wiethölter, Gerhard Zwerenz.

Spenden sind zu überweisen an das Solidaritäts-Sonderkonto Günter Amendt, Girokonto 17439961-11 bei Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Offenbach; das Postscheckkonto der Bank: Postscheckamt Frankfurt 172480.

Strauß

Nach der Veröffentlichung eines Strauß-Interviews in der neofaschistischen italienischen Parteizeitung „Il Borghese“ (FR vom 21. Oktober), dessen Echtheit von Strauß-Referent Herbert Ettengruber bestritten worden war, konterte die Redaktion des Blattes nach einer FR-Anfrage: „Wir haben wirklich mit Strauß gesprochen.“

Der Interviewer, Nevin E. Gun, nannte den 12. Oktober als Zeitpunkt und die Landeszentrale der CSU in der Münchener Lazarettstraße als Ort des Interviews, dem auch Ettengruber beigewohnt habe. Auch darüber, daß das Gespräch in der Zeitung der Neofaschisten veröffentlicht werden sollte, bestand laut Gun kein Zweifel, weil er mit der CSU auf „Borghese“-Papier korrespondiert habe.

Räumung des Georg-von-Rauch-Hauses?

Seit einem Jahr arbeiten und leben auf dem Gelände des ehemaligen Bethanienkrankenhauses in Berlin ca. 50 vormals ausgeflippte Lehrlinge, Trebegänger und Jungarbeiter in dem von ihnen so getauften Georg-von-Rauch-Haus. Das Gebäude war im vergangenen Jahr, wenige Tage nach der polizeilichen Erschießung dieses Genossen besetzt worden. Die gemeinsame Praxis der Bewohner führte zu einer Politisierung, die besser als jede „Resozialisierung“ frühere Beschädigungen überwand. Dem Berliner Senat von Anfang an ein Dorn im Auge wurde das Haus mehrmals von Polizeihundertschaften überfallen, um die Bewohnerschaft als „Terroristen“ und „Baader-Meinhof-Freunde“ zu entlarven.

In einer Sitzung am 6. Oktober beschloß das Berliner Abgeordnetenhaus das Haus räumen zu lassen, wenn die Bewohner weiterhin sich weigerten, sich von „Pädagogen“ kontrollieren zu lassen. Die Räumungsfrist beginnt voraussichtlich am 26. Oktober und läuft nach einem Monat ab. Spätestens zum 26. November müssen die Bewohner mit einer zwangsweisen Räumung durch die ihrer Brutalität wegen sattsam bekannte Berliner Polizei rechnen.

Das Beispiel des Georg-von-Rauch-Hauses hat gezeigt, daß die militante Selbstorganisation von Randgruppen sinnvoll und möglich ist. Die selbsternannten Avantgardeparteien in Berlin, allen voran die KPD-Achso stehen solcher proletarischen Selbstätigkeit begreiflicherweise skeptisch gegenüber: ist sie doch nicht den Köpfen des ZKs entsprungen.

Zur weiteren Information: Georg-von-Rauch-Haus, Dokumentation: Kämpfen, Lernen, Leben – erhältlich über: Jugendzentrum Kreuzberg e. V. 1 Berlin 36, Mariannenplatz 13 oder in linken Buchläden.

Geldspenden (zahlreich erbeten) auf Postsch.-Kto. K. Friedrichs, Nr. 2834 74 Berlin (West), oder Jugendzentrum Kreuzberg e. V. Berlin, Berliner Bank Kto.-Nr. 07/26253100

Berufsverbot für DKP-Mitglied

Die Siebente Kammer des Verwaltungsgerichts Neustadt/Weinstraße in Mainz hat am 18. Oktober den Antrag der 23 Jahre alten Lehramtskandidatin Anne Lenhart aus Mainz abgelehnt, auf dem Weg der einstweiligen Anordnung die Einstellung in den rheinland-pfälzischen Schuldienst zu erreichen.

Das Kultusministerium in Mainz hatte eine Einstellung mit der Begründung abgelehnt, Anne Lenhart biete als aktive und engagiertes Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) nicht die im Beamtengesetz geforderte Gewähr dafür, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik einzutreten.

Anne Lenhart soll seit dem 1. August dieses Jahres in dem Wiesbadener Vorort Kostheim als angestellte nebenberufliche Lehrerin an einer Hauptschule mit Förderstufe (Gebrüder-Grimm-Schule) tätig sein.

Berufsverbot für Sonntag

Das baden-württembergische Kultusministerium lehnte – nach Rückfrage beim Bundesamt für Verfassungsschutz – eine Verlängerung der Gastprofessur von Heinz Rudolf Sonntag ab, obwohl der Fachbereich Geschichte an der Universität Konstanz zuvor einstimmig die Verlängerung seines Vertrages beschlossen hatte. Bei der Berufung Sonntags war eine zweijährige Lehrtätigkeit vereinbart worden. Die Verlängerung der üblicherweise auf ein Jahr begrenzten Verträge sind dann normalerweise eine „reine Formsache“. Der Vorwand des Kultusministeruims, es sei Sonntag nicht gelungen, nachzuweisen, daß er Professor einer Universität sei, deshalb könne er laut § 34 des Hochschulgesetzes auch nicht Gastprofessor sein, ist dann auch mehr als peinlich. Laut § 34 HG muß ein Gastprofessor zum Zeitpunkt seiner Berufung Mitglied einer anderen Universität sein. Sonntag, der im Juni 1971 durch den Rektor der Universität Konstanz als Gastprofessor für Lateinamerikanische Geschichte berufen worden war, sollte jetzt plötzlich seinen Professoren-Status beweisen. Er brachte eine Bescheinigung der Zentral-Universität in Caracas, Venezuela, über seine dortige Tätigkeit als Professor in der Zeit von 1968 bis 31. August 1971.

Prozeß gegen Horst Mahler

Hinter vermauerten Fenstern und Absperrungen begann am 9. Oktober im Landgericht Moabit der Prozeß gegen Horst Mahler, der beschuldigt wird, die sog. Baader-Meinhof-Bande sprich Rote Armee Fraktion, gegründet und nebenbei einige Banken ausgenommen zu haben.

Auf welch schwachen Füßen die Anklage steht, war von vornherein zu ersehen. Hauptbelastungszeuge ist Karl Heinz („Kalle“) Ruhland, der auf Grund eines etwas zu umfangreichen Geständnisses zu viereinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde und der mit einer vorzeitigen Entlassung wegen guter

Führung rechnet – wenn er Mahler und andere beschuldigt. Ulrich Scholtz, der ebenfalls gegen Mahler aussagen soll, wurde schon kurze Zeit nach der Verhaftung auf freien Fuß gesetzt. (Marianne Herzog z. B. sitzt seit mehr als einem Jahr unter der Beschuldigung, Autos an „die Bande" verliehen zu haben). Andere Zeugen: Beate Sturm – die längst wieder bei ihrer Mutter lebt und Peter Homann, Journalist bei „Konkret". Unter der Bedrohung, selbst eingesperrt zu werden, versuchen sie ihre eigene Haut zu retten und belasten andere.

Schon die ersten Tage des Prozesses verwandelten das Schwurgericht zu einer Groteske. Mahler gab seine politischen Äußerungen zum Besten (abgedruckt in der Deutschland-Ausgabe der Frankfurter Rundschau vom 16. 10. Die Stadtleser bekamen Lokales) und feierte das Massaker von München („Leider haben die Araber Genscher nicht genommen"). Schon der Ausschluß der Öffentlichkeit, die diese Äußerung begeistert begrüßte, verlief nicht justizförmig. Der „Kronzeuge" Ruhland, von Mahler ins Verhör genommen und auf eklatante Widersprüche in seinen Aussagen hingewiesen, kapitulierte und verlangte nach seinem Verteidiger (den man als Zeuge nicht hat). Obwohl der Vorsitzende Jericke permanent Partei für den verwirrten Ruhland ergreift (antworten Sie nur, wenn ich ein Handzeichen gebe) gibt sich dieser erst einmal geschlagen. Nach drei Tagen war das Fiasko perfekt: die Vernehmung Ruhlands wurde vom 13. 10. auf den 1. 11. vertagt – damit er sich mit seinem Pflichtverteidiger besprechen kann. Wenn es noch ein Amen in der Kirche gibt, dann geht dieser Prozeß in Revision. Die Vermutung, daß an einem Großteil der Hetze gegen die RAF nichts dran ist, bekommt neuen Auftrieb.

Innere Sicherheit: Killen wie James Bond

Der Bundesgrenzschutz soll von gegenwärtig 19 233 um 5000 Mann verstärkt werden. Nachdem der Haushaltsausschuß die ersten neuen Planstellen bewilligt hatte, verfügte Genscher im September die Aufstellung von BGS-Spezialeinheiten (FAZ 29. 9. 72). Schon im Juni hatte das Bundeskabinett eine Verbesserung der Ausstattung des Bundeskriminalamtes beschlossen. Die Zahl der Stellen beim BKA wird daraufhin gegenwärtig auf 2062 (1969: 933) erhöht. Die Ausgaben des BKA steigen damit auf 122 Millionen DM (1969: 22,4 Millionen DM) (FAZ 15. 9. 72).

Zu den BGS-Spezialeinheiten, denen Spezialisten des Bundeskriminalamtes zugeordnet werden, gehören Präzisionsschützen, Waffen- und Sprengstoffexperten, Chemo- und Elektrotechniker und andere Fachleute des technischen Bereichs (FAZ 29. 9. 72). Sie werden ausgerüstet mit Hubschraubern und leistungsstarken Kraftfahrzeugen. (ebd.)

Die Männer der „Anti-Terror-Truppe" (Genscher) müssen „allzeit bereit" sein, „sofort so schnell zu killen wie James Bond" (Spiegel 40, 72). Das „Tötensollen, -dürfen und -müssen" ist neu. Bisher war der gezielte, absichtliche Todesschuß untersagt (FR 19. 9. 72). Außer den einzelnen Großstädten (Frankfurt) beispielsweise benötigt allein für den Kauf modernster Waffen und Geräte für die zwanzigköpfige Polizeitruppe eine Million Mark: FAZ 5. 10. 72), machten bereits die Spezialeinheiten der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen Schlagzeilen. Das „Hessen-FBI" hat schon seit einigen Monaten vier Fahndungs- und Observationsgruppen des Landeskriminalamtes, Männer „mit schnellen Wagen, Revolvern, Tränengas und Nachtsichtgeräten" (FR 14. 9. 72). Sie sollen bald auch mit Nachtzielfernrohrgeräten ausgerüstet werden. Seit Wochen sind diese „Astronautentypen" im Training.

„Drei Monate ‚Bild-Zeitung' ersetzt ein Semester an der Marburger Universität."

Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) auf einer Wahlveranstaltung am 1. November in Kirchenhain.

Polizist schoß sich in den Arsch

Der Chef der Staatsschutzabteilung bei der Hamburger Kriminalpolizei, Otto Werner Müller, hat sich aus Versehen in das eigene Hinterteil geschossen. Wie die Polizei am Freitag bestätigte, wollte Hamburgs höchster Staatsschützer bei einem Schnellfeuerschießen ganz besonders glänzen und wie ein Cowboy mit dem Revolver aus der Hüfte feuern. Dabei verhedderte sich der Schütze in seiner Lederjacke, und der Schuß ging „in die Hose". Der Chefstuhl der hanseatischen Staatsschutzabteilung bleibt deshalb in den nächsten Tagen leer.

Ausweisung vietnamesischer Studenten

Für eine Ausländergruppe hat sich die Fülle der organisierten Linken merkwürdigerweise bislang nicht sonderlich interessiert, die vietnamesischen Studenten in der BRD. Seit Mai dieses Jahres ist eine Gruppe von 38 südvietnamesischen Studenten in Aachen von der Ausweisung bedroht, weil sie es gewagt hat, durch eine friedliche und angemeldete Demonstration sowie durch einen offenen Brief gegen die verschärfte Kriegsführung der amerikanischen Kriegsverbrecher zu protestieren.

Den Studenten wurden die Überweisungen ihrer Eltern und ihre Stipendien gesperrt. Die Botschaft der „Republik Vietnam" verweigerte Bestätigungen über die wirtschaftliche Lage einzelner Studenten zu geben – was die baldige Ausweisung zur Folge haben kann, denn ohne Bestätigung kein Stipendium und ausländische Studenten erhalten regulär keine Arbeitserlaubnis.

Der Lebensunterhalt der 38 Vietnamesen ist bislang durch Spenden bestritten worden. Kontonummer: 160 20 000 Aachener Stadtsparkasse. Die örtliche Presse hetzt und bezeichnet die Vietnamesen als von Kommunisten gekaufte Elemente. „Dafür haben Achener Bürger kein Verständnis" und „Dies ist eine Angelegenheit, die die Vietnamesen unter sich ausmachen müssen. Dies ist kein Grund, auf die Straße zu gehen und Aachener Bürger in ihrer Bewegungsfreiheit zu beeinträchtigen", heißt es in der Aachener Volkszeitung vom 3. 7. 72. Kommentar erübrigt sich.

Student in Lissabon getötet

Bei einem Zusammenstoß zwischen Studenten und der Polizei ist, wie am Wochenende vom portugiesischen Innenministerium bestätigt wurde, am Donnerstag, dem 12. 10. 72, auf dem Gelände der Universität von Lissabon ein Student getötet worden. Ein weiterer wurde verletzt.

Vier Deutsche in Athen verurteilt

Ein Athener Militärgericht hat am 18. Oktober vier deutsche Studenten zu Freiheitsstrafen zwischen 18 und sechs Monaten verurteilt. Das Gericht befand die Angeklagten für schuldig, die Flucht eines Mitgliedes der griechischen Widerstandsbewegung „20. Oktober", Edith Oikonomou, geplant zu haben.

Der Student Ernst Zorer (32) erhielt 18 Monate Gefängnis, sein Kommilitone Werner Robbers (26) 14 Monate, Jürgen Obermayer (27) zwölf Monate und Susanne Bausinger (19) sechs Monate Gefängnis. Alle wurden als schuldig im Sinne der Anklage bezeichnet.

Mit dem Urteil blieb das Gericht nur geringfügig unter den Strafanträgen des Kronanwalts. Eine Aussetzung der Strafen zur Bewährung wurde abgelehnt.

Die vier Tübinger Studenten waren am 8. Juli in Athen festgenommen worden, nachdem sie einen Tag zuvor mit einem Auto über die jugoslawisch-griechische Grenze eingereist waren. Aus dem Prozeßverlauf ergab sich, daß die griechische Militärpolizei über die bevorstehende Ankunft einer Ausländergruppe bereits unterrichtet war. Deshalb traf Ernst Zorer, als er nach Ankunft in Athen zu einem verabredeten Treff mit einem vermeintlichen Mittelsmann zu Frau Oikonomou ging, tatsächlich bereits auf Offiziere der Militärpolizei, mit denen er mehrere

Stunden lang in dem Glauben blieb, es seien Mitglieder des griechischen Widerstands. Erst danach wurde er verhaftet.

Um die Fluchthilfe für Frau Oikonomou war Zorer, wie er aussagte, in Stuttgart von zwei griechischen Bekannten gebeten worden, die sich als Mitglieder der „Bewegung des 20. Oktober" bezeichneten. Obermayer und Susanne Bausinger waren nach ihren eigenen Aussagen über diese Organisation nicht unterrichtet.

Generalstreik in Spanien

Am 9. September entläßt die Unternehmensleitung von CITROEN-HISPANIA fünf Delegierte der Belegschaft und bricht damit die Verhandlungen über die Forderung der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 44 Wochenstunden ab. Daraufhin legen 5000 Kollegen die Arbeit nieder. In verschiedenen anderen Fabriken Vigos treten ungefähr 4000 weitere Arbeiter aus Solidarität mit den Entlassenen in den Ausstand. Die Regierung verstärkt die bewaffnete Polizei. Am 13. September streiken in Vigo und Umgebung schon schätzungsweise 10 000. Bei Sympathiekundgebungen der Bevölkerung und Arbeiterdemonstrationen kommt es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Die Arbeiter errichten Barrikaden und fordern auf Spruchbändern, das Militärgericht (Consejo de Guerra) in El Ferrol zu stürmen. Nachdem der „Vorschlag" der CITROEN-Leitung, ohne die Entlassenen zur Arbeit zurückzukehren, abgelehnt ist, dehnt sich die Streikbewegung weiter aus, es erfaßt außer mehreren Werften und Betrieben der Metallindustrie auch das kleine Industriezentrum des 15 km von Vigo entfernt liegenden Porriño. Am 15. September befolgen nach Angaben der Arbeiter etwa 50 000 den Aufruf der Comisiones Obreras zum Generalstreik. Die 23 wichtigsten Betriebe von Vigo und Umgebung schließen ihre Tore. Am 16. folgen weitere Demonstrationen gegen Entlassungen und Verhaftungen, die Arbeiter fordern den Abzug der bewaffneten Polizei: „Polizeimörder, raus aus Vigo, Solidarität mit El Ferrol", „Liberdad, liberdad, liberdad". „Wir wollen Brot." Die Polizei befürchtet, daß die Kleinhändler und Wirte wie in El Ferrol aus Solidarität mit den Streikenden ihre Geschäfte und Restaurants schließen könnten. Am 19. September führt der Generalstreik zum totalen Stillstand der Metall-, Keramik- und Schiffsbauindustrie. Der Provinzgouverneur meldet 66 Verhaftete. Vor den Toren von CITROEN gibt es bei heftigen Kämpfen zwischen Arbeitern und der bewaffneten Polizei Verwundete auf beiden Seiten, die Zahl der Verhafteten ist unbekannt. Noch setzen 20 000 Arbeiter den Streik fort. Das Generalstreikkomitee ruft zum Durchhalten auf. Der Direktor von Citroen wird nach Madrid gerufen, wo weitere Entlassungen und Verhaftungen beschlossen werden. In Freire, Alvarez und Santo Domingo werden Fabriken besetzt. Am 23. September demonstrieren Arbeiter und Intellektuelle in El Ferrol „El Ferrol mit Vigo". Ein französischer Fotograf, der prügelnde Bullen fotografiert, wird sofort aus Spanien ausgewiesen. Die bewaffnete Polizei verhindert weitere Arbeiterversammlungen. Als der Streik nach dem 25. September langsam zusammenbricht – die fünf entlassenen Arbeitervertreter werden nicht wieder eingestellt – kehren die Arbeiter, nachdem allen Streikbeteiligten völlige Straffreiheit zugesichert worden ist (FAZ 26. 9. 72), an ihre Arbeitsplätze zurück. An den darauffolgenden Tagen beginnen die Razzien der politischen Geheimpolizei (brigadia social). Die Zahl der Verhafteten steigt auf 200, die Zahl der Entlassungen auf 122, die Zahl der Verfahren in Vorbereitung auf 125.

In Spanien wird in diesen Tagen eine Anzahl von Verfahren gegen Arbeiter, Studenten und Intellektuelle, gegen Sozialisten, Kommunisten und Demokraten vor Militärgerichten oder dem Sondergericht für Öffentliche Ordnung eröffnet oder vorbereitet.

In El Ferrol, Spaniens wichtigstem Marinestützpunkt, kommen die ersten acht Arbeiter der staatlichen Werft Bazán vors Militärgericht. Im März hatte ein Lohnstreik der Bazán-Werftarbeiter, nachdem bewaffnete Polizei während einer Protestdemonstration gegen die Entlassung von sechs streikenden Arbeitern zwei Arbeiter erschoß und zwanzig weitere schwer verletzte, eine Welle von Solidaritätsstreiks in ganz Spanien ausgelöst, in deren Verlauf nicht nur die Bazán-Werft sondern auch deren Zweigbetriebe in Cartagena und Cadiz in Südspanien der Militärkontrolle unterstellt worden waren. Damit konnten die Streikenden wie Deserteure behandelt werden. Für die angeklagten Arbeiter fordert der Staatsanwalt vier Jahre Gefängnis und für jeden eine Geldstrafe von umgerechnet 25 000 DM (500 000 Peseten). In ganz Galizien, im Baskenland, Katalonien, in Madrid solidarisierten sich Arbeiter und Studenten.

In Barcelona forderte der Staatsanwalt des Militärgerichts für zwei angebliche Mitglieder der F.A.C. (Frende de Liberacion Catalan) Kerkerstrafen von 205 und 187 Jahren und 33, 28 und 25 Jahre für drei Studenten, die im Februar 1971 bei einer Studentendemonstration Molotow-Cocktails gegen Polizeiautos geworfen haben sollen.

Vor dem Sondergericht für öffentliche Ordnung in Madrid wurde ein Verfahren gegen neun Mitglieder der illegalen Comisiones Obreras eröffnet. Die Verhafteten sind Arbeiter aus Andalusien, dem Baskenland, Kastilien, Aragonien, der erst im März dieses Jahres nach fünfjähriger Haft entlassene Arbeiterführer Marcelino Camacho und ein Madrider Rechtsanwalt. Sie wurden teilweise schon zwei Tage, nachdem sie während einer angeblichen Sitzung der Provinzdelegierten der Arbeiterkommissionen verhaftet worden waren, zu Geldbußen von umgerechnet 12 000 bzw. 5000 DM (ersatzweise Haft) verurteilt worden.

Vom Antisemitismus zum Anti-Arabismus

Aus dem Brief des ermordeten Italien-Repräsentanten, des Jordaniers Abdel Zuaiter, der Al Fatah an „L'Espresso".

„Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß die Palästina-Tragödie bedeutende Wurzeln im Westen hat. Eine dieser Wurzeln ist der Antisemitismus, einer der Gründe, aus dem Europa, von einem Schuldkomplex gedrängt, die Schaffung des Staates Israel gefördert hat. Das bedeutete praktisch einen Übergang vom Antisemitismus zum Anti-Arabismus. Die Araber sind nie Antisemiten gewesen, sie sind selber Semiten ...

Im Westen ist jetzt eine große anti-arabische Kampagne entfesselt worden, getarnt als Abscheu gegen den palästinensischen Terrorismus; ein großer Lärm hat sich erhoben, die Stimmen erschallen laut und hart als ein einziges Verdammungsurteil. Doch der Lärm ist nur so groß, weil jeder die Stimme des eigenen Gewissens übertönen will. Würde das Geschrei nachlassen, so könnte man bemerken, daß der Terrorismus nicht auf seiten der Palästinenser zu suchen ist. Das Übel ist ein anderes, das gleiche, das die Menschheit schon ungeheure Opfer gekostet hat, wie den Völkermord an den Indianern in Amerika, an den Ureinwohnern Australiens oder den brasilianischen Indios. Es ist die gleiche Logik, nach der gestern die Juden und heute die Palästinenser vernichtet werden sollen.

In all dem steckt eine anachronistische Tendenz. Die wahre Stimme ist es nicht, die zu Aggressionen und Blutvergießen ermutigt. Die Juden leben im Nahen Osten, und es ist unmenschlich, sie zu militaristischem und kriegerischem Handeln zu ermutigen gegen Völker, mit denen sie früher oder später zusammenleben müssen. Die Welt ist eine Einheit, niemand kommt aus dem Universum; und weil das palästinensische Volk von dieser Welt ist, fordert es die Juden in Palästina auf, mit ihm in einem demokratischen Staat zusammenzuleben. Das würde viel Blutvergießen vermeiden, das würde Gerechtigkeit bedeuten."

Valpreda

Seit fast drei Jahren wird der Prozeß gegen den italienischen Anarchisten Piedro Valpreda und zweier seiner Genossen von den Justizbehörden verzögert. Valpreda wird für einen Sprengstoffanschlag auf die Nationale Landwirtschaftsbank in Mailand verantwortlich gemacht, bei dem am 12. Dezember 1969 12 Menschen den Tod fanden und 80 schwerverletzt wurden. Obwohl schon im März der Untersuchungsrichter „bei den Voruntersuchungen gegen die Rechtsextremisten Pino Rauti, Giovanni Ventura und Franco Freda wegen eines Bombenanschlags auf die Mailänder Messe ... zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Verdächtigen auch für die Dynamitattentate am 12. Dezember 1969 in Mailand verantwortlich sind" (FR 23. 3. 72), bleibt Valpreda weiterhin in Haft. Inzwischen ist nachgewiesen, daß die beim Attentat verwendeten Zeit-

zünder und Taschen von den Faschisten Freda und Ventura gekauft wurden (NZZ 21. 10. 72), daß Beamte des Innenministeriums und der Polizei durch Unterdrückung der Beweismittel gegen die Faschisten das Untersuchungsverfahren zu Lasten Valpredas beeinflußt haben (FR 3. 10. 72).

Seit geraumer Zeit besteht schon weit über die linksliberale Öffentlichkeit hinaus kein Zweifel mehr an Unschuld und der Verantwortlichkeit neofachistischer Gruppen. Polizei und Staatsanwaltschaft ließen jedoch während der seit langem intensivsten Mobilisierungsphase italienischer Arbeiter nichts unversucht, der Öffentlichkeit einen Schuldigen aus den Reihen der außerparlamentarischen Linken zu präsentieren. Sie stützten sich dabei auf die widersprüchlichen Aussagen eines einzigen Zeugen, des Taxifahrers Rolandi, der Valpreda bei der ersten Gegenüberstellung angeblich sofort wiedererkannt hat (inzwischen wurde bekannt, daß man ihn aufgefordert hatte, ein Foto Valpredas zu identifizieren) und zum Tatort gefahren haben will. Der Kronzeuge ist inzwischen verstorben, nachdem er kurz vor seinem Tode seine Aussagen dem Untersuchungsrichter erneut zu Protokoll gab, wobei entgegen den gesetzlichen Bestimmungen weder der Staatsanwalt noch die Verteidigung hinzugezogen wurden (FAZ 22. 4. 72). Ferner verstarben oder verschwanden auf ungeklärte Weise eine Anzahl möglicher Zeugen der Verteidigung. Ein junger Deutscher, dessen Aussagen Valpreda entlasteten, verschwand in einem Irrenhaus und war seitdem nicht mehr auffindbar (vgl. „links", 32, 72).

Nach dem Blutbad von Mailand hatte die Polizei als ersten den Eisenbahner Pinelli verhaftet. Pinelli stürzte nach dreitägigem Verhör aus dem 4. Stock des Polizeipräsidiums, genauer aus dem Fenster des Büros des späteren Polizeichefs Calabresi (FR 19. 5. 72). Angeblich beging er Selbstmord, aber alle Indizien sprechen dagegen. Die außerparlamentarische Linke machte Calabresi für Pinellis Tod verantwortlich. (Und als Calabresi vor einem halben Jahr auf offener Straße erschossen wurde, hatte man gleich das Motiv bereit: die Rache der außerparlamentarischen Linken. Die Faschisten lieferten die Indizien für die Spur nach Deutschland, genauer zur RAF). Inzwischen ist auch Valpreda schwer erkrankt. Als im Februar endlich der Prozeß begann, schien ein Freispruch unumgänglich, nicht nur wegen der Beweislast gegen Valpreda, sondern auch weil inzwischen aufgrund umfangreicher angestellte kriminalistische Nachforschungen die Anklage sogar widerlegt werden konnte. Selbst der Untersuchungsrichter äußerte, „nicht Valpreda, sondern Rauti sei für den Massenmord verantwortlich" (FR 23. 3. 72). Das Römische Gericht jedoch erklärte sich für territorial nicht zuständig, sodaß der Prozeß kurz vor den Wahlen verschoben wurde. Inzwischen wurde das nach Mailand verwiesene Verfahren „aus Sicherheitsgründen" erneut verlegt.

Der Schlächter von Indonesien auf Europa-Tournee

Zuverlässigen Informationen zufolge wird General Suharto im November dieses Jahres abermals eine Europareise unternehmen. Geplant ist der Besuch Frankreichs (wie noch erinnerlich, wurde er dort vor 2 Jahren ausgeladen, da man zu starke Unruhen befürchtete; mittlerweile scheint man sich im Elysee seiner Sache sehr sicher zu sein), Italiens, Belgiens, Österreichs und der Schweiz. Diese Reise muß in unmittelbarem Zusammenhang mit der im Dezember stattfindenden IGGI-Konferenz gesehen werden. Der IGGI (Intergovernmental Group for Indonesia) gehören die USA, Japan, die BRD, Italien, Frankreich, England, Australien, die Niederlande und Neuseeland an. Sie gab Indonesien im laufenden Jahr eine Finanzspritze von 670 Mill. US-Dollar, wodurch die Schuldenlast, die das indonesische Volk zu tragen hat, nach sechsjähriger faschistischer Herrschaft 1 Milliarde Dollar mehr beträgt als nach 20jähriger Sukarno-Herrschaft, nämlich 3 Mrd. Dollar gegenüber 1,9 Mrd. Dollar. Aber selbst diese ungeheure Summe hat sich zur Aufrechterhaltung und Intensivierung der Terrorherrschaft Suhartos als unzureichend erwiesen (lt. FAZ v. 5. 5. 70 brauchte die Armee 60 % des Budgets), so daß das vornehmste Ziel der Reise darin liegen dürfte, um noch größere Summen zu feilschen. An zweiter Stelle dürften erneute Appelle an die europäische Industrie stehen, intensivere Investitionen in Indonesien zu tätigen. Es ist denkbar, ja sogar wahrscheinlich, daß auf höchster EWG-Ebene (in Brüssel) konkrete Verhandlungen über verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit geführt werden, wodurch das Risiko, das beispielsweise die deutsche Industrie bisher nicht eingehen wollte, dann kollektiv getragen würde.

Der Anlaß der Reise widerlegt jedenfalls auf schlagendste Weise all das Gerede von der „wirtschaftlichen Stabilisierung" und dem „ökonomischen Fortschritt". In Wirklichkeit bedeuten Stabilisierung und Fortschritt, daß der Monopolimperialismus nicht nur von dem extraktiven Sektor der Wirtschaft Besitz ergriffen hat, sondern ebenso wie in den meisten lateinamerikanischen Staaten von dem Konsum-, Distributions- und Kommunikationssektor. So ist die indonesische Zivilluftfahrt wieder in holländische Hände übergegangen, ebenso wie das interinsulare Verkehrsnetz. Beim Ausbau der Radio- und Tele-Kommunikation leistet die BRD „große Einsätze". Im Konsumsektor haben die Japaner starke Positionen erobert, während die Vereinigten Staaten den extraktiven Sektor und die Kautschukproduktion an sich gerissen haben. 50 % der indonesischen Leichtindustrie sind durch das friedliche Mittel der Konkurrenz vernichtet worden, 30 % sind dem Ruin nahe.

Die außerordentlich ergiebigen Erdölfelder werden in rasendem Takt erschlossen (zunehmend off-shore-Bohrungen) und abgebaut. Die Tagesproduktion hat Ende 1970 1 Mill. Fäßer erreicht, wovon allein 730 000 auf die Caltex und 50 000 auf die Stanvac entfallen. Wenn das Kupferprojekt der Freeport Sulphur Ertsberg in Westirian mit 120 Mill. Dollar amerikanischem Kapital fertiggestellt sein wird (die Ereignisse in Chile werden es sicherlich beschleunigen), wird Indonesien zu den bedeutendsten Kupferproduzenten der Welt gehören (s. „Indonesia, Malaya, Singapore", London 72 und FR v. 29. 8. 72). Neben dem Ausverkauf der indonesischen Naturreichtümer hat die faschistische Suharto-Clique als einzige Erfolge aufzuweisen: Eindämmung der Inflation und relative Stabilisierung der Wechselkurse, was im dringenden Interesse der Monopole für ihre Investitionspolitik und Planung lag. Dies wurde erreicht, indem die chronisch defizitären Budgets Djakartas durch Kredite der Industrienationen ausgeglichen wurden, also auch dies nicht ein Verdienst Suhartos.

Die wirtschaftliche und Ernährungslage der Bevölkerung verschlechtert sich laufend. Trotz des 1969 unter großem Propagandagetöse angelaufenen 5-Jahres-Plans (Repelita), der vor allem die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion zum Ziel hatte, bleibt die Reisproduktion konstant (bei 5 % Bevölkerungszunahme!). Die Folge sind zunehmende Reisimporte und weitverbreitete Hungersnot (FR v. 22. 1. 72).

Während Suharto in Europa natürlich wieder als Demokrat posieren wird, werden sich in Indonesien noch immer 70 000 politische Häftlinge (nach vorsichtigen Schätzungen) ohne rechtskräftiges Urteil hinter Gittern befinden und wird eine neue Verhaftungswelle vielleicht gerade abgeschlossen sein (FR v. 13. 9. 72). Wie stets wird sich die Deutsch-Indonesische Gesellschaft (DIG) mit ihrem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Weber (SPD) maßgeblich an dieser Imagebildung des Faschisten Suharto beteiligen. Für alle progressiven Freunde Indonesiens (die ich in diesem Zusammenhang auf die in Köln erscheinende „Südostasienkorrespondenz" verweisen möchte) sollte sich daher die Frage stellen, ob nicht durch eine Freundschaftsgesellschaft, als erstem Schritt, der verlogenen bürgerlichen Propaganda ein wahrheitsgetreues Indonesienbild entgegengesetzt werden könnte und sollte.

Innerhalb des Schwerpunkts „Kritik des Neo-Leninismus drucken wir den Beitrag eines ehemaligen KSV-Sympathisanten, der zusammen mit 90 anderen Genossen die Reihen des KSV-Frankfurt verlassen hat. Dieser Artikel scheint interessant, weil er die Probleme derer aufgreift, die sich dem KSV anschließen wollten. Er ist interessant als Situationsbericht, auch wenn er in breiten Passagen sehr idealistisch auf Begriffe wie „Spontanität" und „neue Bedürfnisse" fixiert ist. Aber vielleicht spiegelt gerade das die Frustrationen bei der Einschulung auf eine von selbsternannten Arbeiterführern definierte „kommunistische Linie" wieder.

Red.

Wir werden „die Massen" schon richtig „anleiten", ihre „illisionären Vorstellungen" kurzerhand „zerstören", ihnen ihre „Ansprüche ins Gedächtnis rufen", sie „im Kampf vorantreiben", den Sympathisanten „Aufgaben zuweisen" und sie dürfen dann „Massenkritik" üben. Aber vor allem werden wir die Parole: papperlapapp so lange „propagieren, bis die „Massen" sie sich „zu eigen gemacht" haben.

So und in ähnlicher Weise legt der KSV Rechenschaft über sein Handeln und Wirken innerhalb der Frankfurter Studentenschaft vor Sympathisanten und Förderern ab.

Wen wundert es, daß dieser Verband bis heute über seine gescheiterte Sympathisantenarbeit schweigt.

Wer ist überrascht, daß die „Neobolschewiki" den Austritt von 90 „Sympis" (KSV-Jargon) Ende des WS 70/71 bis heute verschweigen. Und es versetzt keinen in Staunen, wenn er die Gründe über den Austritt erfährt. Die „Sympis" hatten gewagt, Forderungen nach Veröffentlichung der sogenannten „internen Papiere" und Beteiligung an der politischen Diskussion innerhalb des KSV, nach sofortiger praktischer Mitarbeit in den Sektionen und Abschaffung der „individuellen Kooptation" aufzustellen. Der KSV erfüllte die Forderungen nicht. Er erkannte aber gleichzeitig, daß sich Studenten nicht ohne weiteres „anleiten" ließen. Und innerhalb der wichtigen Entscheidungsgremien entschloß man sich, dem „Sozialistischen Studium" den Rücken zu kehren und sich auf Stadtteil- und Betriebsarbeit zu konzentrieren. Hier bestand noch die Möglichkeit, „Massen" sinnvoll „anzuleiten". Hier war es fast ausgeschlossen, daß man auf fordernde Sympis stoßen würde.

In den Sympathisantenkollektiven wurden die Interessen der einzelnen größtenteils übergangen. Brennende Fragen, individuelle Motive, Bedürfnisse nach praktischer Mitarbeit an der Hochschulpolitik wurden ignoriert, weil die Schulung nicht unter dem Aspekt individueller Artikulation gedacht war. Stattdessen gab es verordnete Schulungstexte, im persönlichen Umgang mit den Genossen trampelige Schulungsleiter, gefühlskalte Atmosphäre, bürokratisches Hochdienen selbst qualifizierter Genossen, geheimbündlerisch abgesichert durch den Ausschluß von jeglichem Einblick der Sympathisanten in die Informations- und Entscheidungshierarchie innerhalb des KSV.

Lediglich die Endprodukte politischer Auseinandersetzungen können die Sympathisanten konsumieren. Die Papiere, die der maßgebenden Diskussion im ZKN des KSV zugrundelag, ebenso wie die Diskussionen selber waren für die Sym-

„Die Massen im Kampf vorantreiben?"

Zu den Austritten aus dem KSV.

pathisanten geheim. Die Schulungsprogramme für die Kollekte der Sympathisanten wurden von einem Ausschuß ausgearbeitet, in dem kein einziger Sympathisant saß.

Den „Sympis" blieben die Vorgänge im KSV unbekannte, sie bestimmende Faktoren, die sie deshalb nicht inhaltlich kritisieren konnten. So wird der demokratische Zentralismus angewandt als zentralistischer Selbstschutzmechanismus vor korrigierenden Einflüssen von unten. Politik wird objektivistisch, formalisiert, inhaltsleer, weil sie nicht mehr vermittelt ist zu den einzelnen.

Um überhaupt die KSV-Leistungen auf politischem Sektor zu verstehen, muß man wissen, daß die KSV-Genossen Revolutionäre aus Berufung sind. Und Revolutionäre aus Berufung fragen sich nicht, was sie selbst für Motive haben, sich der politischen Arbeit zu widmen, und bedenken diese, wenn sie die Inhalte ihrer Agitation entwickeln, sondern sie gehen umgekehrt davon aus, daß sie Sozialisten sind, bestimmen durch eine objektive Ableitung das, was ein Sozialist zu tun hat. Setzen das per moralischem Druck und politischem Anspruch gegen sich selbst durch. Mit einem Wort: Die KSVler sind als Sozialisten vom Himmel gefallen und haben sich dann von sich selbst abgeleitet.

Der KSV formalisiert politische Arbeit zu einer verselbständigten Beschäftigung. Die Sektionsmitglieder führen geschäftig und borniert die vom ZK festgelegte „Haupt"-Strategie durch, Politik und Privatleben sind zwei ganz verschiedene Dinge. Wenn auf diese Weise Politik zum großangelegten Verdrängungsmechanismus wird, dann sind rigide Kader, eiserne Disziplin, Propaganda und harte Schulung nicht weit.

So wird aus politischen Lernprozessen der beängstigende moralische Anspruchsterror, der Über-ich-Sozialismus, in dem der wirkliche Prozeß — ein Wechselverhältnis von Individuum und Politik — nur einseitig angewandt wird. Mit der Reflexion darauf, warum sie eigentlich Sozialisten sind, schneiden sie gleichzeitig die Möglichkeit ab, politische Arbeit inhaltlich von Bedürfnissen und Interessen her zu bestimmen.

Die KSV-Sympathisantenschulungen sind der Ausdruck solcher Politisierung. Es steckt im Untersuchungsbegriff des KSV, den Massen vor jeder Erfahrung mit ihnen, mit dem fertigen Bild ihrer Bedürfnisse gegenüberzutreten. Untersuchung beinhaltet für den KSV kein empirisches Moment, nicht Artikulation der Bedürfnisse durch die, die sie haben — sie ist beschränkt auf objektiv Abgeleitetes.

Die Spontaneität in der Analyse des KSV

Der KSV macht sich vor, er könne die politisch wirksamen Bedürfnisse und Interessen der studentischen Massen in rigider Trennung von ihrer Artikulation durch die Massen selbst vorwegkonstruieren. So kann er der leninistischen Vorstellung aufsitzen, danach umstandslos in die Massen hineintragen zu müssen, was er vorher fernab von ihr herausgeholt zu haben glaubt. Indem die Masse an der Konstruktion ihrer eigenen Bedürfnisse nicht teilnimmt, wird die Dialektik von Spontaneität und Bewußtsein in der Untersuchung des KSV zerstört. Sie bleibt zerstört in seiner Vorstellung von Politisierung und Agitation, wo er die Massen zum Objekt seiner Eigenkonstruktion der Bedürfnisse, die politisch richtig sind, „funktionalisiert". Sie ist zerstört in seinem demokratisch-zentralistischen Organisationsmodell von Kadern und Massen. Am eigenen Leibe erfahren das die Sympathisanten, wenn sich der Schulungsleiter der Diskussion derart überwältigend voranstellt, daß ihr Schwung bald hin ist — und dann werden sie angeleitet.

Im Untersuchungsbegriff des KSV ist angelegt, daß seine Konsequenzen: die Form der Strategie, der Propaganda, der Organisation und der Agitation sich nicht mehr vermitteln lassen zu ihren inhaltlichen Bestimmungen, ihrem spontanen Moment von Bedürfnissen und Interessen, weil diese bereits im Untersuchungsbegriff verlorengingen. Daher ist der KSV nicht in der Lage, das Verhältnis von Emanzipation und Organisation, die Vorwegnahme sozialistischer Verkehrsformen zu entdecken und in seinen politischen Kämpfen den Zusammenhang von Spontaneität und Bewußtsein vermitteln zu können.

Spontaneität bezieht sich auf konkrete Verbesserungen zugunsten der Betroffenen. Spontaneität bestimmt in Forderungen von Arbeitern in Bürgerinitiativen zur Stadtteilplanung und zum Umweltschutz, in Ärztestreiks, Protest von Technikern, Frauenemanzipationsgruppen usw. und nicht zuletzt in der Bewegung von Studenten, Schülern und Jungarbeitern selbst.

Läßt sich darin eine neue Qualität von Emanzipation wie Spontaneität nachweisen, dann würde das den Untersuchungsbegriff und die Praxis einer Organisation nach leninistischem Muster wie die des KSV nicht nur einer Effizienzkritik unterziehen, sondern als historisch überholt in Frage stellen. Gleichzeitig damit wäre die Frage beantwortet, warum sich die politischen Kampfformen, die aus dem verkürzten Untersuchungsbegriff folgen, verselbständigen müssen zu einer vom Prinzip her Selbstzweck gewordenen politischen Betriebsamkeit, sozusagen einem Kaderlurch.

Heute können wir weder von anwachsender Spontaneität ausgehen, noch ließe sich ein Interesse am Sozialismus finden, das allein mit der Befriedigung solcher Grundbedürfnisse zusammenhinge. Nur neu auftretende Wünsche nach einem besseren Leben können eine spontane Bewegung zum Sozialismus auslösen. Diese im Keim zu entdecken und zu entfalten wäre unsere Aufgabe. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist in den Bereich einer freien Planbarkeit vorgedrungen. Ist die Befriedigung von Grundbedürfnissen relativ gesichert, so wird darüber hinaus ein Bereich erschlossen, in dem die Menschen in der Lage sein könnten, frei über verschiedene Richtungen der Produktivkräfteentfaltung zu entscheiden, Kriterien wie Arbeitsbelastung und Lustgewinn anzuwenden. Diese neue Qualität von Bedürfnissen, entfaltbar auf dem erreichten Niveau von Überfluß, bedeutet ein neues Verhältnis zur Spontaneität, weil in sie heute eine Konkretion von Sozialismus eingeht. Es wird möglich, gegenüber eingeschlagenen Wegen der Produktion auf menschlichere genaue Hinweise zu geben.

Heute hat die neue Qualität des Niveaus der Produktivkräfte über den Bannkreis der materiellen Grundbedürfnisbefriedigung hinaus die Konkretisierbarkeit sozialistischer Perspektiven in der Bedürftigkeit der Subjekte dieses Prozesses selbst ermöglicht. Dadurch verbinden sich Spontaneität und Emanzipation organisch, so daß die sozialistische Bewegung uns heute interessiert über die Konkretisierung in Bedürfnissen und damit die Vorwegnahme sozialistischer Bedürfnisstrukturen als zentrales Moment. ML und KSV leugnen das und halten fest am morschen Modell der Anleitung.

Der Neoleninismus und seine realitätsblinde „Anwendung" des Marxismus

Für Marx waren konkretere Hinweise auf spezifisch sozialistische Momente, eine konkrete „positiv ausgemalte" Vorstellung vom besseren Leben unmöglich, denn der dazu benötigte Reichtum war noch nicht produziert. Erst bei von der Produktivkraft her möglicher Abschaffung allen Mangels wird der Umschlag von Unterdrückung in Rebellion anders denkbar als auf der ein noch naives Verhältnis zum Kommunismus anzeigenden Basis einer Krise, die die Proletarier zwingt, im revolutionären Umsturz die nackte Haut zu retten, ohne Genaues über die Alternative zum Kapitalismus zu wissen.

Wenn sich heute im Anblick des abstrakten Reichtums „Genaues" über diese Alternative „ausmalen" läßt, Politisierung über „die Kritik vorfindbarer Verhältnisse wie Arbeitsorganisation, Warenproduktion, Struktur der Städte usw. einfach der Lebensverhältnisse selbst laufen kann, Subjektivität neue Potenz gewinnt, wieso halten dann sämtliche ML-Gruppen an formaler Anleitung der Massen fest, bleiben sie bei einer altmodischen Vorstellung von Krise, in der die bereits vorher konspirativ organisierten Kader der Partei die Führung zur Eroberung der Staatsmacht übernehmen sollen? Wie soll die Übernahme der Staatsspitze durch die Partei als revolutionäre Anweisungsstruktur den Erfordernissen einer hochindustrialisierten Gesellschaft mit einem äußerst komplexen System der Produktion, die vieler differenzierter Teilfunktionen zur Steuerung bedarf, noch gerecht werden? Mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus läßt es sich zweifelsohne nicht auf-

Wenn Sie eine Zeitung suchen,

die keine nationalistischen Illusionen nährt –
die für Verständigung und Abrüstung, für Demokratie und Fortschritt eintritt –
die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert,
die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an den Interessen des Großkapitals orientiert –
dann müssen Sie die

Deutsche Volkszeitung

kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei.

rechterhalten. Einer komplexen Gesellschaftsstruktur entspricht nur eine ebenso komplexe, differenzierte revolutionäre Organisation.

Der KSV stellt an den Beginn der Strategiefindung die „Klassentheorie", die bei den Klassikern nachgelesen werden kann. Er geht von Kategorien aus, die den Kapitalismus in aller Allgemeinheit beschreiben, unter Abstraktion von seiner spezifischen Daseinsweise in einzelnen Phasen. Fortan drohen diese Ansätze, die sich lediglich auf die Kategorien der Klassiker beziehen, die Wirklichkeit nach dem zu durchsuchen, was noch zu den Kategorien paßt. Historisch entscheidende Veränderungen können nicht mehr erfaßt werden, weil sie an den „Prinzipien" rühren würden.

Im hochentwickelten Kapitalismus nicht hinter das historisch gegebene Niveau von Befreiungschancen zurückzufallen, setzt im Gegensatz zur Ableitung voraus, aus der Erscheinung jene neuen Begriffsbestimmungen aufzunehmen, mit der sie erfaßt werden kann. Ist aber in einem einseitigen Verhältnis vom Wesen hin zur Erscheinung, wie es in der Ableitung erstarrt, die Wechselwirkung von Theorie und Empirie zerstört, dann entstehen die einschlägigen Bücher, die 180 Seiten Kategorien referieren und danach auf 20 Seiten soviel brauchbare Aussagen zum eigentlichen Thema machen, als man auch ohne die Kategorien dazu hätte sagen können.

Spontaneität, Subjektivität läßt sich nicht in den Kategorien der politischen Ökonomie artikulieren, denn diese Kategorien sind ja gerade Kategorien der Abstraktion von Gebrauchswerten und Bedürfnissen. Subjektive Dispositionen zur sozialistischen Perspektive von Kämpfen lassen sich nicht aus politischer Ökonomie herausdestillieren, allenfalls läßt sich mit ihrer Hilfe die Bestimmung ihrer materiellen Voraussetzungen leisten.

Nachruf auf die Sympathisantenbewegung

Was der theoretische Objektivismus an praktischen Folgen nach sich zieht, läßt sich an der Sympathisantenbewegung im KSV aufzeigen. Im WS 70/71 brachte der KSV seine Studienreader heraus und eröffente mit dem „Sozialistischen Studium" und der KKU (Kampf, Kritik, Umgestaltung) seine Hochschulpolitik. Daraufhin kamen etwa 120 Sympathisanten, die im KSV praktisch mitarbeiten wollten. Ein Ausschuß-„Komitee" des KSV leitete die Sympathisantenschulungen an. Die einzelnen Schulungskollektive hatten zwei Termine. Auf einem „politischen Termin" wurden vom Schulungsleiter die neuesten Parolen „verallgemeinert" und ansonsten vor allem Spartakus kritisiert. Die Selbstdarstellung des KSV kam dabei zu kurz, weil er sich seiner politischen Strategien selber zutiefst im unklaren war. Auf dem anderen Schulungstermin wurde sofort begonnen „Lohnarbeit und Kapital" zu lesen. Die verschiedensten Kaderallüren der Schulungsleiter führten bald zu heftiger Kritik seitens der „Sympies". Arrogante Umgangstöne, wie die Bemerkung eines Schulungsleiters „Öffentlichkeit im KSV? Das wäre ja noch schöner!" waren nicht selten. So begannen heftige Diskussionen um die Organisationsform des KSV. Der Rigiditätsvorwurf war in aller Munde. Den Schulungsleitern war es zum Teil peinlich, auf Fragen, ob denn der KSV einen ersten Vorsitzenden hätte oder ein ZK, zu antworten. Sie drückten sich immer um solche Auskünfte herum. Ausweichendes Herumgerede als Abwehr konkreter Fragen nach den politischen Diskussionen, der praktischen Arbeit und dem organisatorischen Aufbau des KSV waren überhaupt gang und gäbe, so daß der Eindruck eines Geheimbundes aufkam.

Als dann die Schulung nicht klappte, wegen der vielen Auseinandersetzungen, setzten sich die Schulungsleiter an einem Wochenende in ihrem Ausschuß zusammen und wollten darüber beraten, was sie jetzt mit den Sympathisanten weiterhin machen sollten. Daß sie trotz Aufforderung von seiten der „Sympies" keinen einzigen Sympathisant an diesen Besprechungen teilnehmen lassen wollten mit dem Hinweis, sie seien „noch nicht aufgenommen", brachte den Eimer zum Überlaufen. In der inzwischen abgerissenen Jügelstraße 13 lagen die Schulungsräume noch einer beim andern. Einige Sympies gingen von Raum zu Raum, forderten dazu auf, sich aufgrund dieses Vorfalls, ohne die Schulungsleiter vom KSV in einem Hörsaal zu treffen, um die Lage gemeinsam zu besprechen.

Über 100 kamen. Man diskutierte wild durcheinander, im Vordergrund immer wieder Vorwürfe gegen die Rigidität der Schulungen, gegen das Geheimbundsyndrom. Einige zogen bei der Kritik nicht so recht mit, sie waren meist schon Kandidaten (Kandidaten erhoben sich über den Sympathisantenstatus dadurch, daß sie aufgrund eines individuellen Aufnahmegesprächs, „Kooptation", ihre Linientreue bewiesen hatten und schon in den Sektionen praktisch mitarbeiten durften). Am Ende dieses Plenums wurden 4 gemeinsame Fragen an den KSV formuliert:

a) Wie stellt sich der KSV das Verhältnis von Kader und Massen oder Sponaneität und Organisation vor?

b) Aus welchen theoretischen Überlegungen folgt für ihn die eingeschlagene Praxis?

c) Was heißt „Massenlinie" in der Sympathisantenschulung?

d) Wird das Verhalten der Schulungsleiter, die in den Kollektiven die politische Entfaltung der Gruppen verhindern, im Ausschuß überhaupt problematisiert?

Dieses Sympathisantenplenum, eine notwendige Selbstorganisation der „Sympies", um sich frei von „Anleitung" überhaupt einmal artikulieren zu dürfen, sollte

nach Verlangen aller fortgesetzt werden. Es hatte jene Atmosphäre geschaffen, in der sich Kritik entfalten konnte. Und so kam es auch.

„Wegen der gemeinsamen Vorbereitung im Ausschuß und des Zusammenhalts der einzelnen Kollektive wurde unserer Gruppe ein Text aufgezwungen, der gerade bei uns die Initiierung von Fragestellungen abbrach, wenn nicht sogar verhinderte. Grundsätzlich, auch für die anderen Gruppen wäre zu fragen, ob mit „Lohnarbeit und Kapital" Fragestellungen zum gegenwärtigen diffusen Diskussionsstand der Kollektive initiiert werden können. Es scheint hier die Gefahr abstrakter Kollektivschulung zu bestehen, da eine Vermittlung von daseienden Fragestellungen bzw. Bedürfnissen und sozialistischer Arbeit bisher nicht geleistet wurde."

„Die Misere der bisherigen Schulung (Starrheit und offiziöses Getue der Schulungsleiter, falsche Texte, undurchsichtige Rekrutierungen usw.) kann nicht nur erklärt werden aus persönlicher Unzulänglichkeit der Schulungsleiter; sondern sie muß vor dem Hintergrund der objektiven Schwierigkeiten interpretiert werden, einen politischen Lernprozeß anders zu verstehen denn als Aneignung theoretischer Versatzstücke und Einübung ihrer Anwendung zum Schattenboxen um die ‚richtige' Strategie. Daß diese objektiven Schwierigkeiten eines Zugangs zur politischen Praxis (nicht als Flugblattabziehen mißzuverstehen) nicht verdrängt und hinter Initiationsriten versteckt werden dürfen, sondern daß eine politische Didaktik nur in Untersuchungsarbeit und im Kampf mit diesen Schwierigkeiten entwickelt und nicht im Kopf eines Komitees einfach entworfen werden kann, ist die wichtige Erfahrung der bisherigen Schulung."

„Die Konzeption der Schulung ist nicht mit den ‚Sympathisanten', sondern für diese erarbeitet worden (ebenso wie die Selbstkritik des Komitees). Der politische Stellenwert der Kollektive wurde im vorhinein eingeschätzt, und das nicht auf der Grundlage politischer Untersuchung, sondern allein im Kopf. So wird die Schulung zum bloßen Vollzug an ihren Objekten.

„Dahinter steht eine Einschätzung der Didaktik politischer Lernprozesse, die sich nicht wesentlich von universitärem Lernbüffeln unterscheidet. Das heißt: Das Verhältnis von linker Theorieproduktion und praktischer Politik wird nicht als dialektisches, sondern als äußerlich-mechanisches verstanden. Die Aneignung eines Begriffsinstrumentariums (d. Krit. d. pol. Ökon.) und die Theorie der Möglichkeiten ihres Gebrauchs (Strategie) soll in Seminarform geschehen; politischer Lernprozeß wird als Wissenserwerb mißverstanden, was bedeutet, daß der Inhalt dieses Lernens bis zu seiner endlichen Umsetzung in praktische Politik ein philologisches Problem bleibt, unvermittelt zu eigenen Bedürfnissen wie zur Realität des sozialistischen Kampfes. Zugleich impliziert das ein Verständnis von Praxis, das diese reduziert auf den Vollzug von theoretisch antizipierten Praxismöglichkeiten, statt diese erst mit dem politischen Instrument der Untersuchung zu erschließen. Dem entspricht der organisatorische Status der Kollektive, nämlich außerhalb des KSV, d. h. sowohl ausgeschlossen von internen Diskussionen als auch von (zu untersuchender) Praxis."

„Was wir in der Unterdrückung zum Objekt der vom KSV verordneten Sympathisantenschulung am eigenen Leibe erfahren, ist die trotz mangelnder Selbstreflexion des KSV eingeleitete Massenpolitik, wobei sich bei näherem Hinsehen der demokratische Zentralismus als notwendige Organisationsform zur Vertuschung der politischen Ratlosigkeit und Unterdrückung einer grundlegenden Auseinandersetzung darüber und die Schlagwortpropaganda als einzige Möglichkeit dementsprechender Massenpolitik erweist."

(Zitate aus drei verschiedenen Papieren von Sympathisanten, die in der Zeit nach diesem Plenum entstanden sind.)

Die rege, emotional angeheizte Diskussion auf dem ersten Sympathisantenplenum flachte beim zweiten Plenum ab. Der KSV hatte schon auf das erste spontane Treffen einen Mann vom ZK geschickt, der sich auch als solcher vorstellte. Nach einer kurzen Auseinandersetzung über ihn einigten sich die Sympies darauf, ihn nicht rauszuwerfen. Er sollte ruhig zuhören („Wir müssen es ja nicht unbedingt mit dem KSV machen, wie er es mit uns macht!"), aber er dürfe nicht in die Diskussion eingreifen. Beim zweiten Plenum erschien nun gleich eine ganze Abordnung des KSV und legte ein Papier vor, über das sie eine Debatte vorschlug. Mit keinem Wort ging das Papier auf die bereits geäußerten Vorwürfe der Rigidität, auf Bedürfnisse nach praktischer Mitarbeit und mehr Information ein. Nach der vielen „subjektivistischen" und „psychologistischen" Kritik wies der KSV daran darauf hin, welche Bedürfnisse nach seiner Meinung (im Gegensatz zu den von den Sympies selbst vorgebrachten!) wirklich übergangen worden seien.

„Unter dem Gesichtspunkt, daß das Hauptinteresse der Mehrheit der Sympathisanten (und nicht nur der Sympathisanten) die Frage ist, wie der Kampf gegen das Kapital an der HS und vor allem im späteren Beruf richtig geführt werden kann, unter diesem Gesichtspunkt muß unseres Erachtens gesagt werden, daß die bisherige Arbeit in den Sympathisantenkollektiven an den Interessen der Sympathisanten vorbeiging."

Nur wenige „Sympies" ergriffen auf diesem Plenum das Wort. Nach endlosem, müden Hin und Her kam heraus, daß man die Diskussion des KSV-Papiers ablehnte (mit höchstens 10 Gegenstimmen). Ein Antrag auf Abbruch der Debatte, um ohne den KSV in den einzelnen Kollektiven den eigenen Standpunkt zu klären, wurde unterstützt.

Trotz der Tendenz dazu wurde das Plenum kein eigenständiges „Gegenplenum", denn die Polarisierung in Kandidaten und Sympathisanten nahm zu. Die Angst, den organisatorischen und ideologischen Halt am KSV aufgeben zu müssen, lähmte die Eigeninitiative und die radikale Kritik. Sichtbar wurde, wie doch selbst zu einer Organisation, die autoritär (Schulungsleiter), konkurrenzorientiert und bürokratisch (Kandidaten), moralisch („Als Genosse mußt du . . .") und rigide („Wir fordern vom einzelnen die völlige Unterordnung seiner selbst unter das Primat der Politik!"), die verunsicherten, Stabilität suchenden Studenten insbesondere der Anfangssemester eine gewisse Affinität haben. Tritt man auf als radikaler Kritiker solcher Organisationen, zerstört man in ihnen eine Identifikation, die ihnen eine rigide Geborgenheit bedeutet. Daran sind wohl auch die Radikalisten unter den Sympies gescheitert.

Nach diesem zweiten Sympathisantenplenum, in dem die KSV-Abordnung ihr Bestes tat, schüchterne Versuche der Selbstartikulation unter den Sympies an die Wand zu reden, wurde zwar noch ein Deligiertengremium der Sympies gebildet, daß eine Resolution mit drei Forderungen verfaßte:

1) Umgestaltung der Kollektive nach Berufsperspektiven, Fachbereichen, um mit den KSV-Sektionen der einzelnen Fachbereiche baldigst praktisch zusammenarbeiten zu können

2) Informationsaustausch zwischen Sympathisanten und KSV

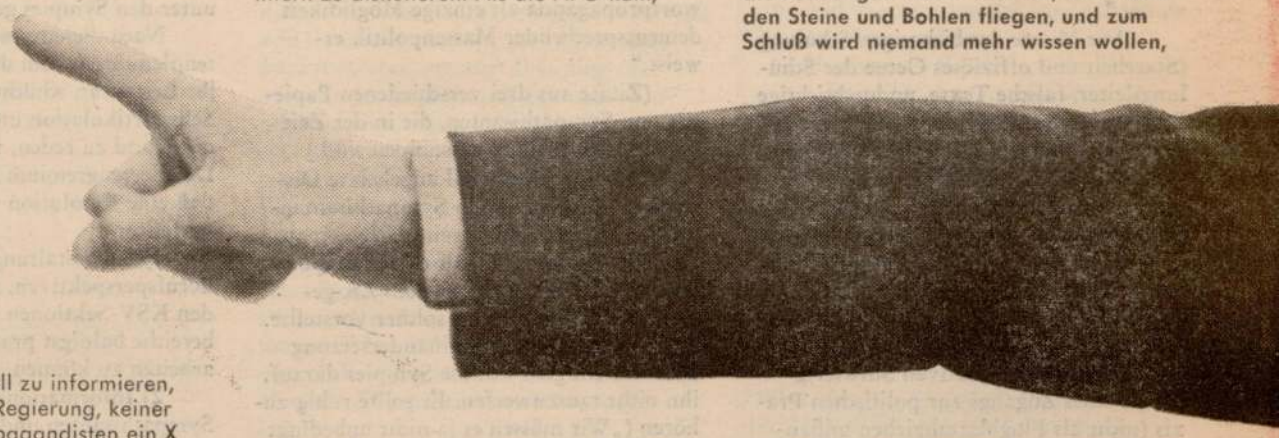
3) weil dazu das Sympathisantenplenum dienen soll, die Institutionalisierung des Plenums als Interessenvertretung der Sympies.

Doch dann kamen die Semesterferien. Nur wenige, etwa 30, kamen nach den Ferien zum KSV zurück und blieben bei ihm. Dieser Auszug aus der Arbeit des KSV mit den Massen ist selbstredend.

Die Praxis deckt die Karten auf. Die vorhandenen Interessen der Studenten werden als „psychologistisch", „bürgerlich", „an Privilegien fixiert" abgeblockt, die „wirklichen" als „Hauptinteressen" dagegen gestellt. Nicht aus den vorhandenen Bedürfnissen der Studenten differenziertere, reflektiertere entwickeln, sondern wider sie das „Abgeleitete" mit penetrantem Starrsinn solange „propagieren", bis es sitzt — diese Maßregelung der Masse, eine undynamische Konfrontation vorhandener Interessen mit als „richtig" abgeleiteten, wird immer dort sein, wo auch schon in die Theorie Subjektivität bloß als nachgeschleiftes Übel eingeht.

Erich Klein

Am 17. Juli 1972 versprach Augstein seinem Leservolk, daß „angesichts der Zusammensetzung" der „jetzigen Chefredaktion der SPIEGEL parteipolitisch unabhängig bleiben wird". Alle, die es hörten, waren zufrieden. Die politischen Ambitionen des ersten Redakteurs (er über sich selbst) sollten nicht beeinflussend auf die Berichterstattung des Nachrichtenmagazins wirken. Seine Leser konnten weiterhin hoffen, daß das von dem damaligen Chefredakteur H. D. Becker beschriebene Story-Prinzip, „das sozusagen von oben her, von höherer Warte die Neuigkeiten miteinander verflicht und in ein erkennbares Beziehungssystem bringt", erhalten bleibt, daß der Spiegel seine politische Aufgabe, „seine Leser über politische Probleme, Sachverhalte und Zusammenhänge so klar, so



gründlich und so schnell zu informieren, daß ihnen von keiner Regierung, keiner Partei und keinem Propagandisten ein X für ein U oder eine Schwäche als Stärke, eine Heuchelei als Tugend oder ein Unrecht als Recht vorgegaukelt werden kann", künftig in diesem Sinne wieder wahrzunehmen trachtet.

Zufrieden die einen, weil sie weiterhin wertfreie Information bezogen. Beruhigt die anderen, weil sie einen engagierten SPIEGEL nicht mehr zu fürchten hatten. Vergessen waren bei Herausgeber und Chefredaktion die unruhigen SPIEGEL-Jahre. Überholt die „Kraftprobe", die mit „der Amputation des linken Standbeines" beendet wurde. Verdrängt die Forderung nach demokratischer Mitbestimmung. Die begonnene „Repolitisierung" durch den Chefredakteur Gaus war erfolgreich zur Strecke gebracht worden. Der „Systemkritiker" und Keynesianer Augstein konnte das Fähnlein des letzten aufrichtigen Liberalen in seine Hände nehmen. Nach einjähriger Pause konnte er die Frage, ob er mit der RAF gebombt habe, mit einem klaren „nein" beantworten. Von Industrieohr zu Industrieohr klang sein „Mea Culpa" über die mittleren und großen Sünden gegen die Grundregeln der Informationsfreiheit! (Mitbestimmungstitel, Vermögensbildungstitel, Hochschulserie, Lehrlingstitel und Konzernartikel). Augstein hatte es geschafft. Er war Bundestagskandidat und das geplante unternehmerfreundliche Konkurrenz-Magazin von Gruner oder Springer endlich zum Scheitern verurteilt. Augsteins „Revolver-Journalismus" feierte fröhliche Urständ.

Die Ideologie des Spiegel unterscheidet sich keineswegs von der der Bildzeitung. Sie „ist nichts weiter als eine skeptische Allwissenheit, die an allem zweifelt außer an sich selbst" (Enzensberger). Was das Magazin allwöchentlich verkauft, ist nicht die objektive, sondern die Vogelperspektive auf eine Welt, in der – bei soviel Distanz – die Herrschenden und die Beherrschten, die Unterdrücker und die Unterdrückten als äquivalent, als gleich schlecht und gleich lächerlich erscheinen. Dieser Vogel-Blick auf die Welt vermittelt dem SPIEGEL-Leser das Gefühl der Allwissenheit der Allmacht durch Information. Wie bei BILD wird eine totale Identifikation des Lesers mit der Perspektive des SPIEGELS erreicht.

Bis 1969 waren die SPIEGEL-Berichte für jeden erkennbar an Jacobis Formgesetz und an Augsteins Glaube, daß Männer Geschichte machen, gebunden. Studentische oder intellektuelle „Unbeherrschtheit" wurde von den meisten Redakteuren kaum registriert. Nur die Redakteure Vater, Gremliza und Bayer wiesen nach den Osterunruhen 68 Blessuren auf. Zu wenige, um über die Geschehnisse und ihre Ursachen intern zu diskutieren. Als die APO kam, wußten Augstein und Jacobi, wo ihr Platz war. Sie wollten „sowohl den einzelnen wie die Gemeinschaft vor totalitären Ansprüchen in jedem Gewand" schützen. Den rechten und linken Extremismus setzte man dem Modell Ulbricht/Hitler gleich. Hauptobjekt der „Spiegel"-Kritik mußten nach dieser Devise nicht die Herrschenden sein, sondern diejenigen, die die Herrschenden radikal kritisieren. Augsteins SPIEGEL war zu vornehm, die Anti-Apo-Hysterie der Springer-Blätter mitzumachen. Er attackierte die Studentenbewegung mit subtileren, SPIEGEL-gemäßen Mitteln, ausgerichtet an seiner Zielgruppe (Verlagsdirektor H. D. Bekker: „Wir machen keinen SPIEGEL für Straßenbahnschaffner").

Am 22. April 68 wußte der SPIEGEL unter der Leitung M. W. Henschels und Augsteins folgendes über die Unruhen zu berichten:

„Es war Gründonnerstag 1968 – von den vier Evangelisten als jener Tag überliefert, an dem Jesus im Garten Gethsemane von Judas mit dem falschen Bruderkuß den Hohepriestern verraten und ausgeliefert wurde.

Um 16.35 Uhr fielen vor dem Hause Nummer 140 auf dem Kurfürstendamm zu Berlin aus der Pistole des Anstreichers Bachmann drei Schüsse. Sie trafen Rudi Dutschke.

In der biblischen Geschichte schlug in der darauffolgenden Nacht ein zorniger Jünger dem Häscher seines Herrn spontan mit dem Schwert ein Ohr ab. In Deutschland schlugen in jener Nacht die Jünger Dutschkes spontan ohne Schwert mit Steinen zurück. Die radikalen Studenten gingen auf die Barrikaden ...

Unbeirrt und unbelehrt marschierten die Deutschen wieder vertrauten Abgründen entgegen. Ideologie statt Politik, Fanatismus und Aufruhr kennzeichneten den Protest der radikalen Studenten gegen das Establishment des gebrochenen Rückgrats. Kungelei statt Politik, Hysterie und Knüppelsucht bestimmten die Reaktion der Republik auf das Utopia der Jugend ... Es kam zu Straßenschlachten, wie sie Westdeutschland seit der Weimarer Republik nicht mehr kannte. Auf der Strecke blieben zwei Tote, über 400 Schwer- und Leichtverletzte ..."

Während der Artikel die Frage, auf wessen Konto die Toten gingen, nicht beantwortete, verriet Augstein in seiner Kolumne „Knüppel frei?" die Schuldigen.

Die zwei Toten der Ostertage gehen auf das Konto des SDS, daran gibt es keinen Zweifel. ... Wenn der SDS programmgemäß fortfahren will, Straßen und Druckeingänge mit Gewalt zu blockieren, wird die Polizei gewaltsam räumen; dann werden Steine und Bohlen fliegen, und zum Schluß wird niemand mehr wissen wollen, ob der Tote von einem Polizeiknüppel oder von einem Pflasterstein getroffen wurde.

Unbeirrt lehrte der Liberale seine Leser

Hier endet das Verständnis für die Lernprozesse des SDS und seine „Guerilla-Taktik". Der lange Marsch in den Bürgerkrieg, die Revolution in Scheibchen, mal hier ein Toter, mal da ein Toter, muß aufgegeben werden.

... Das Verhalten der Polizei war brutal und skandalös. Es wird zur Regel werden, wenn der SDS darauf beharrt, daß er berechtigt und fähig ist, Druckschriften den Weg zu verlegen.

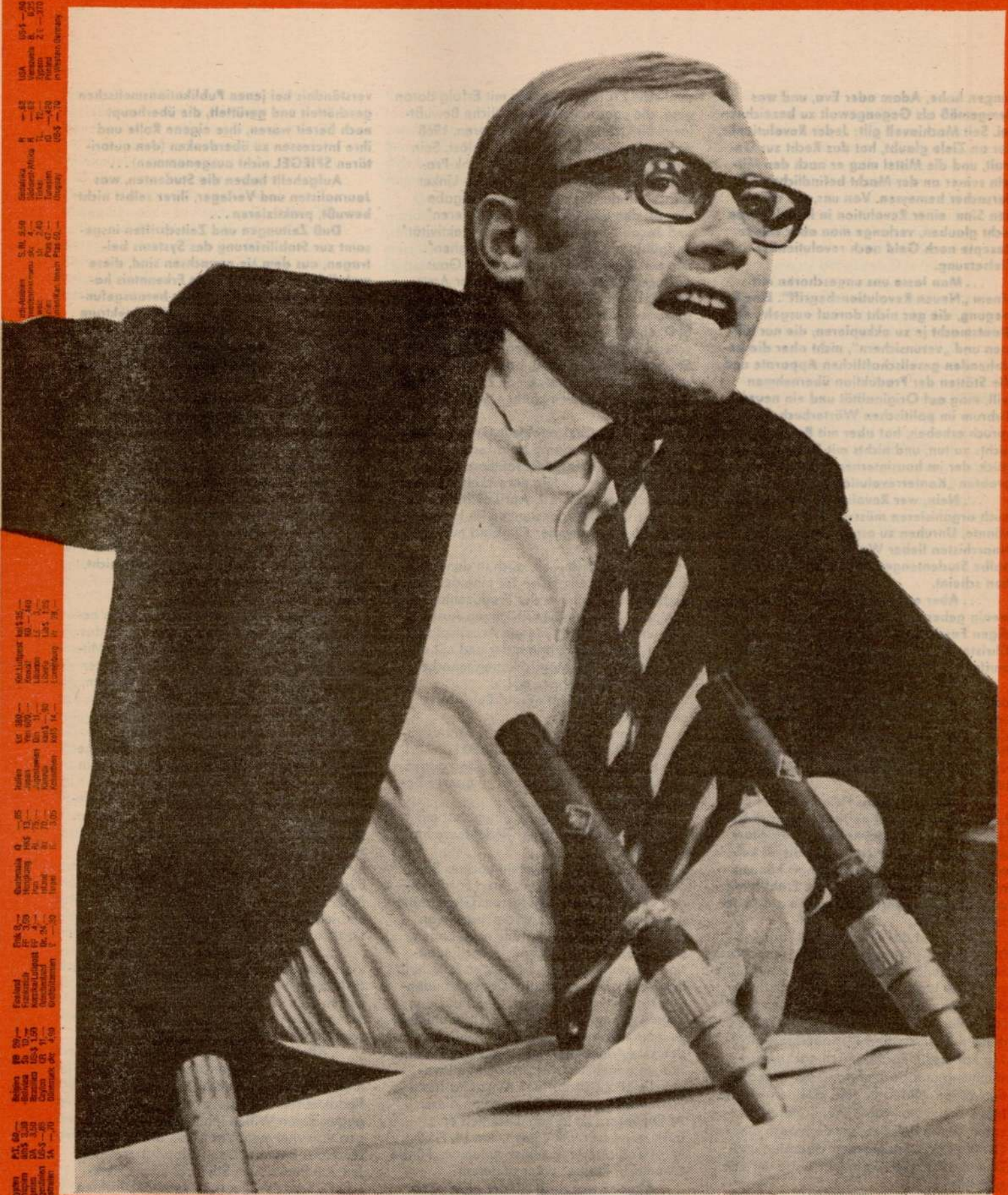
Bis Mitte 69 versuchte der SPIEGEL jede Gelegenheit wahrzunehmen die verhaßten „Polit-Utopisten" und „Radaubrüder" als die Demokratiefeinde Nummer 1 zu kennzeichnen. Landauf- und landabwärts mußte die terroristische Gefahr erkannt werden.

Da hilft kein Flehen mehr und kein Bitten, Trennendes in die Schublade zu tun und Gemeinsamkeit zu suchen. Es gibt diese Gemeinsamkeit nicht mehr, wie es übrigens zwischen Revolutionären und der etablierten Macht natürlich ist.

Durch den Angriff auf die Linke erhoffte sich der SPIEGEL dreifachen Vorteil: „Er pflegt sein nonkonformistisches Image, er kommt den Interessen seiner Anzeigenkunden entgegen, und er schmeichelt den Vorurteilen der priviligierten Mehrheit seiner Leser." Aus diesem Grunde stand Augsteins Urteil über die Terroristen innerhalb der APO fest. In seiner Kolumne „Prügel für uns alle" vom 10. 2. 69 bezeichnete er die Frage, „wer mit der Gewalt angefangen habe" als „albernes Ratespiel". Er sprach für alle als er verkündete:

... Wir wollen das alberne Ratespiel nicht mitmachen, wer mit der Gewalt ange-

DER SPIEGEL



Befreiungsaktion beteiligt war, im ersten Fluchtauto, dem Alfa Romeo?

Gab es Pläne darüber, in welchem Fall die Waffen eingesetzt werden sollten?

Gab es einen bestimmten Unterschlupf, oder haben Sie häufig das Quartier gewechselt?

Wer hat denn nach ihrer Meinung die verschiedenen Papiere verfaßt?" usw.

Hentschel nahm dem BKA eine Menge Arbeit ab. Fast alle gestellten Fragen waren bisher in den Fahndungen unbeantwortet geblieben. Das BKA versuchte durch den SPIEGEL, die festgefahrene Fahndungsmaschine wieder in Schwung zu bekommen. Zu bemerken wäre noch, daß die linken Redakteure von dem Homann-Interview nichts wußten. Während man sich von der Öffentlichkeit noch bestaunen ließ, planten Augstein, Gaus und Engel den nächsten Coup. Ein Interview mit Ulrike Meinhof sollte allem die Krone aufsetzen. Weniger populär waren die Methoden, mit der man die Meinhof für dieses Interview gewinnen wollte. Man ließ sie wissen, daß, wenn das Interview nicht zustande käme, man die dem SPIEGEL zur Verfügung stehenden Adressen von „Kontaktpersonen und Sympathisanten" veröffentlichen würde. Die Fragen an Ulrike Meinhof blieben unbeantwortet, z. B.:

1. Warum geben Sie nicht auf, warum stellen Sie sich nicht?

4. Sie haben sich, soweit das bekannt ist, vor allem an südamerikanischen Vorbildern orientiert. Akzeptieren Sie heute, daß zwischen den politischen Bedingungen der hochindustrialisierten europäischen Gesellschaften und der Gesellschaften der sogenannten dritten Welt ein Unterschied besteht, der die Revolution als ein politisches Mittel in unserer Gesellschaft – anders als in der dritten Welt ausschließt?

5. Was ist das nächste politische Ziel, das Sie sich in Ihrer jetzigen Situation setzen?

7. Wie lange meinen Sie, sich noch halten zu können? Mit welchem Ende rechnen Sie?

Am 24. 1. 72 erfuhren auch die SPIEGEL-Leser in dem SPIEGEL-Titel „In die Bank und durchgeladen" um welche „Vereinigung" es sich bei der Baader-Meinhof-Gruppe handelt:

Ziel dieser Gruppe ist es, „das System der Klassenherrschaft und der Unterdrükkung in der Bundesrepublik Deutschland" mit allen Mitteln, auch unter bewußter Verletzung der Rechtsordnung zu beseitigen. Vorbild für ihre Aktionen sind die Methoden der südamerikanischen Stadtguerillas.

Das markiert den Anspruch der Gruppe, nicht ihre Realität – der Weg führt „von scheinrevolutionären Phrasen über einen blinden Aktionismus in die – mühsam, aber vergeblich politisch frisierte – Kriminalität.

Der Leser erlebte auf Grund der lebendigen Schilderungen von Banküberfällen alles richtig mit.

Um 9.58 Uhr gab Mahler „das Zeichen zum Aufbruch", dann so Ruhland später im Prozeß bündig: „In die Bank und durchgeladen".

Ruhland und Grusdat, durchgeladene Gewehre im Anschlag, sicherten den Eingang. Mahler, den Revolver in der Hand, rannte in die Mitte des Schalterraumes, rief: „Überfall! Hände hoch, ruhig verhalten. Es geschieht nichts, es ist nicht Ihr Geld."

Der Überfall in der Rheinstraße hatte nur drei Minuten gedauert. Mahler beim Rückzug: „Lösen Sie keinen Alarm aus, sonst schmeißen wir eine Bombe!" Er und Grusdat zündeten im Bankeingang dann einen Nebeltopf, um den Verfolgern die Sicht zu nehmen.

In dem gleichen Artikel wurde der erste Sympathisant genannt. Es war Professor Peter Brückner, 49 Jahre alt. Auch dies blieb erhalten.

Am 31. 1. 72 wurden folgende Namen und Adressen, teilweise auch mit Bild der Öffentlichkeit vorgelegt:

Dr. Gerhard Reitschert, Pfarrer Kurt Kaiser, Johannes Bornheim, Michael Schulte, Annelise Bornheim, Monika und Jürgen Seifert, Eicke Falkenberg – um nur einige zu nennen.

Der SPIEGEL unterschied sich in seiner Berichterstattung nicht mehr von der Bild-Zeitung. Beide förderten die allgemeine Hysterie gegen die Linke in der BRD.

Am 29. 5. 72 charakterisiert der SPIEGEL in seinem Artikel über die Bombenattentate die Sympathisanten wie folgt:

Die Randschichten regten sich nicht, die Studenten übten bestenfalls „solidarische Kritik" und allein bei den „Hosenscheißern", den arrivierten Intellektuellen, fanden die gehetzten Guerilleros dann und wann Unterstützung – Adressen oder Wohnungen für ein paar Tage.

... In der Eskalation ist mit dem eigentlichen Kern der Aktionen zu rechnen: etwa mit Sprengungen von Wohnblocks, Liquidation einzelner bei den anschließenden Hilfsaktionen eingesetzter Hilfskräfte (Feuerwehr, Ärzte, Krankenpersonal) ...

Die inzwischen wahrscheinlich allgemein herrschende Panikstimmung wird durch weitere Aktionen wie Anschläge auf Schulen, Anschläge auf Warenhäuser und Anschläge auf öffentliche Verkehrsmittel, insbesondere U-Bahnen und S-Bahnen, verstärkt.

Um sich die bis zu diesem Zeitpunkt geschaffene Situation zu verdeutlichen, muß man sich vor Augen halten, daß sie in kürzester Zeit und mit äußerster Brutalität ausgelöst wurde.

Der totale Guerillakrieg in dem modernen Industriestaat Bundesrepublik – nur eine düstere Vision im Polizeifachblatt oder auch Konzept der Baader-Meinhof-Gruppe?

Soviel schien Ende letzter Woche klar: Es soll weitergebombt werden. Die RAF hat bereits angekündigt: „Am 2. Juni folgen weitere Aktionen in den Metropolen der Bundesrepublik."

Augstein selbst meldete sich nach den Verhaftungen von Baader, Meins u. a. erst wieder zu Wort. Am 12. 6. 72 wusch Augstein in seiner Kolumne „Haben wir mitgeschossen?" seine Hände in Unschuld.

Kein Journalist kann Wert darauf legen, sich selbst zu zitieren, es sei denn zum Zwecke der Dokumentation. Als Ostern 1968 bei Demonstrationen in München zwei Menschen zu Tode gekommen waren und Rechtsanwalt Mahler das für „im gewissen Sinne unvermeidlich" hielt, habe ich im SPIEGEL geschrieben:

Hier endet das Verständnis für die Lernprozesse des SDS ... Auch ohne Springer und Strauß, ja sogar ohne Vietnamkrieg wäre die Mode des Anarcho-Verbrechen wohl aus Amerika zu uns herübergeschlagen. Die frustrierende Erkenntnis, daß sich an der Mechanik der Industriegesellschaften wenig bis gar nichts ändern läßt, produziert Kurzschluß.

Vergessen hatte Augstein seine APO-Inspirationen, verdrängt die zwei unruhigen SPIEGEL-Jahre. Während man der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit aller publizistischen Macht wieder zu Ruhe und Ordnung verhalf, hatte sich auch innerhalb des SPIEGEL wieder alles zum „Guten" gewandelt. Man hatte den „Widerstandskäpfern" v. Hoffmann, B. Zeuner, D. Brumm, O. Köhler u. a. gekündigt. Die angekündigte Kraftprobe endete mit der Amputation des linken Standbeines. Erfolgreich hatte Augstein eine Demokratisierung verhindert. Denn „Demokratie bedeutet" bei Augstein „nicht, daß jeder überall Bescheid wissen und über alles mitbestimmen muß". Wenn es so wäre, dann wäre im SPIEGEL „eine nichtarbeitende Opposition als Minderheit gegen die arbeitende Mehrheit tätig, dies Schreckensbild genügt, um die Untauglichkeit der parlamentarisch-demokratischen Regeln für unsere Arbeit darzutun. Permanenter Kampf zwischen ständig wechselnden Mehrheiten und Minderheiten müßte die Redaktion zerreißen ..." (Augstein). Zum Glück hatte man dies verhindert. Das Wort Agitation wird nun wirklich mit kleinem a geschrieben. Niemand sprach mehr von dem geplanten Konkurrenz-Magazin. Es war geschafft. Der SPIEGEL ist „wieder" ein System der Gewalt.

„Gewalt an der objektiven Nachricht, die zum bloßen Konsumartikel entstellt wird –

„Gewalt am geistigen Produkt journalisten, dem politische Erkenntnis und politisches Engagement systematisch ausgetrieben werden –

Gewalt am geistigen Produkt journalistischer Arbeit, dessen Stellenwert sich nur noch nach seinem Unterhaltungsfaktor bemißt". (Sechs kritische Redakteure im SPIEGEL-Verlag, 1. 4. 69.)

Eva Braun

Das Auto ohne Schlips und Kragen.

Der 2CV ist alles andere als ein Repräsentationswagen. Aber dafür kann er Ihnen ein paar hemdsärmelige (man kann auch sagen: genial einfache) technische Delikatessen anbieten, die Sie an keinem anderen Auto finden.

Das Rollverdeck zum Beispiel, das Ihren 2CV im Stoffumdrehen in ein Fast-so-gut-wie-Cabrio verwandelt. Oder die Klappfenster – die frischeste Frischluftanlage, die es je gab. Oder die bequemen Sitze zum Mitnehmen ins Freie. Und im übrigen ist er inzwischen so bekannt als sparsames und vernünftiges Auto, daß es schon wieder Spaß macht, im Smoking mit ihm an der Oper vorzufahren. Versuchen Sie's mal. Eine der 7.500 Citroën-Service-Stellen in Europa ist in Ihrer Nähe. Citroën-Automobil-AG, 505 Porz-Westhoven, Abt. B 31, Postfach 2080.

CITROËN 2CV

Reflexionen über den KSV

Wie die Masse der linken Organisationen in Westdeutschland und Berlin ist der Kommunistische Studentenverband in Frankfurt eine Nachfolgeorganisation des SDS, bestehen seine Mitglieder aus Studenten, betreibt er eine Politik, welche die Fehler und Schwächen der antiautoritären Revolte vermeint überwunden zu haben.

Als 1969 der SDS in Berlin zerfiel, wurden in vielen Fachbereichen sogenannte Rote Zellen gegründet. Ansatzweise geschah dies auch in Frankfurt. Als geschlossenste Gruppe blieb dabei die Rote Zelle Pädagogik übrig. Sie war der Schoß dessen, was sich heute so kühn und stolz KSV nennt. Trotz dieses Namens, den sich schon der Studentenverband der KPD/AO gegeben hatte, schloß sich der KSV nicht dieser Partei an; erst einmal wohl in richtiger Einschätzung von deren Selbstüberschätzung. Nichtsdestotrotz sind Ähnlichkeiten mit lebenden Personen nicht rein zufällig; sie entspringen einer unter den gegebenen historischen Bedingungen naheliegenden Lösung. Diese Lösung besteht in dem konsequenten Rückgriff auf echte oder vermeintliche Traditionen der Arbeiterbewegung und vor allem aber des orthodoxen Marxismus. Orthodoxer Marxismus nicht im Sinne des frühen Lukács, sondern in dem buchstäblichen Fürwahrhalten dessen, was die Klassiker (Marx, Engels, Lenin pipapo) schrieben. Um nicht von vorneherein uns dem reflexartig erfolgenden Vorwurf des linksradikalen Antikommunismus auszusetzen, sei gesagt, auch wir halten das Studium der Klassiker für unumgänglich, um eine revolutionäre Perspektive zu finden. Wir halten aber die Methode der Applikation für gerade von einem genuin marxistischen Standpunkt aus für unwissenschaftlich und unzulässig. Diese aber wird vom KSV und anderswo angewendet. Die Marxsche Dialektik entspringt der Dialektik der Klassenkämpfe, der Geschichte; die Dialektik der orthodoxen Marxisten ist eine aufgeklatschte: Wo finde ich bei Marx die Analogie? Fataler noch ist der Rückgriff auf die Tradition der Arbeiterbewegung. Faktisch ist diese durch den Faschismus zerschlagen worden; nur euphemistisch kann von einer beginnenden Rekonstruktion seit den Septemberstreiks von 1970, nur apologetisch von einer Kontinuität durch die illegalisierte KPD gesprochen werden. Das Proletariat als Klasse für sich existiert heute nicht; die Klassenkämpfe der zwanziger Jahre endeten mit der schwersten Niederlage, die nur denkbar ist. Heute sich auf eine vermeintlich ruhmreiche Tradition deutscher kommunistischer Politik zu berufen, heißt über die Niederlage hinwegzutäuschen und die Gegenwart zu ignorieren. Inwieweit diese Symptome, die Merkmal von orthodoxem Sektierertum sind und die bei Fraktionen wie der KPD/AO bereits den Charakter eines geschlossenen Wahnsystems erreicht haben, beim Frankfurter KSV zu finden sind, soll im folgenden an Hand der im vergangenen Jahr abgelaufenen Strategiedebatte zwischen dem KSV auf der einen, den „spontaneistischen" Gruppen (Revolutionärer Kampf, Rote Hilfe, Rote Zelle Jura, Marxistische Aufbauorganisation u. a.) entfaltet werden.

Der KSV nimmt für sich in Anspruch, eine kommunistische Organisation zu sein. Sinnvoll aber sind kommunistische Organisationen nur dann, wenn sie ihre Arbeit in ein Verhältnis zur revolutionären Klasse, damit zur revolutionären Partei vermitteln können. Es ist das große Manko der gegenwärtigen Lage, daß es ein Dutzend kommunistischer Parteien gibt, nicht aber eine, die diesen Namen anders als antizipierend trägt – selbst gemessen an der westdeutschen Nachkriegs-KPD sind diese studentischen Ersatzparteien bloße Zirkel, die nicht durch Absichtserklärungen und Vereinheitlichungsproklamationen zu der sichtbar gewordenen Gestalt des proletarischen Klassenbewußtseins emporzustilisieren sind. Tatsache ist, daß auch durch Vereinheitlichung der Zirkel ein paar Renommierarbeiter nicht zum bewußtesten und fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse werden; eine proletarische Arbeiterbewegung, zu der sich kommunistische Gruppen anderer sozialer Bereiche hin vermitteln könnten, existiert nicht. Die aus Jugendkultur und Revolte erwachsenen Gruppierungen der Linken sind nicht proletarisch, sondern proklamieren lediglich ihren kommunistischen Anspruch. Dieser Anspruch leitet sich bei einer streng orthodoxen Vereinigung wie dem KSV aus dem Leninschen Konzept einer Partei neuen Typs und der in ihr enthaltenen Massenfeindlichkeit ab. „Lenin funktioniert ... die spätbürgerliche gegenaufklärerische Ideologie von Elite und Masse revolutionär um ... Zu seinem Begriff der Agitation gehört, daß die Massen aus eigener Erfahrung autonom nachvollziehen, was die Avantgardestrategen ihnen vermitteln: die konkrete Erfahrung abstrakter Herrschaft" (Krahl, S. 161).

Da nach Lenin die Massen der Arbeiter nur zu einem tradeunionistischen Bewußtsein fähig sind, das durch den Berufsrevolutionär bzw. die kommunistische Partei revolutionär angefüllt werden muß, ist es gleichgültig, welchen sozialen Charakter diese Avantgarde hat; sie handelt substitionalistisch für das Proletariat. Unter den Bedingungen frühkapitalistischer Akkumulation im zaristischen Rußland ist diese Konzeption nicht nur legitim, sondern in der Oktoberrevolution erfolgreich gewesen. Ein anderes ist die Übertragung auf heutige Verhältnisse.

Die revolutionäre Theorie ist durch die Erfahrungen der chinesischen, der koreanischen und der vietnamesischen Revolution entscheidend bereichert worden. Durch sie ist der Begriff des „Volkskrieges" und vor allem der „Massen" neu belebt worden. In diesem Zusammenhang darf vielleicht auf das berühmte Mao-Wort hingewiesen werden: „Die wahren Helden sind die Massen, wir selbst aber sind oft naiv bis zur Lächerlichkeit; wer das nicht begriffen hat, wird nicht einmal die minimalsten Kenntnisse erwerben können." Der Massenbegriff der chinesischen Revolution ist verschieden rezipiert worden; an der wörtlichen Übertragung des Verhältnisses von Kommunistischer Partei und revolutionärer Masse in China hat sich der KSV in Frankfurt von niemanden übertreffen lassen, wohl aber an realistischer Einschätzung faktisch vorhandener Massen. Die Gruppe Revolutionärer Kampf, die durch ihre konsequente Betriebsarbeit das meiste Ansehen unter den Frankfurter Gruppen genießt, hat in ihrer Kritik an den Genossen von der Roten Armee Fraktion ihren Massenbegriff verdeutlich, der uns weit mehr als derjenige des KSV die Realität des politischen Kampfes hier zeigt:

„Nicht die Bomben (der RAF) bringen das kapitalistische System in Gefahr, es ist erst dann in Gefahr, wenn die Massen es nicht mehr wollen und eine praktische Alternative sehen, wie sie ihr Leben verändern können. Bomben ändern nichts am Elend des Kapitalismus, an der Isolation in den modernen Wohnsilos, an der Spaltung am Arbeitsplatz, weil sich keine Lernprozesse vollziehen können an Aktionen, die eine Gruppe isoliert, plant, durchführt und interpretiert ..." (Neues vom Sozialstaat, S. 33).

Diejenigen, die sich heute hier in Westdeutschland mit einer revolutionären und antiimperialistischen Politik identifizieren, sind Studenten, Angehörige der Jugendkultur und schichtenspezifisch kaum faßbare Teile der Bevölkerung. Die Klassenfrage – was immer die verschiedenen Fraktionen der Parteiaufbauer darunter verstehen – wird von diesen dazu benutzt, die effektiven Aktionen spontaneistischer Gruppen grundsätzlich als „kleinbürgerlich" und „anarchistisch" zu diffamieren. Beispielhaft dafür ist der Artikel „Kampf dem kleinbürgerlichen Revoluzzertum" in der Kommunistischen Hochschulpresse Nr. 4/72. Was „kleinbürgerlich" heißt, wird in diesem Artikel allerdings und bezeichnenderweise nicht ausgeführt. Der KSV wäre nämlich dann in die Verlegenheit gekommen, Leuten, die dem Großbürgertum entstammen und für die durchaus eine großbürgerliche Karriere bereit stand, nachzuweisen, daß diese sich kleinbürgerlich verhalten. Schade, daß es nicht zu diesem interessanten Versuch gekommen ist.

Am Anfang dieses Artikels konstatiert der Verfasser eine „großangelegte publizistische (!) Offensive einiger abgewrackter (gemeint soll wohl sein: abgefuckter) Studentenführer und Literaten (Kursbuch)". Schon diese Feststellung, hinter dem Erfolg disparater Problematisierungsbemühungen voneinander unabhängiger Individuen oder Organisationen eine Art von

Verschwörung zu sehen, kennzeichnet den paranoiden Charakter der Auseinandersetzung, so wie sie vom KSV her geführt wird. Zu den Spontaneisten heißt es innerhalb der Einleitung des Artikels: „Eine Grundhaltung, die wir deshalb spontaneistisch nennen, weil sie nicht auf der Grundlage von Strategie und Taktik eine klassenmäßig bestimmte Politik entfaltet, die nicht abzielt auf die langfristige politische und organisatorische Stabilisierung von Klassenkämpfen, sondern die vielmehr zu einer Politik führt, die wesentlich dadurch charakterisiert ist, daß sie punktuelle Konflikte, spontane, mit „den Augen wahrzunehmende" Bewegungen, unbefriedigte Bedürfnisse aufgreift und immanent zu radikalisieren versucht – recht unbekümmert um deren klassenmäßige Grundlage und historische Kontinuität ..."

Was eine klassenmäßig bestimmte Politik ist, wird in diesem Artikel leider nicht nachgewiesen – nehmen wir also an, daß es sich um eine Politik handelt, die vor allem den Interessen des Proletariats sich verpflichtet weiß. Eine solche Politik versuchte z. B. die Gruppe Revolutionärer Kampf zu initiieren, indem sie erst einmal zu untersuchen begann, was hier unter aktuellen Bedingungen Lohnarbeit bedeutet, indem sie in den Betrieb gegangen ist. Wer solches schon aus der Lektüre der Klassiker weiß, kann freilich auf „mit den Augen wahrzunehmende" Problematisierungen verzichten. Wo ist denn die „historische Kontinuität" einer kommunistischen Arbeiterbewegung? Wo ist denn die „klassenmäßige" Grundlage der Politik des KSV? Ist sie ideell, kleinbürgerlich oder empirisch? Man wird doch noch fragen dürfen.

Im weiteren kritisiert der KSV die vielfältigen Aktionen der nicht-dogmatischen linken Gruppen, die im Gegensatz zum KSV es nicht für sich in Anspruch nehmen, die „richtige Linie" schon gefunden zu haben. Ihnen gegenüber wird – abstrakt – die Realpolitik ausgespielt. Zitat: „Das Problem der Gewalt so zu stellen, heißt aber, es als Frage nach den aufklärerischen und pädagogischen Effekten zu stellen. Die Frage revolutionärer Gewalt wird nicht mehr nach der historisch konkreten Notwendigkeit gewaltsamer Aktionen zur Durchsetzung politischer Ziele, sondern als prinzipieller Kern ... formuliert."

Natürlich kann und darf Militanz kein Selbstzweck sein. Aber militante Aktionen, selbst Bombenattentate, stehen nicht im keimfreien gesellschaftlichen Raum und warten darauf, daß der erste hergelaufene Kommunist sich an ihnen interpretatorisch abmüht. Der Sinn der Militanz ergibt sich aus dem politischen Kontext, indem sie steht. Es ist sicherlich nicht maßlos effektiv, aus einer berechtigten spontanen Erregung heraus Scheiben von imperialistischen Institutionen einzuwerfen, da dieses optimal zu einem sog. „Glasnotstand" führt. Das Ziel solcher Aktionen z. B. ist, wie der Gutwille es leicht einsehen wird, es nicht, die Glasindustrie zu stärken (wiewohl das ein Nebeneffekt sein kann. Das muß auf einer klassenmäßigen Grundlage untersucht werden). In der Tat kommt es in diesem Zusammenhang auf die „aufklärerischen und pädagogischen Effekte" an. Diese sind ein erster Versuch dahin, „Aktionen zur durchsetzung politischer Ziele" überhaupt möglich zu machen – was im antiimperialistischen Kampf ungeheuer schwierig ist. Sich dagegen auf das „friedlich-machtvoll-disziplinierte" Demonstrieren, so wie es der KSV gern möchte, zu beschränken, heißt ein komplett falsches Modell antiimperialistischen Kampfes zu liefern. Wie soll denn der antiimperialistische Kampf geführt werden? Durch das Verteilen von Flugblättern in einer stereotypen, abgefuckten Sprache, die die Bevölkerung nicht erreicht? Etwa durch Märsche, die von vorne bis hinten von Polizeikolonnen eingekreist sind? Mit Reden, die niemanden agitieren außer denen, die schon agitiert sind? Durch Bombenattentate – die immerhin Schäden anrichten?

Als die Genossen der Roten Hilfe noch während der Serie der Bombenattentate, die der RAF zugeschrieben wurden, eine differenzierte Einschätzung zu liefern versuchten (die Waffen der Kritik und die Kritik der Waffen), war die Konsequenz des KSV, die Genossen der RH nur noch mit Anführungsstrichen als solche zu bezeichnen und Spendenaufrufe nicht mehr abzudrucken ...

Die Kritik des KSV an den linken Gruppierungen ist standpunktlos und entbehrt jeder Perspektive. Eine kommunistische Linie, die über den defensiven Kampf an der Universität hinausgeht, ist nicht in Sicht. Wer heute die Parole vom „Kampf dem Abbau demokratischer Rechte" ausgibt, ist nicht nur vom marxistischen Geist verlassen, sondern steht allein auf weiter Flur. Der Glaube, die Studentenbewegung könne die von der Arbeiterklasse der Bourgeoisie abgerungenen und justiziell fixierten Forderungen (z. B. Streikrecht) unter den gegenwärtigen Umständen substitutionalistisch aufnehmen und konservieren, ist die reine Illusion. Hinter solchen Parolen steht kein objektives Interesse irgendeiner Klasse mehr und sie den Studenten zu präsentieren, heißt nichts anderes, als inhaltlich hinter die Revolte zurückzufallen.

Ununterbrochen versucht der Kommunistische Studentenverband in Frankfurt sich mit einer Aura revolutionärer Politik zu umgeben, die sich mit anfallenden Schwierigkeiten bewußt auseinanderzusetzen weiß. Ein Führungsanspruch aber, der sich weder in Kämpfen noch in der Erstellung revolutionärer Theorie praktisch und richtig durchzusetzen weiß, eine Organisation, die nur in der Masse der Karteileichen brilliert und bei der Diskussion relevanter politischer Fragen lediglich überlegt, wie sie andere Gruppen ohne allzugroße eigene Anstrengungen tricky in die Ecke drängt, die hats wohl nötig so zu verfahren und braucht sich deswegen auch nicht in der Weise aufzuplustern, wie es immer wieder zu beobachten ist.

Ralf W. Scott
Daniel Georg

Sie finden bei uns Literatur folgender Fachgebiete:

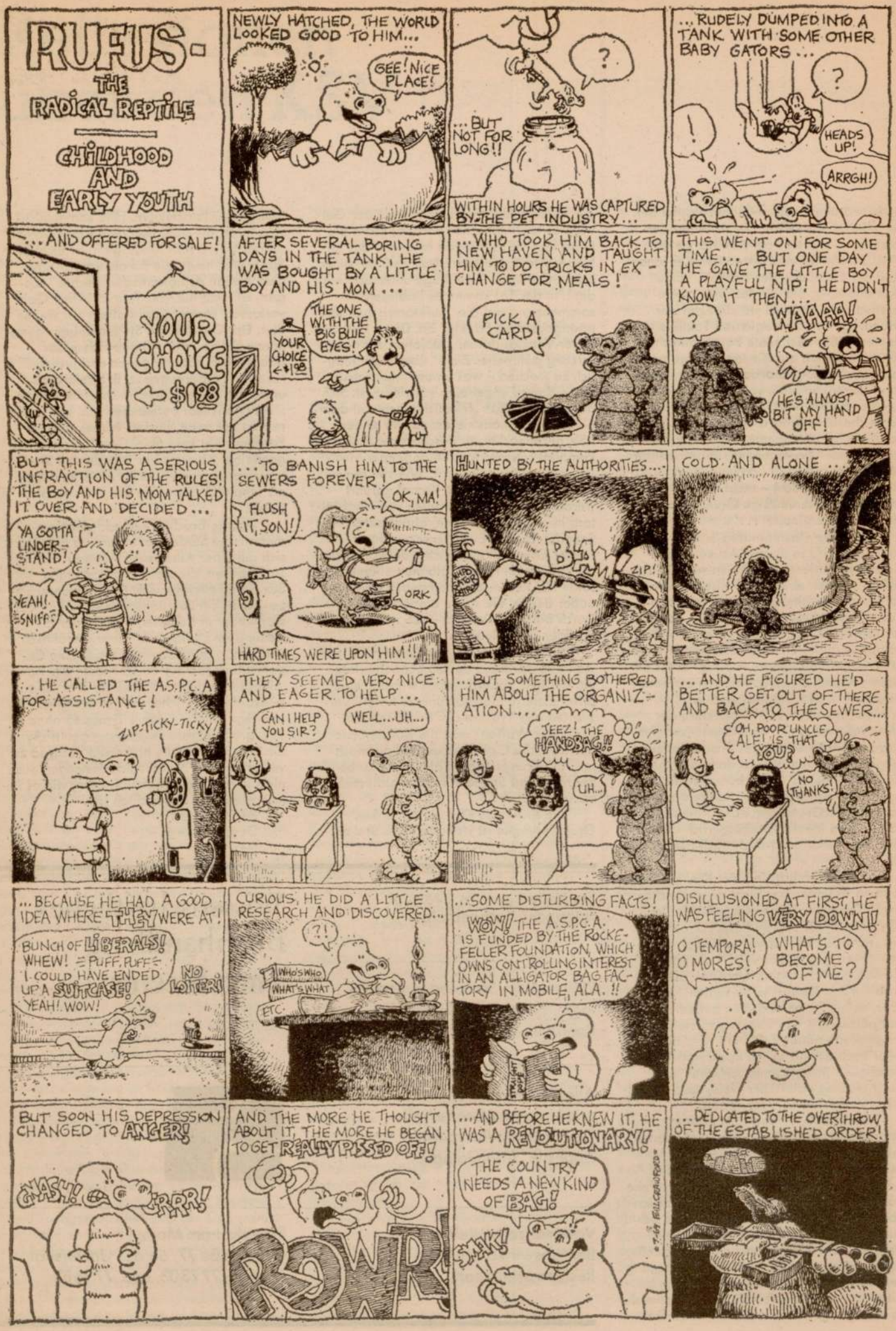
Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

Volkswirtschaftslehre
Betriebswirtschaftslehre
Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Buchhandlung
Theo Hector

Frankfurt am Main
Gräfstraße 77, an der Universität
Telefon 77 73 03 und 77 96 83


RUFUS-
THE RADICAL REPTILE
CHILDHOOD AND EARLY YOUTH
NEWLY HATCHED, THE WORLD LOOKED GOOD TO HIM...
GEE! NICE PLACE!
?
...BUT NOT FOR LONG!!
WITHIN HOURS HE WAS CAPTURED BY THE PET INDUSTRY...
...RUDELY DUMPED INTO A TANK WITH SOME OTHER BABY GATORS...
?
!
HEADS UP!
ARRGH!
...AND OFFERED FOR SALE!
YOUR CHOICE ← $198
AFTER SEVERAL BORING DAYS IN THE TANK, HE WAS BOUGHT BY A LITTLE BOY AND HIS MOM...
YOUR CHOICE ← $198
THE ONE WITH THE BIG BLUE EYES!
...WHO TOOK HIM BACK TO NEW HAVEN AND TAUGHT HIM TO DO TRICKS IN EXCHANGE FOR MEALS!
PICK A CARD!
THIS WENT ON FOR SOME TIME... BUT ONE DAY HE GAVE THE LITTLE BOY A PLAYFUL NIP! HE DIDN'T KNOW IT THEN...
?
WAAAAH!
HE'S ALMOST BIT MY HAND OFF!
BUT THIS WAS A SERIOUS INFRACTION OF THE RULES! THE BOY AND HIS MOM TALKED IT OVER AND DECIDED...
YA GOTTA LINDER-STAND!
YEAH! SNIFF
...TO BANISH HIM TO THE SEWERS FOREVER!
FLUSH IT, SON!
OK, MA!
ORK
HARD TIMES WERE UPON HIM!!
HUNTED BY THE AUTHORITIES...
BLAM
ZIP!
COLD AND ALONE...
...HE CALLED THE A.S.P.C.A. FOR ASSISTANCE!
ZIP-TICKY-TICKY
THEY SEEMED VERY NICE AND EAGER TO HELP...
CAN I HELP YOU SIR?
WELL...UH...
...BUT SOMETHING BOTHERED HIM ABOUT THE ORGANIZATION...
JEEZ! THE HANDBAG!!
UH...
...AND HE FIGURED HE'D BETTER GET OUT OF THERE AND BACK TO THE SEWER...
OH, POOR UNCLE ALE! IS THAT YOU?
NO THANKS!
...BECAUSE HE HAD A GOOD IDEA WHERE THEY WERE AT!
BUNCH OF LIBERALS! WHEW! =PUFF, PUFF= I COULD HAVE ENDED UP A SUITCASE! YEAH! WOW!
NO LOITERI
CURIOUS, HE DID A LITTLE RESEARCH AND DISCOVERED...
?!
WHO'S WHO
WHAT'S WHAT
ETC.
...SOME DISTURBING FACTS!
WOW! THE A.S.P.C.A. IS FUNDED BY THE ROCKEFELLER FOUNDATION, WHICH OWNS CONTROLLING INTEREST IN AN ALLIGATOR BAG FACTORY IN MOBILE, ALA. !!
DISILLUSIONED AT FIRST, HE WAS FEELING VERY DOWN!
O TEMPORA! O MORES!
WHAT'S TO BECOME OF ME?
!!
BUT SOON HIS DEPRESSION CHANGED TO ANGER!
GNASH!
GRRR!
AND THE MORE HE THOUGHT ABOUT IT, THE MORE HE BEGAN TO GET REALLY PISSED OFF!
ROWR!
...AND BEFORE HE KNEW IT, HE WAS A REVOLUTIONARY!
THE COUNTRY NEEDS A NEW KIND OF BAG!
SNAK!
...DEDICATED TO THE OVERTHROW OF THE ESTABLISHED ORDER!

Fortsetzung
von Seite 1

die sich bemühten, die fehlende Verbindung zu den jüdischen Massen, auf deren Arbeits- und Wehrkraft der Zionismus zur Verwirklichung des Staatsgründungsprojektes in Palästina angewiesen war, auf künstlichem Wege zu schaffen.

Die zionistische Theorie als materielle Gewalt.

Die zionistische Theorie betrachtet dem Charakter des Zionismus als einer Bewegung zur Realisierung klassenspezifischer Machtinteressen entsprechend, die Juden nicht unter dem Aspekt ihrer Rettung vor Verfolgung und Antisemitismus, sondern unter dem Aspekt ihrer Gewinnung für das Palästinaprojekt. Sie reflektiert deshalb nicht auf die wirklichen Ursachen des Antisemitismus, sondern ist auf der Suche nach agitatorisch wirksamen Inhalten, die ein Fortleben der Juden in der „Diaspora" (dem jüdischen „Exil") als prinzipiell unmöglich und den Zionismus als einzigen Ausweg erscheinen lassen. Der Bedeutungsgehalt aller zentralen Begriffe der zionistischen Theorie, die man von hierher als Legitimations- oder Agitationstheorie bezeichnen muß, spiegelt nicht die wirkliche Situation der Juden wider, sondern richtet sich nach den Erfordernissen der Propaganda für das nationale zionistische Programm. Es war nicht eine Analyse der sozialen Situation des Judentums, die die Zionisten auf die nationale Lösung in Palästina gebracht hätte, sondern es waren umgekehrt die nationalen Ambitionen, von denen ausgehend eine bestimmte, fatalistische Theorie der Situation der Juden entwickelt wurde.

Die zionistische Antisimetismusinterpretation, der praktisch wirksamste ideologische Bestandteil der zionistischen Theorie, erklärt deshalb den Antisemitismus zum ewigen Schicksal des Juden in der „Diaspora", dem nur durch die nationale Lösung in Palästina abgeholfen werden könne. Der Antisemitismus, der ein historisches Produkt der feudalen und kapitalistischen Gesellschaftsformationen ist, wird ahistorisch zu einer psychologischen Grunddisposition der mit den Juden zusammenlebenden Völker erklärt. Nach Leo Pinsker, dessen 1882 erschienene Broschüre „Autoemanzipation" neben Herzls „Judenstaat" (1896) zu den bedeutsamsten zionistischen Dokumenten zu zählen ist, hinterläßt die „geisterhafte Erscheinung" des Judentums als die eines Volkes, das seit zwei Jahrtausenden tot ist und gleichwohl noch unter den Lebenden umhergeht, im „Seelenleben der Völker" einen fremdartigen Eindruck und ruft die „Judophobie" hervor, die als Psychose angeboren, vererblich und unheilbar sei. Die Pogrome in Rußland seien so „einzig und allein die Folge jener allgemeinen, in der Natur der menschlichen Dinge begründeten Ursachen" (5). Eine Bekämpfung des Antisemitismus sei deshalb nutzloser Kräfteverschleiß. Der einzige Ausweg sei, den Juden wieder eine materielle, territoriale, nicht bloß abstrakte und spirituelle Nationalität zu verschaffen und sie so aus ihrer allseitigen Isolierung herauszuführen. Diese Theorie Pinskers, die im Kern auch schon bei Moses Hess zu finden ist, bildet die Basis aller anderen zionistischen Argumentationen.

Die Theorie des „sozialistischen" Zionismus, der nicht der sozialistischen Bewegung, sondern dem bürgerlichen Zionismus entstammt und dessen Aufkommen mit der Proletarisierung des jüdischen Kleinbürgertums verbunden ist, erklärt analog zu dieser bürgerlich-zionistischen Mystik die „nationale Konkurrenz" zu einer Art Dauererscheinung der Geschichte. Er erklärt internationale Klassensolidarität theoretisch zur Unmöglichkeit, um sie als praktisch unmöglich erscheinen zu lassen und die Hoffnungen in sie von vornherein zu zerstören. Der Borochow, der Chefideologe der Poale-Zion (Arbeiter-Zionisten) und heute noch mit einigen Einschränkungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, Säulenheiliger der zionistischen Linken, schrieb: „Um den Kampf gegen das Kapital zu führen, muß der Arbeiter erst einen Arbeitsplatz haben" (6). Andernfalls könne er kein Klassenbewußtsein entwickeln. Die Voraussetzung des gesicherten Arbeitsplatzes wiederum sei das eigene nationale Territorium. Auf „fremdem" Territorium mache den Juden die nationale Konkurrenz ihrer „Wirtsvölker" die Arbeitsplätze streitig und verdränge sie aus mehr und mehr Sektoren der Produktion. In seiner Verabsolutierung der nationalen Konkurrenz als eines Gewaltverhältnisses bereitet Borochow der späteren antiarabischen Gewalt bereits ideologisch den Boden. In seiner Theorie wird nach klassischer sozialchauvinistischer Manier der soziale Konflikt dem nationalen untergeordnet. Proletarischer Internationalismus wird theoretisch und praktisch – in der Kollaboration mit dem bürgerlichen Zionismus gegen die sozialistische Bewegung in Europa und im Verrat an den arabischen Klassengenossen in Palästina – auf dem Altar nationalistischer Interessen geopfert. Das jüdische Proletariat soll vom Klassenkampf weg zum „befreienden" nationalen Einsatz in Palästina abgelenkt werden. Dies ist der Kern jeder zionistischen Theorie, sei sie bürgerlich oder „sozialistisch": Die Diaspora, wo die befreiende Revolution als objektive Möglichkeit auf der Tagesordnung stand, wurde als permanente Hölle gekennzeichnet, Palästina, wo sich mit jedem neuen Einwanderer die Unausweichlichkeit eines blutigen Konfliktes mit der arabischen Bevölkerung deutlicher abzeichnete, wurde propagandistisch zur Oase des Friedens stilisiert, um die Juden blind dafür zu machen, daß die zionistischen Patrioten dabei waren, sie nicht in den Frieden, sondern in einen sinnlosen Krieg zu führen.

Wie das „Märchen . . . von der Ewigkeit des Antisemitismus in der Diaspora", wie Lenin es nannte (7), dienen auch die hypnotisierenden Agitationsphrasen von der „uralten Sehnsucht nach Zion" und von Nation und Rasse dazu, die Juden von der sie umgebenden Bevölkerung allseitig abzuspalten bzw. eine weitere Annäherung unmöglich zu machen, ihr Vertrauen in die progressiven politischen Bewegungen ihrer Heimatländer zu erschüttern und ihnen die Hoffnung auf eine revolutionäre Änderung ihrer Lage zu rauben. So erklärten die zionistischen Rassentheoretiker, deren Theorien, wie der zionistische Historiker Böhm schrieb, „sehr viel Anklang fanden" (8), die Sünde wider das Blut und die Rasse zur Erbsünde der Welt. Der jüdischen Rasse, so heißt es, sei ein „ungeheuerer Fonds von Instinkten" (9) angeboren, der sich von der Urzeit bis heute aufgrund der „Einheitlichkeit der jüdischen Rasse sowie der Rassenidendität der heutigen Juden mit denen des Altertums" (10) rein erhalten hätte. Jedoch: „Mit jeder hochgezüchteten Eigenschaft geht es reißend bergab, wenn ihr Träger sich nicht mit gleich beanlagten Individuen paart" (11). Zur Abwehr der „verheerenden Wirkungen des Rassenchaos" (12) und zur Erhaltung der „veredelnden Wirkungen der Rassereinheit" (12) sei es also nötig, die Juden in einem abgeschlossenen Territorium zu vereinen. Wer nicht mitziehen will, wer weiterhin zu jenem „halbassimilierten jüdischen Ignorantentum" (13) aus dem Bodensatz unseres Blutes" (14) zählen will, wird „nach den allgemeinen Gesetzen der Rassenbiologie . . auf dem Wege der individuellen Entartung ausgeschieden" und als „Fremdkörper" „erbarmungslos eliminiert" (15). Dr. Alexander Schueler faßt zusammen: „Für die Judenfrage ist die Rassenlehre der sichere Schlüssel." (16)

Mit diesen Rassentheorien unterschrieben die Zionisten die grundlegenden Thesen der Antisemiten, deren Logik und Vokabular sie sich zu eigen machten. Die zionistische Rassentheorie richtet sich nicht gegen den Antisemitismus, sondern gegen die den Zionismus gefährdenden progressiven Strömungen innerhalb der Juden und bereits gegen die Araber Palästinas. Deshalb ist es unmöglich, sie mit Frantz Fanons Theorie des antikolonialistischen Rassismus zu verteidigen, wie es „linke" Zionismus-Apologeten neuerdings versuchen. Der Rassismus des Kolonisierten ist progressiv, weil er ein Mittel im antikolonialistischen Kampf darstellen kann. Der Zionist aber fand seine Identität nicht im Antikolonialismus, sondern in der Kolonisation. Ein ebenso zum Scheitern verurteiltes Unterfangen ist es, Lenins Theorie des Nationalismus der unterdrückten Nationen herbeizuzitieren.

Erstens stellten die Juden nur in der zionistischen Phantasie eine Nation dar, in Wirklichkeit aber eine im Verschwinden begriffene, weil sich sozial auflösende Religionsgemeinschaft; zweitens erfüllt der zionistische Nationalismus nicht die Bedingung einer antifeudalen oder antiimperialistischen Zielsetzung, die ihm erst das Prädikat der Progressivität verleihen könnte. Im Gegenteil verbündete er sich mit dem Imperialismus und ist selbst imperialistisch (s. u.).

Die zionistische Praxis gegenüber den Juden.

In Übereinstimmung mit der zionistischen Theorie stehend und im Ursprung des Zionismus begründet ist eine zionistische Praxis gegenüber den Juden, die sich permanent in der unheimlichen Nachbarschaft des Antisemitismus bewegt. Sie scheute selbst nicht vor der Anwendung antisemitischer Methoden zurück. So explodierten 1951 im Irak in der jüdischen Gemeinde Bomben, die zionistische Organisationen gelegt hatten, um die irakischen Juden zu einer panischen Flucht nach Israel zu treiben. Nachdem die Ewigkeit des Antisemitismus für sie ein für allemal feststand, fiel es den Zionisten leicht, sich der Hilfe dieses „notwendigen Übels" nach Kräften zu bedienen. Der Zionismus betrachtet den Antisemitismus in der Regel nach Herzl als seinen „verläßlichsten Verbündeten" (17), der ihn bei der Vertreibung der Juden aus Europa von Herzen unterstützen würde. Das bedeutete z. B. im zaristischen Rußland Kollaboration mit der russischen Antisemiten-Regierung. Herzl konferierte 1903 mit dem zaristischen Innenminister Plehve, der erst kurz zuvor für das berüchtigte Pogrom von Kisheneff verantwortlich gezeichnet hatte, um sich der Unterstützung des Zionismus durch die russische Reaktion zu versichern (18).

Während des deutschen Faschismus traten die zionistischen Organisationen Versuchen entgegen, den aus Europa fliehenden Juden auch außerhalb Palästinas rettende Asyle zu verschaffen. Sie sahen ihre Hauptaufgabe darin, den Strom der Emigranten nach Palästina zu lenken (19). Der britische Historiker Christopher Sykes stellt in seinem Buch „Kreuzwege nach Israel" fest, daß die zionistischen Führer, um ihr Ziel, die Schaffung einer jüdischen Majorität in Palästina zu erreichen, „von den ersten Anfängen des Nazi-Unheils an entschlossen waren, aus der Tragödie politischen Vorteil zu ziehen" (20). Die Zionisten schlossen 1933 mit den Nazis das sogenannte Ha'avara-Abkommen, daß die Auswanderung von Juden nach Palästina regeln sollte. Infolge dieses Abkommens wurde der palästinensische Markt ausgerechnet mit deutschen Waren überschwemmt, während sich antifaschistische Organisationen in aller Welt, darunter auch jüdische, vergeblich um einen internationalen Boykott des deutschen Handels bemühten. Von großer Bedeutung waren für die zionistische Jewish Agency Abgesandte nach Deutschland, die mit der SS oder der Gestapo um Unterstützung der Auswanderung von jüdischen Arbeitskräften nach Palästina verhandelten (21). Die zionistischen Brüder Kimche schrieben, daß diese Unterhändler nicht kamen, um Juden zu retten – „das war nicht ihre Aufgabe". Sie wollten „brauchbares Material" für den Aufbau der Kibbutzim in Palästina auswählen (22).

Der deutsche Kontaktmann dieser Leute hieß Adolf Eichmann. Er wurde von zionistischen Funktionären nach Palästina eingeladen. England verweigerte ihm jedoch die Einreise ins palästinensische Mandatsgebiet und so traf er sich in Kario mit seinem „Freund von der Haganah" (23). Die Haganah war die offizielle zionistische Militärorganisation in Palästina, aus der später die israelische Armee wurde. Das dunkelste Kapitel in der Geschichte der zionistischen Kollaboration mit den deutschen Faschisten dürfte ein bis heute nicht vollständig aufgeklärtes Geschäft mit den ungarischen Nazibehörden 1944 gewesen sein. Damals kaufte die Zionistische Organisation eine Handvoll prominenter Zionisten und angesehener Mitglieder der Jüdischen Gemeinde los und versprach nach der Behauptung von Eichmann als Gegenleistung, für die Wahrung von Ruhe und Ordnung in den Gettos zu sorgen, womit die widerstandslose Vergasung Hunderttausender von Nazis zum Tod bestimmter und für den Zionismus wertlos gewordener Juden ermöglicht worden wäre (23a).

Die antizionistische Israelische Sozialistische Organisation MATZPEN kommentierte diese Praxis mit den Worten: „Wenn sich dem Zionismus die Alternative zwischen dem jüdischen Volk und dem jüdischen Staat stellte, wählte er ohne zu zögern den letzteren" (24)

Die „Wiedergutmachungspolitik" der BRD ist praktisch nur die Fortsetzung einer schon unter dem Faschismus florierenden ökonomischen und darüber hinausgehenden Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nationalsozialisten, die nicht den verfolgten Juden, sondern ihren zionistischen Unterdrückern dient. Mit ihrem Philosemitismus, der heute allen Aktionen Israels kritiklos applaudiert und den palästinensischen Widerstand ebenso pauschal zu diskreditieren weiß, versuchte die BRD erfolgreich, ihr Nazierbe zu verschleiern und sich internationale Rehabilitierung zu erkaufen. Die ökonomische Basis jedoch, die Antisemitismus und Faschismus hervorbrachte, existiert nach wie vor. Der Antisemitismus ist eine Ersatzreaktion des in der kapitalistischen Konkurrenz zerriebenen oder in der kapitalistischen Produktion zerstörten christlichen Kleinbürgers. Die Funktion, die früher die Juden als Ventil für die im kapitalistischen System erzeugten Aggressionen hatten, sind heute, da der Antisemitismus seine Hoffähigkeit verloren hat, von Ausländern, Arbeitsemigranten, allgemein von den Völkern der Dritten Welt übernommen worden. Im gleichen Moment, wo deutlich wird, daß Israel in derselben Front mit den imperialistischen Ländern gegen diese Dritte Welt steht, kann so der alte Antisemitismus in jene Israelbegeisterung umschlagen, wie sie heute z. B. für die deutsche etablierte politische Szenerie kennzeichnend ist.

Das Verhältnis des Zionismus zur arabischen Bevölkerung Palästinas.

Die zur angestrebten Gründung eines jüdischen Staates in Palästina notwendige Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Araber bedeutete von Anfang an, daß Palästina nicht das versprochene Land des Friedens, sondern ein Schlachtfeld sein würde, wie Trotzki sagte, „eine blutige Falle für Hunderttausende von Juden" (25). Die Gewalt, die den Arabern im Prozeß der zionistischen Kolonisation entgegenschlug, findet sich anfangs schon in ihrer theoretischen Ignorierung. Die Zionisten weigerten sich beharrlich, ihre Existenz zur Kenntnis zu nehmen, letztlich, um den Juden die realen Perspektiven der Kolonisation zu verschleiern. Wenn von den Arabern überhaupt die Rede war, dann nur in der rassistischen, geringschätzigen Sprache, die europäische Conquistadores seit jeher für ihre „Eingeborenen" bereit hielten. Es entsprach altbekanntem Kolonialistendünkel, wenn die Zionisten sich berufen fühlten, im Nahen Osten „ein Stück des Walles gegen Asien (zu) bilden, den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei (zu) besorgen" (26). Die Zionistische Organisation publizierte 1921 eine Broschüre, in der die Kolonisation Palästinas unter offener Berufung auf das Vorgehen der Weißen gegen die Indianer Amerikas und die Schwarzen Afrikas verteidigt wurde (27).

Die Verbindung von Zionismus und Imperialismus war keine bloß geistige. Von Anfang an mußten sich die Zionisten der Abhängigkeit von imperialistischen Mächten verschreiben, und sie waren sich dieser Notwendigkeit sehr bewußt. Max Nordau z. B., einer der ersten Führer der zionistischen Bewegung, machte dem türkischen Sultan 1905 unter dem ungeteilten Beifall der Delegierten des 7. Zionistenkongresses

folgendes unmißverständliche Angebot: „Bei dieser Sachlage könnte es dann der türkischen Regierung einleuchten, daß es für sie von außerordentlichem Wert wäre, in Palästina und Syrien ein zahlreiches, kräftiges und wohlorganisiertes Bevölkerungselement zu besitzen, das ... keine Angriffe auf die Autorität des Sultans dulden, sie vielmehr mit dem Aufgebot aller Kräfte verteidigen würden" (28). Ein „Bevölkerungselement" im Sinne Nordaus zu besitzen, wurde später das Interesse des britischen Imperialismus. Nach dessen Niedergang benutzen heute die USA Israel, auch in seinem eigenen Interesse, als Brückenkopf und Wachhund zur Wahrung ihrer Ölinteressen und zur Niederhaltung der Befreiungsbewegungen im arabischen Raum sowie – unter dem Etikett eines unverdächtigen „Entwicklungslandes" – zur Unterwanderung des afrikanischen Kontinents und anderer Länder der Dritten Welt.

Der praktische Fortgang der zionistischen Kolonisation in Palästina zeigte, wie von Beginn an auf die spätere Vertreibung der palästinensischen Araber hingearbeitet wurde. Hierzu verstanden es die Zionisten, die Juden von der arabischen Bevölkerung allseitig zu isolieren. Sie bauten eine jüdische Wirtschaft auf, die auf den Prinzipien jüdische Arbeit und jüdischer Boden beruhte und in der kein Platz für die Araber, nicht einmal für ihre Ausbeutung, eingeplant war. Sie gründeten Schulen, in denen kein Wort Arabisch gelehrt wurde und organisierten militärische Verbände noch ehe es zu Auseinandersetzungen mit den Arabern gekommen war. Sie bestritten anmaßend die Rechte der Araber auf Palästina und versuchten wiederholt, die britische Regierung zur Deportation aller „Nichtjuden" aus Palästina zu bewegen. Sie verbündeten sich nicht mit den Bewohnern des Landes, sondern mit ihren jeweiligen imperialistischen Unterdrückern und nutzten schließlich 1948 einen günstigen Augenblick zu ihrer massenhaften Vertreibung, wobei sie nicht vor blutigen Massakern zurückschreckten. Jenseits der Grenzen des neugegründeten Staates Israel sammelten sich Hunderttausende von Vertriebenen, denen das Recht auf Rückkehr verweigert wird; die innerhalb des israelischen Staatsgebietes zurückgebliebenen Palästinenser leben seitdem unter fast ununterbrochenem Ausnahmezustand in Verhältnissen, die nur in der südafrikanischen Apartheid eine Parallele finden. Diese Vertreibung der Araber, die die Zionisten und ihre Presseschreiberlinge bis heute mit Propagandalügen in Abrede zu stellen versuchen, ist kein bedauerlicher Unglücksfall, sondern liegt in der unumgänglichen Konsequenz des zionistischen Programms und entspricht der rassistischen Logik des zionistischen Nationalismus.

Weil sich die Existenz Israels auf diese Gewalt und diesen Terror gründet und beide perpetuiert, kann es den Juden nicht die Weite der Freiheit bieten, die der Zionismus versprach, sondern nur die Enge eines neuen Gettos. Israels Friede ist der Scheinfriede eines Brückenkopfes des Imperialismus, der sich mehr und mehr vom antiimperialistischen Kampf der zu den Waffen greifenden unterdrückten Völker Arabiens eingekreist sieht. Israel bedeutet für alle Völker des Nahen Ostens Fortdauer der neokolonialistischen Ausbeutung und bedeutet für die Juden den permanenten Kriegszustand und täglich Bedrohung. Die zionistische Ideologie kann heute noch aufgrund ihrer materiellen Gewalt die antizionistische Erhebung der israelischen Massen noch verhindern. Jedoch wird die Entwicklung der Befreiungskämpfe im Nahen Osten dazu beitragen, daß immer mehr Juden sich vom Zionismus lösen. Die Gleichsetzung von Juden und Zionisten (und damit die von Antisemitismus und Antizionismus) ist selbst zionistische Ideologie und von der palästinensischen Revolution mit ihrer theoretischen und praktischen Differenzierung von Jude und Zionist längst als solche entlarvt worden. Der Zionismus ist nicht die Befreiungsbewegung des Judentums, als die er noch heute proklamiert wird. Marx, Engels und Lenin haben darauf hingewiesen: Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht selbst frei sein. Die Verwirklichung des Zionismus jedoch beruht auf der Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes. Deshalb führt der Weg zur Befreiung der Juden über die Liquidation des Zionismus, d. h. die Überwindung des rassistischen Staates Israel.

Erwin Erpel

(1) The Times, 14. 2. 70.
(2) David Balakan, Die Sozialdemokratie und das jüdische Proletariat, Czernowitz 1905, S. 32.
(3) Karl Kraus, Eine Krone für Zion, Wien 1898, S. 26.
(4) S. Häcker, Über den Zionismus, Neue Zeit XIII, 2, 1894/95, 2. Bd., S. 760.
(5) Leo Pinsker, Autoemanzipation, Berlin 1917, S. 25.
(6) Ber Borochow, Was wollen die Poale-Zion? (1906). In: Klasse und Nation, Berlin 1932, S. 48.
(7) Werke Bd. 6, S. 328.
(8) Adolf Böhm, Die Zionistische Bewegung, Bd. 2, 1918–25, Berlin 1937, S. 85.
(9) Alexander Schueler, Der Rassenadel der Juden, Berlin 1912, S. 39.
(10) Ebenda, S. 22.
(11) Arthur Ruppin, Die Juden der Gegenwart, 1. Auflage, Berlin 1904, S. 273.
(12) Ignaz Zollschan, Das Rassenproblem, Wien und Leipzig 1912, S. 262.
(13) Richard Lichtheim, Das Programm des Zionismus, Berlin-Charlottenburg 1911, S. 24.
(14) Max Nordau auf dem 2. Zionistenkongreß 1898 in Basel, sinngemäß zitiert bei Erich Fried, Tribüne Nr. 34, S. 3647.
(15) Zionistisches A-B-C-Buch, Berlin-Charlottenburg 1908, S. 232.
(16) Schueler, a. a. O., S. 55.
(17) Zitiert bei Hannah Ahrendt, Zionism Reconsidered, The Menorah Journal, Autumn 1945, S. 180.
(18) Vgl. z. B. Theodor Herzls Tagebücher, Berlin 1923, Bd. III, S. 468.
(19) Vgl. zu diesem Komplex z. B. Alan Taylor, Prelude to Israel, New York 1959, S. 80 ff. sowie Christopher Sykes, Kreuzwege nach Israel, München 1967, S. 205 ff.
(20) Sykes, a. a. O., S. 151.
(21) Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem, München 1964, S. 91.
(22) J. und D. Kimche, Des Zornes und des Herzens wegen, vgl. auch Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 91.
(23) Arendt, S. 92.
(23a) Vgl. Alex Weißberg, Die Geschichte des Joel Brand, Köln/Berlin 1956 sowie Ahrendt, S. 154 ff. und S. 241.
(24) Israelische Sozialistische Organisation, The Other Israel, S. 9.
(25) Leo Trotzki, On the Jewish Problem, Fourth International, December 1945, S. 379.
(26) Theodor Herzl, Der Judenstaat (1896), Berlin 1933, S. 33.
(27) Zionism – A Reply to Latest Criticism, London 1921, S. 8-9.
(28) Protokoll der Verhandlungen des 7. Zionistenkongresses in Basel 1905, Berlin 1905, S. 25.

bockenheimer bücherwarte

direkt an der Universität:
Bockenheimer Landstraße 142a
Telefon 771088/89

Ihre Buchhandlung
für Universitätswissenschaften
bietet Ihnen
auch ständig neue Bücher
aus dem Ausland
und aktuelle Literatur

Zur Geschichte des Sozialistischen Patienten-Kollektivs.

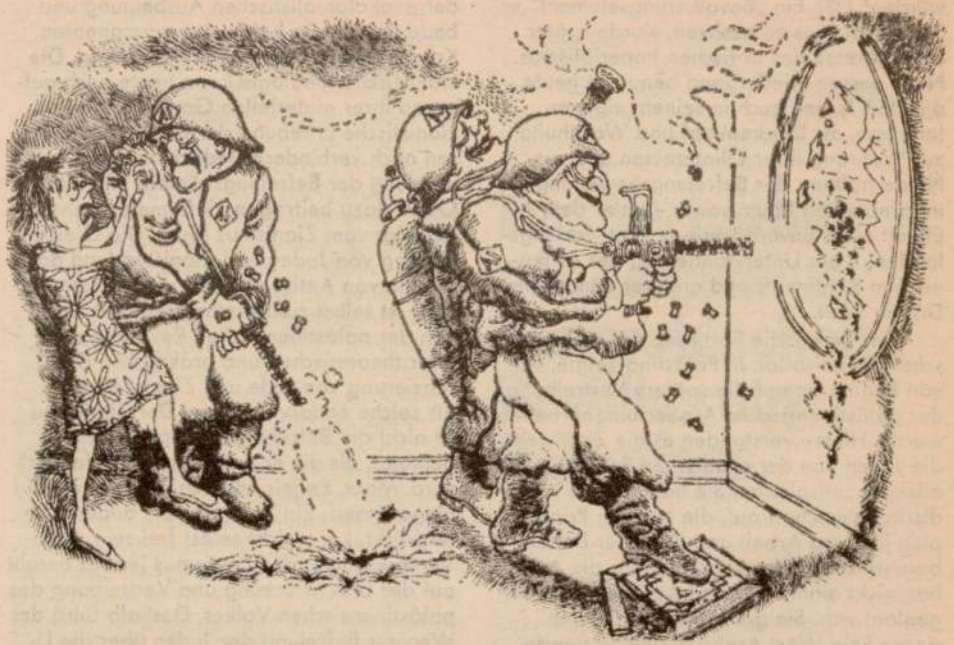
Über die Geschichte, die Entstehung und Verfolgung des Sozialistischen Patientenkollektivs in Heidelberg orientiert der nachstehend abgedruckte Text, der dem demnächst erscheinenden Buch „SPK – aus der Krankheit eine Waffe machen, Vorwort von J. P. Sartre", Trikont München 1972, entnommen ist. Gegen den „harten Kern" des SPK, unter der „Rädelsführerschaft" von Dr. med. Wolfgang Huber, hat die Bundesanwaltschaft Anklage wegen § 129 (im Zusammenhang mit der Roten Armee Fraktion) und einer Reihe anderer Paragraphen erhoben.

Über die einzelnen Abläufe der beispiellosen Hetzkampagne einer konzertierten Aktion von Universitätsadministrationen, Professoren der Medizin, Lokalpresse, örtlicher Polizei und Bundessicherungsgruppe, die ihre jahrelangen Mißerfolge in Sachen Baader-Meinhof durch die spektakuläre Zerschlagung des SPK verdecken wollte, geben die beiden Dokumentationen zum SPK Auskunft. Bezug: Polit-Buchvertrieb, 63 Gießen, Postfach 2969.

Ein anderes ist es mit der Theorie des SPK. Sie bedient sich sowohl der hegelschen Dialektik, so wie sie in dessen „Logik" ihren Niederschlag gefunden hat sowie der Kritik der politischen Ökonomie des „Kapital". Die umstandslose Anwendung solcher Kategorien hat in der Linken Kritik hervorgerufen, da die marxschen und hegelschen Begriffe zu ontologischen Entitäten depraviert wurden. „Krankheit als Produktivkraft" ist im Rahmen einer aktuellen Entfaltung einer materialistischen Dialektik nur als Ausdruck eines sich selbst nur allzu gewissen Geistes (der Moralität) zu interpretieren. So fruchtbar eine Fülle von Einsichen des SPK über die Struktur des staatlichen Heilungsbetriebes, der Medizin und auch der Linken erscheinen, so gewaltsam sind sie zusammengebogen von einem unter der Gewalt repressiver Verhältnisse entstandenen Systemzwang. Die Provokation, welche die Theorie des SPK auch für nichtrevisionistische Linke darstellt, muß im Interesse aller Beteiligten fruchtbar gemacht werden.

Im jetzt ablaufenden Prozeß muß das SPK der Solidarität aller Linken gewiß sein.

Red.



1

Die Poliklinik im Dienst der herrschenden Wissenschaft

Die Psychiatrische Universitätspoliklinik Heidelberg hat in den letzten Jahren durch die Initiative einiger Ärzte eine Veränderung ihrer Aufgaben und ihrer Arbeitsweise erfahren bis zum Rausschmiß von ca. 60 Patienten und dem behandelnden Arzt im Februar 1970. Diese Ärzte haben in ihrer täglichen Praxis erfahren, daß die herkömmliche Arbeitsweise der zunehmenden psychischen Massenverelendung weniger denn je gerecht werden kann. Die Hauptfunktion der Poliklinik war und ist die eines Umschlagplatzes, einer Verteilerstation für „Krankengut", verbunden mit ihrer Funktion als Ausbildungsstätte und Karriere-Etappe für Fachärzte. „Fälle", mit denen niedergelassene praktische Ärzte und Fachärzte nicht fertig werden, die sie aber auch nicht direkt in eine geschlossene „Heilanstalt" einweisen wollen, werden an die Poliklinik zur Untersuchung überwiesen und von dort aus weitergeleitet an die stationären Abteilungen der Hauptklinik oder – weil dort selten Betten für Kassenpatienten frei sind – eben in die geschlossenen Anstalten überwiesen. Behandlungen werden nur bei entsprechend qualifizierten Patienten durchgeführt. Diese Qualifikationen sind bestimmt durch das Interesse, das der behandelnde Arzt am Geldbeutel oder an der „wissenschaftlichen" Verwertbarkeit der Krankheit des Patienten hat. Die Auswahlkriterien für eine Psychotherapie orientert sich am Lebensalter und am Bildungsstand des Patienten. Das geht so weit, daß Patienten über 35 Jahre oder ohne Abitur nicht in Behandlung genommen werden. Die Arbeit der Poliklinik ist also keineswegs an den Bedürfnissen der weit überwiegenden Zahl der Kranken orientiert, sondern an den Profit- und Karriereinteressen der wenigen Ärzte und dem streng hierarchischen System des sogenannten Gesundheitswesens. Diese Patientenfeindlichkeit ist nicht spezifisch für die Poliklinik, sondern ein Merkmal des gesamten „Gesundheits"-apparats vom niedergelassenen Arzt bis zur Klapsmühle. In der Poliklinik als Selektionsrampe für die verschiedenen Institutionen dieses Apparats wird die Unmenschlichkeit dieses Systems brennpunktartig deutlich.

2

Die Poliklinik im Dienst der Krankenversorgung

Diese Funktion der Poliklinik wurde deutlich für diejenigen, die bereit waren, sich dem Problem zu stellen, und die in

den Forschungsaufgaben des Universitätsarztes die tendenzielle und praktische Patientenfeindlichkeit, die Verletzung des ärztlichen Gebots „primum nil nocere" („vor allem nicht schaden") erkannten. Im Verlauf der Auseinandersetzungen der Patienten mit der Klinikhierarchie wurde aber auch klar, daß die Verantwortlichen keineswegs blind und unwissend dieser Problematik gegenüberstehen, sondern ohne weiteres bereit sind, Patienten auf dem Altar ihrer „Wissenschaft" zu opfern. So äußerte Oberarzt Blankenburg mit Billigung des Klinikdirektors v. Baeyer im Februar 1970 Patienten gegenüber unumwunden: „Wissenschaft fordert eben ihre Opfer. Wenn Forschung und Krankenversorgung miteinander in Kollision geraten, so müssen eben auch mal Köpfe rollen." „Die Köpfe der Patienten in diesem Fall!", wurde von uns eingewandt und von den Herren kaltlächelnd hingenommen.

Die Auseinandersetzung zwischen der Klinikleitung und einigen Ärzten, die sich nicht länger dem patientenfeindlichen Diktat ihrer Herren beugten, sondern die Bedürfnisse der Kranken zum Ausgangspunkt der Therapie machten, wurde von karrieresüchtigen „Kollegen" für deren egoistische Profitinteressen ausgenutzt. Die Ärzte aber, die sich für die Patienten und nicht für den Profit einsetzten, wurden gefeuert.

So wurde dem leitenden Arzt der Poliklinik im Mai 1969, Dr. Spazier, die bereits zugesagte Habilitationsmöglichkeit entzogen; Assistenzarzt Dr. Rauch wurde versetzt und Assistenzarzt Dr. Huber schließlich im Februar 1970 samt Patienten gefeuert und mit Hausverbot für die Psychiatrische Klinik und Poliklinik belegt.

Die Zusammenarbeit zwischen Arzt und Patient ist im herrschenden System nicht vorgesehen, vielmehr ist die Arzt-Patient-Beziehung bestimmt von der Distanz, der Mittelbarkeit. Der Arzt, der es gewohnt ist, seine Patienten als Fall, als Ding zu begreifen, muß lernen, Ausdrucksformen der kranken Bevölkerung nicht länger per Diagnose festzulegen, sondern als realitätsadäquate Lebensäußerung der Unterdrückten zu begreifen .Die Bildung eines proletarischen Bewußtseins als Voraussetzung und Instrument einer progressiven Therapie im Massenmaßstab ist nur möglich unter Preisgabe des Führungsanspruchs des Arztes als Person im therapeutischen Prozeß. Und dazu ist die Erkenntnis notwendig, daß das vermeintliche Subjekt Arzt selbst Objekt dieser Verhältnisse ist! Das Rüstzeug einer an den Bedürfnissen der Patienten orientierten Therapie erhält der Arzt nicht im Studium, nicht in Konferenzen, Seminaren, Tagungen, sondern nur in der täglichen Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit der Patienten, dem Elend von Ausbeutung und Unterdrückung. Dieser Realität steht gegenüber ein selbstgerechtes System versteinerter Hierarchie in Gestalt des Gesundheitswesens, das zwangsweise von den Patienten durch Sozialabgaben und Steuern bezahlt wird.

Akademische Konferenzen mit Kollegen, die die Kranken nur unter dem Etikett der Diagnose kennen und behandeln, nützen nichts und finden auf Kosten der Wartezeit der Patienten statt. So war es denn auch das Fernbleiben von diesen zeitraubenden (die Zeit der Patienten) und ineffizienten, d. h. im Dienst der Selektionsfunktionen der Poliklinik stehenden Konferenzen, die zum Vorwand für die Entlassung Dr. Hubers genommen wurde. In Wirklichkeit aber wurde die therapeutische Arbeit mit den und für die Patienten zur praktischen Kritik an den Institutionen des Gesundheitsapparates und ihrer Krankheitsverwertung.

In den Universitätskliniken ist das Gesundheitswesen zumindest seiner möglichen Tendenz nach im progressiven Sinne sozialisiert. Somit besteht hier die Möglichkeit und damit für die Ärzte das Gebot, diese Privilegien der Bevölkerung (die sie schließlich bezahlt) zugänglich zu machen.

Die Universitätskliniken genießen gegenüber niedergelassenen Ärzten und kommunalen sowie staatlichen Krankenanstalten bestimmte Privilegien:

1) Die dort tätigen Ärzte sind nicht auf das Honorar oder die Krankenscheine der Patienten angewiesen; sie beziehen ein – wenn auch bescheidenes – Gehalt. Die Verwaltungsarbeit und die Ausrüstung mit ärztlichem Instrumentarium wird von der Klinikleitung besorgt.

2) Die Rezeptur ist frei, d. h. sie unterliegt nicht der Kontrolle und den Restriktionen durch die Krankenkassen bzw. kassenärztlichen Vereinigungen, denen sie bei niedergelassenen Ärzten unterworfen ist. Diese „Freiheit der Rezeptur" liegt in den Forschungsaufgaben einer Universitätsklinik begründet: Pharmakologische Forschung für die Profite der Arzneimittelindustrie wird staatlicherseits mit den Geldern der Patienten gefördert.

3

Die Selbstorganisierung der Patienten

Die Patienten waren nicht mehr so ohne weiteres bereit, sich schlimmer als Vieh verwalten, verschieben und abspeisen zu lassen. Sie forderten ihr Recht auf Therapie, sie begannen sich zu organisieren. So fand in der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg am 5. 2. 1970 die erste Patienten-Vollversammlung in der Geschichte der Medizin statt. Auf dieser Versammlung wurde der Rücktritt des neuen Poliklinikleiters, Dr. Kretz, gefordert, der seit seinem Amtsantritt im Oktober 1969 bereits die Auflösung mehrerer Therapiegruppen betrieben hatte; darunter eine Gruppe von älteren Patienten, die ihren Wohnsitz extra nach Heidelberg verlegt hatten, um an der für sie existenznotwendigen Behandlung teilzunehmen, die für sie an keinem anderen Ort möglich war. Weiter versuchte er die in der Poliklinik bis dahin tätigen Ärzte, insbesondere Dr. Huber, durch sein eigenes „Team" zu ersetzen. Eine statistische Untersuchung, die die Patienten im Wartezimmer der Poliklinik durchgeführt hatten, ergab ein Verhältnis von 12 Patienten bei Dr. Huber zu 1 Patient bei Dr. Kretz. Die Patienten beschlossen weiter, eine Kommission zu bilden, die eine ihren Bedürfnissen gerecht werdende Verfassung für die Poliklinik ausarbeiten sollte. Im Flur wurde ein schwarzes Brett für Mitteilungen der Patienten angebracht, das ein paar Tage später von Poliklinikleiter Dr. Kretz vor den Augen einer Patientin, die einen Anschlag lesen wollte, von der Wand gerissen wurde, woraufhin die Patientin einen Weinkrampf erlitt.

Die Klinikleitung wollte die sich emanzipierenden und sich organisierenden Patienten nicht länger in der Klinik dulden. Patienten, mit denen man nicht mehr ohne weiteres machen konnte, was man wollte, waren unbrauchbar für die „Wissenschaft". Auf einem teach-in der Patienten im Hörsaal der Psychiatrischen Klinik in Anwesenheit der Klinikdirektoren v. Bayer, Prof. Bräutigam sowie der Oberärzte und Assistenzärzte der psychiatrischen und psychosomatischen Universitätskliniken forderten die Patienten noch einmal die Zurücknahme der Kündigung Dr. Hubers und den Rücktritt Dr. Kretz'. Einen halben Tag später folgte die fristlose Kündigung und das

Hausverbot Dr. Hubers.

Nach einem 1½tägigen Hungerstreik der Patienten im Dienstzimmer des Verwaltungsdirektors der Klinischen Universitätsanstalten sah sich der Universitätsrektor Rendtorff veranlaßt, die materiellen Voraussetzungen für die Weiterführung der Therapie und Selbstorganisation der Patienten zur Verfügung zu stellen: Universitätsräume, regelmäßige finanzielle Unterstützung und freie Rezeptur. Das war der Inhalt des sogenannten Kompromisses, der am 29. 2. 1970 unter Mitwirkung der Medizinischen Fakultät (Dekane Schnyder und Quadbeck) und Klinikdirektor v. Baeyer sowie Studenten der Projektgruppe Medizin zustandekam. Der Kompromiß wurde zwischen den Patienten und Rektor Rendtorff geschlossen. Die Annahme des Kompromisses durch die Patienten geschah ohne die Zustimmung Dr. Hubers, er erklärte sich lediglich den Patienten gegenüber bereit, mit ihnen weiter zusammenzuarbeiten.

Durch die faktische Institutionalisierung als autonome Arbeitsgruppe in Universitätsräumen hatten die Patienten erreicht, daß die Gesamtuniversität in Gestalt des Rektors die Inkompetenz der Medizinischen Fakultät für die Krankenversorgung bestätigt hatte. Die Durchführung des Kompromisses scheiterte allerdings von Anfang an: 1) Die Arbeitsräume, die (auf Kosten der Steuerzahler) seit über einem halben Jahr leergestanden hatten, mußten von den Patienten erst renoviert werden.

2) Die zugesicherte freie Rezeptur wurde von Klinikdirektor v. Baeyer und Oberarzt Oesterreich in krimineller Weise sabotiert (Oesterreich: „Man kann Huber keine Rezepte verschreiben lassen. Er könnte ja Dynamit verschreiben!"): Patienten, die mit v. Baeyer über die technische Durchführung der Rezeptur sprechen wollten, wurden gewaltsam durch die von v. Baeyer herbeigerufene Polizei aus der Klinik entfernt und nunmehr auch formell mit Hausverbot für das Klinikgelände belegt. Oberarzt Oesterreich verhängte über die Selbstorganisation eine Rezeptblockade in den Heidelberger Apotheken, d. h. Rezepte, die von Dr. Huber ausgestellt waren, wurden nicht mehr entgegengenommen. Ein schwer kriegsbeschädigter Rentner, der ein Rezept in einer Apotheke einlösen wollte, wurde von Oberarzt Oesterreich – der inzwischen über Alterskrankheiten habilitiert hat – per Telefon zur Gegenzeichnung seines Rezepts zu Prorektor Podlech (einem Juristen, der mit der Durchführung der Kompromißvereinbarungen befaßt war) geschickt. Dieser schwer kriegsbeschädigte Rentner wurde bei einer öffentlichen Veranstaltung von Oesterreich so beschimpft: „Sehen Sie, das ist Ihr Werk, Herr Dr. Huber."

3) Die zugesicherte Monatspauschale wurde seitens des Rektorats von März bis Juli nicht ausbezahlt. Vielmehr wurde die Räumung der Arbeitsräume und die Sperrung des Telefons angedroht. Das Rektorat versuchte, die Patienten durch ein Vertragsdiktat völlig willkürlich zum 30. September 1970 aus den Universitätsräumen hinauszukatapultieren. Dr. Huber sollte unterschriftlich bestätigen, daß die Patienten ab 30. September keine qualifizierte Therapie mehr nötig hätten. Als Druckmittel benutzte das Rektorat die Hungerblockade gegen die Selbstorganisation: Die Universität verweigerte die Auszahlung der im „Kompromiß" zugesagten Gelder. Es stellte sich bald heraus, daß der „Kompromiß" ein Diktat gegen die Patientenselbstorganisation war; daß Krankenversorgung als Kompromiß sich als weiterer Schritt in der Vernichtungsstrategie gegen Patienten entlarvte.

4

Das sozialistische Patientenkollektiv

Nach 4 Monaten fortgesetzter Erpressung und Aushungerung durch das Rektorat hatten es die Patienten schließlich satt und sie besetzten am 6. Juli 1970 das Dienstzimmer des Rektors Rendtorff. Die Forderungen des Sozialistischen Patientenkollektivs an das Rektorat:

1) Kontrolle der Krankenversorgung durch die Patienten; Abschaffung der Fremdbestimmung des Gesundheitswesens beispielsweise durch Industrie und Bundeswehr etc.

2) Kontrolle des Hausrechts in den Kliniken durch die Patienten. Als Übergangsregelung wird das Hausrecht an den Rektor delegiert.

3) Inbesitznahme der Klinikgelder durch die organisierten Patienten. Als Übergangslösung fließen alle Klinikgelder in die allgemeine Universitätskasse.

Erste Maßnahme zur Realisierung dieser Forderungen ist:

a) Unbefristete und kostenlose Überlassung eines Hauses, in dem die Patienten vor Übergriffen Außenstehender geschützt sind. Das Haus hat mindestens 10 Zimmer. Alle therapeutisch notwendigen Ausrüstungsgegenstände sowie die laufenden Kosten übernimmt die Universität. Zwei Träger ärztlicher Funktionen des Patientenkollektivs übernehmen die Krankenversorgung und werden von der Universität bezahlt. Für Büroarbeiten und sozialpflegerische Tätigkeiten werden Mittel zur Verfügung gestellt.

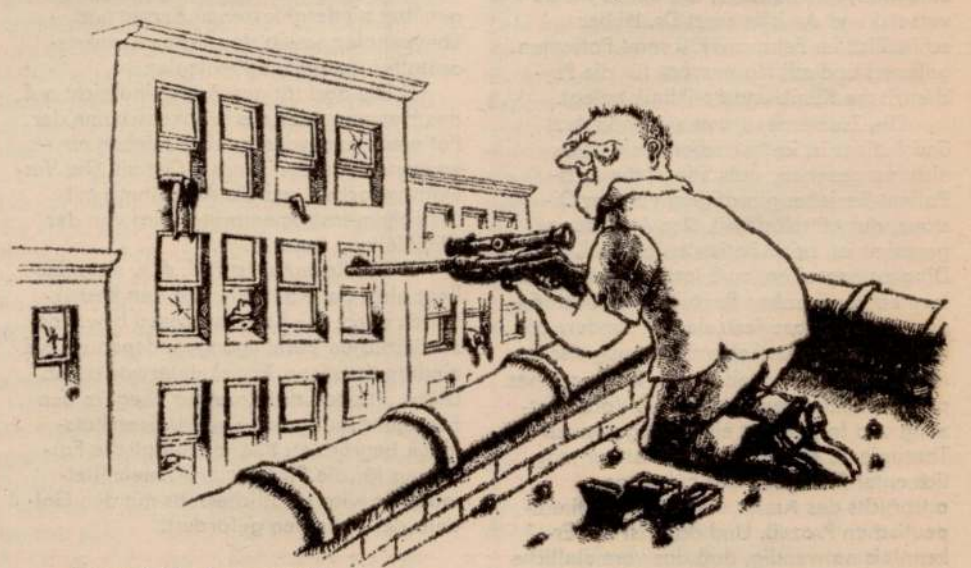
b) Sofortige, unbefristete und kostenlose Überlassung eines Hauses mit mindestens 10 Zimmern für die Unterbringung von Patienten, die durch die herrschenden Verhältnisse in spezifischer Weise gefährdet sind. Dies ist notwendig, um sie vor einer weiteren Gefährdung durch die etablierte Psychiatrie zu schützen.

c) Bis zur Übernahme der neuen Räumlichkeiten verbleibt das Sozialistische Patientenkollektiv in der Rohrbacher Str. 12.

Alle seit März entstandenen bzw. bis zur Übernahme der neuen Räumlichkeiten noch entstehenden Kosten – abzüglich der unter Wahrung der beim Kompromiß getroffenen Vereinbarungen durch die Universität getätigten Teilzahlungen – übernimmt die Universität. Die noch ausstehenden Gelder werden sofort überwiesen. Die Patienten forderten die Verfügungsgewalt der Produzenten über die Produktionsmittel, sie forderten die materiellen Voraussetzungen zur Umwandlung der Universität des Kapitals in die Volksuniversität. Diese Forderung war übrigens im Einklang mit der Grundordnung dieser Universität, die in ihrem § 2 die Universität als Produktionsstätte von „Wissenschaft für den Menschen" deklariert. Als erste Maßnahme im Rahmen dieser umfassenden Forderung wurde die formalrechtliche Institutionalisierung des SPK als Universitätseinrichtung, die Bereitstellung bedürfnisadäquater Universitätsräume und eines realistischen Etats für die Patientenselbstorganisation gefordert.

Am 9. Juli 1970 beschloß der Verwaltungsrat der Universität, die Institutionalisierung des SPK als Universitätseinrichtung zu betreiben und beauftragte 3 anerkannte Wissenschaftler mit der Erstellung von Gutachten über Arbeit und Funktion des SPK. Diese Wissenschaftler setzten sich für die Institutionalisierung des SPK an der Universität ein.

Die Diffamierung der Patienten und die Aufhetzung der Öffentlichkeit gegen die Patienten in Presse und Rundfunk, die bis zum Verwaltungsratsbeschluß allein von der Medizinischen Fakultät (Prodekan Dr. Kretz) und der Fachgruppe Psychiatrie/Psychosomatik (stellvertretender Fachgruppenleiter Dr. Kretz) in Presseerklärungen, offenen Briefen und Leserbriefen betrieben worden war, wurde jetzt verstärkt durch die Stimme des Kultusministers von Baden-Württemberg, Prof. Wilhelm Hahn vom christlich-demokratischen Underground (CDU). Die reaktionäre bürgerliche Presse öffnete ihre Spalten für die Hetzartikel derer, die sich Kompetenzen für die Sache der Patienten anmaßten, während Ausführungen oder Gegendarstellungen der Patienten entweder sinnentstellend verstümmelt oder überhaupt nicht veröffentlicht wurden. Der Kultusminister bezeichnete den



„Damn it, I've lost count!"

Verwaltungsratsbeschluß bereits am 20. Juli 1970 pressekundig als „in höchstem Maß rechtswidrig", er erklärte im Rundfunk, die Patienten des SPK müßten „schleunigst der Behandlung zugeführt werden, die sie verdienen und die sie brauchen", er verbot schließlich in seinem Erlaß vom 18. 9. 1970 der Universität, den Beschluß ihres Verwaltungsrats durchzuführen. Diese öffentlichkeitskundigen Hetztiraden der Mediziner, begünstigt und unterstützt durch den Kultusminister, wirkten sich auf die Arbeit der Patienten aus: Einerseits zeigten sie klar die grundsätzliche Patientenfeindlichkeit der medizinischen und akademischen Institutionen; andererseits versuchten nun – teilweise mit Erfolg – Familienangehörige und Arbeitgeber von Patienten, die das SPK lediglich durch die Hetzartikel der Gegenseite kannten, die ohnehin unbequemen Kranken unter Druck zu setzen und von der Mitarbeit im SPK abzubringen.

Diese Erfahrung zeigte sinnlich konkret den Zusammenhang, der zwischen dem bürgerlichen Bewußtsein, dem sogenannten gesunden Menschenverstand, und der Rationalität des Kapitals wirksam ist.

5

Das Räumungsurteil und der Senatsbeschluß

Das erste Räumungsurteil gegen die Patienten (formal gegen Dr. Huber) am 14. November 1970 war ein weiterer Versuch, das SPK zu liquidieren. Postwendend erklärte Kultusminister Hahn am 9. 11. 1970 (das Räumungsurteil in der Tasche) die Patienten des SPK zu einem „Wildwuchs, der nicht länger geduldet werden kann und der schleunigst mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beseitigt werden muß".

Am gleichen Abend verpflichtete sich der Universitätsrektor Rendtorff schriftlich gegenüber dem SPK, die Räumungsklage, die die Universität auf Veranlassung Hahns eingeleitet hatte, zurückzunehmen und den Erlaß des Kultusministeriums vom 18. 9. 1970, auf dem sie basierte, vor dem Verwaltungsgericht anzufechten. Ebenso erklärte Rendtorff mit seiner Unterschrift, er werde den Antrag auf formale Institutionalisierung des SPK dem Senat als dem dafür zuständigen Universitätsorgan unter Hinzuziehung der Rektoratsgutachter Richter, Brückner und Spazier vorlegen.

Der erste Schritt des Rektors nach seiner Erklärung war der, daß er sich vom Senat, dessen Vorsitzender er ist, die Ungültigkeit seiner Unterschrift bescheinigen ließ (Selbstentmündigung). Daraufhin stellten die Patienten am 16. 11. 1970 beim Verwaltungsgericht Antrag auf eine einstweilige Verfügung gegen die Progromhetze des Kultusministers Hahn und erhoben Klage gegen den Erlaß vom 18. 9. 1970, beides unter Berufung auf Grundrechte wie das der Unverletzlichkeit der Person und das der Freiheit von Forschung und Lehre. Die Klage wurde dank der Verschleppungstaktik der Gerichte erst im Januar 1972 „verhandelt". Die Klage ist inzwischen kostenpflichtig abgewiesen worden.

Am 24. 11. 1970 beschloß der Senat schließlich in einer Geheimsitzung, zu der zwar nicht die oben genannten Gutachter, wohl aber Herr Professor Dr. Dr. Heinz Häfner als Experte in Sachen Profitmaximierung bei der Krankenverwertung hinzugezogen wurde, auf Antrag der Medizinischen Fakultät (Schnyder, Kretz), „daß das SPK keine Einrichtung in und an der Universität werden kann". Dieser Beschluß sollte auf sachkundige Anweisung des Dekans der Juristischen Fakultät, Professor Dr. Leferenz, und auf Anregung der Mitglieder der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät vom Kanzler der Universität „auf dem Verwaltungsweg unter Anwendung staatlicher Hilfsmittel" unverzüglich vollstreckt werden. In dem offenbar wahnhaften Glauben an die Verbindlichkeit der Unterschrift des Theologen Rendtorff hat Dr. Huber zusammen mit den Patienten des SPK durch einen Rechtsanwalt Berufung gegen das vollstreckbare Räumungsurteil vom 4. 11. 1970 eingelegt. Am 13. 5. 1971 erging erneut ein vollstreckbares Räumungsurteil gegen das SPK (bzw. Dr. Huber). Der daraufhin vom SPK beim Gericht beantragte Vollstreckungsschutz wurde von diesem gar nicht erst behandelt.

6

Die Räumung

Vielmehr erfolgten am 24., 25. und 26. Juni 1971 die willkürliche Festnahme von SPK-Patienten, verbunden mit Verhören, Anwendung von physischer Gewalt, Hausdurchsuchungen (ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl, versteht sich), Bedrohung und Geiselnahme mit Waffengewalt. Diese Polizeiaktion, bei der Hubschrauber, Hunde, Maschinenpistolen und mehrere Hundertschaften Polizeibeamte in Uniform und Zivil zum Einsatz kamen, wurde durchgeführt im Zusammenhang mit einer in der Psychopathologie von Wahnsystemen als „Beziehungsetzung ohne Anlaß" höchst relevanten Konstruktion von Staatsanwaltschaft und Polizei. Diese Konstruktion brachte unter Einschaltung der juristischen Krücke „Gefahr im Verzug" das SPK in Verbindung mit einer Schießerei zwischen der Polizei und zwei bis heute unbekannten Autofahrern, die am 24. 6. 1971 in der Nähe der Wohnung eines SPK-Patienten stattgefunden hatte.

Bis auf zwei wurden alle Verhafteten nach maximal 47 Stunden wieder „auf freien Fuß" gesetzt. Für die beiden festgehaltenen SPK-Patienten wurden schließlich mit Hilfe der Beschuldigung, sie seien Mitglieder einer kriminellen Vereinigung, zwei Haftbefehle gebastelt. Besuchserlaubnisse (zunächst auch für Ehegatten) wurden wegen SPK-Zugehörigkeit der Antragsteller abgelehnt. Ebenso blieb ein fachärztliches Gutachten, das die dringende Notwendigkeit von Besuchserlaubnissen für mindestens 40 Patienten des SPK bescheinigt, die mit den beiden gefangen gehaltenen SPK-Patienten in Einzel- und Gruppenagitation zusammengearbeitet hatten, von der Staatsanwaltschaft und den Haftrichtern bis heute unberücksichtigt. In den frühen Morgenstunden des 21. Juli 1971, einen Tag v o r der gerichtlicherseits angekündigten Vollstreckung des Räumungsurteils schließlich überfielen mehrere Hundertschaften Polizei mit Maschinenpistolen und Hunden in einer erneuten Dämmerattacke die SPK-Arbeitsräume, die von uns bereits am 13. Juli öffentlichkeitskundig als Arbeitsräume für Patienten wegen der nicht mehr zu verantwortenden Gefährdung der Patienten durch Polizeispitzel-Terror geschlossen worden waren. Gleichzeitig wurden weitere 10 Wohnungen von Patienten, von denen die meisten bereits im Juni von der Polizei durchsucht worden waren, erneut heimgesucht und auf den Kopf gestellt. 9 SPK-Patienten wurden inhaftiert und in 8 verschiedenen Gefängnissen, über ganz Baden-Württemberg verstreut, in strenger Einzelhaft untergebracht und ständigen Repressalien und Verhören ausgesetzt. Die Staatsanwaltschaft hat auch dafür gesorgt, daß 9 von den 11 Gefangenen keine anwaltliche Vertretung (Verteidigung) mehr hatten: Der Anwalt der inhaftierten SPK-Patienten wurde kurzerhand der Begünstigung seiner Mandanten, gegen die noch nicht einmal Anklage erhoben war, beschuldigt und erhielt Verteidigungsverbot. Das Verteidigungsverbot mußte nach über einem Monat wieder aufgehoben werden.

9 der 11 Inhaftierten sind mittlerweile gegen Auflagen und teilweise gegen Kaution wieder auf „freiem Fuß". Bezeichnenderweise werden zwei zu Rädelsführern gestempelte Ärzte immer noch festgehalten.

7

Die herrschende Rechtlosigkeit und die Patienten

In der Geschichte des SPK zeigte sich die Gewaltförmigkeit des herrschenden Rechts folgendermaßen: Um die Selbstorganisation der Patienten zu vernichten, wurden mit dem Rechtsmittel „Fristlose Entlassung des Assistenzarztes Dr. Huber aus dem Beamtenverhältnis und Hausverbot" folgende Zwänge und Gewalten – vor allem von den Sachwaltern des Gesundheitswesens – gegen Kranke eingesetzt:

1) Verdummung und Ausbeutung rechtloser Menschen-Wracks des kapitalistischen Produktionsprozesses durch „freie" – d. h. mit den Möglichkeiten der allgemeinen Profitmaximierung in eigener Sache versehene – Arztpraxis; die von den Patienten verteidigten und in Anspruch genommenen Privilegien der Poliklinik: freie Rezeptur, kein Liquidationszwang, Inanspruchnahme der klinischen Universitätseinrichtung (Röntgen, Elektro-Encephalogramm, Labor etc.) – sollten den Patienten wieder entzogen werden, und diese Maßnahme durch das „Angebot" einer „freien" Arztpraxis schmackhaft gemacht werden. Um uns die „freie" Arztpraxis noch schmackhafter zu machen, sollte sie – nach den Vorstellungen von Rektor Rendtorff – einem „Kuratorium" aus Universitätsangehörigen unterstellt werden; das nie zu einer konstituierenden Sitzung zusammentrat, und das juristisch – weil in der Grundordnung der Universität überhaupt nicht vorgesehen – ohnehin ein Unding ist.

Es war von Anfang an das Ziel der Universitätsbürokratie, den Störfaktor Patientenselbstorganisation aus der Universität hinauszudrängen, um sie damit direkt dem Zugriff von Gesundheitsamt (Gesundheitspolizei), Vormundschaftsgericht und Polizei auszuliefern. Diese Maßnahmen der Unibürokratie wurden sekundiert durch Diffamierungen seitens der niedergelasse-

nen Nervenärzte, die einerseits versuchten, das Gesundheitsamt zum Einschreiten gegen das SPK zu bewegen, und andererseits gezielte Maßnahmen ergriffen, um einzelne Patienten wieder ihrer „privaten" Verfügungsgewalt zu unterstellen.

Fristlose Entlassung und Hausverbot sollten somit die Patienten in eine Lage bringen, in der sie zwischen den Mühlsteinen der „freien" Arztpraxis und der Universitätspsychiatrie zermahlen werden sollten.

2) Durch plötzlichen Abbruch der nach den herrschenden Verhältnissen einwandfreien Vergiftungsbehandlung mit Psychopharmaka etc. wurden dem Tod die wichtigsten Eintrittspforten weit geöffnet, denn Blutkreislauf und Atmung sind seit alters her in der Physiologie als „atria mortis" (Vorhallen des Todes) definiert, und der plötzliche Entzug von Medikamenten ist immer in Form des sogenannten Entzugsdelirs mit der Gefahr eines tödlichen Zusammenbruchs von Kreislauf und Atmung verbunden.

3) v. Baeyer, Häfner usw., die sich zu Richtern über die von Ärzten im Nazi-Regime begangenen Verbrechen aufgespielt haben, „bewältigen" diese Vergangenheit praktisch so, daß sie schwerkranke und kriegsbeschädigte Patienten wegen eines Rezeptes von Institution zu Institution schickten und sie somit schwersten körperlichen Strapazen aussetzen.

4) Aushungerung (März bis Juli 1970 und Dezember 1970 bis Juli 1971 wurden die notwendigen Gelder vorenthalten) und jahrelang (1970 bis 1971) ständig wiederholte Androhung der gewaltsamen Aussperrung.

5) Selbstmord = Mord: Innere Verblutung durch Herabstürzen von einem Turm. Der „humanere" Mord durch Vergiftung mit Tabletten war durch die infolge fristloser Entlassung und Hausverbot von der Gegenseite geschaffenen Situation blockiert.

Am Gründonnerstag des Jahres 1971 wurde im Wald bei Heidelberg, am Fuß eines Turms die Leiche einer SPK-Patientin gefunden. Der Obduktionsbefund ergab: Tod durch innere Verblutung. Laut Polizeibericht fanden sich am Tatort verstreut Tabletten in großer Menge. Bei der Obduktion und gezielter forensischer Untersuchung wurden jedoch nicht einmal Spuren einer Tabletteneinnahme festgestellt. Die Tabletten wurden nicht geschluckt, sondern verworfen. Die Ware Arbeitskraft nicht verkauft, sondern zerschmettert. (Laut Abschlußbericht der Kriminalpolizei lag ein Verschulden Dritter am Tod des Mädchens nicht vor.)

6) Schwerste Belastung der organisierten Patienten durch Übergriffe der Gegenseite in Form von Terrormaßnahmen, Patientenhetze, Spitzelaktivitäten, Unterstützung von Morddrohung – die Strafanzeige wegen einer telefonischen Morddrohung der Eltern einer Patientin an den ärztlichen Funktionsträger des SPK wurde von Polizei und Justiz nur äußerst schleppend und oberflächlich bearbeitet und schließlich „zu den Akten gelegt", auch deren gezielte Vorbereitung durch Pogromhetze unter zusätzlicher Einschaltung von Ministerien, korrupten Medizinmännern und so weiter.

Zusammenfassend bleibt auf Grund dieser Zergliederung der Kräfteverhältnisse folgendes festzuhalten:

Die Wirklichkeit der ökonomisch und juristisch geradezu als unangreifbar erscheinenden Fassade unserer Gegner ist die in Volt, toxischen Einheiten, Meterkilopond und Kalorien meßbare Zerstörung menschlicher Gewebe und Formen menschlichen Zusammenhalts. Diese Wirklichkeit von Ökonomie und Recht ist in doppelter Hinsicht praktisch belegt. Einmal durch ihre Wirkungen, wie sie im letzten Abschnitt Punkt für Punkt, wenn auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aufgezählt wurden. Zum anderen dadurch, daß wir unseren Anspruch auf eine Minimalbasis für unsere wissenschaftlich abgesicherte, eminent notwendige und nützliche Arbeit und unseren Anspruch auf Recht allen in Betracht kommenden Adressaten gegenüber nachdrücklich und immer wieder geltend gemacht haben. Der gegen uns gerichtete Gewaltapparat hat sich dadurch nicht im mindesten anders gezeigt, als eine in Volt, Vergiftungseinheiten, Meterkilopond und Kalorien meßbare Zerstörungsgewalt menschlichen Lebens. Als wir der Gewalt nicht mehr unter dem Vorzeichen Recht sondern mit dem Anspruch auf Leben zu Leibe rückten, z. B. beim Hungerstreik im Februar 1970 und bei der Rektoratsbesetzung im Juli 1970, bekamen wir nahezu mühelos nicht nur Recht, sondern auch das uns vorenthaltene Geld.

Es gibt also weder ein Recht für noch ein Recht gegen Kranke. Vielmehr gibt es nur Gewalt gegen, ebensosehr aber auch Gewalt für Kranke. Das Recht ist die dem Gegner überlassene Zerstörungsgewalt. Die revolutionäre Gewalt ist das Recht auf Schutz des Lebens gegen die Zerstörung. Kranke haben keine Rechte. Das Recht kann es daher nicht dulden, daß sie sich in Vollversammlungen organisieren, als Betroffene eine Kontrolle des gebremsten Mordes (Krankheit) durchführen, oder gar eine Massenorganisation bilden mit dem Ziel, Krankheit als Produktivkraft für das Kapital abzuschaffen, denn diese allein hält das Produzieren und Konsumieren in den Wohlstandsinseln und damit auch das Profitgeschäft mit dem Massenmord in der Welt in Schwung.

Rotbücher

Sozialistisches Jahrbuch 4

Gegen die **Psychiatrie.** – Kuba: **Heberto Padilla,** ein Fall. – Jacques Valier, **Kuba 1968–71.** – Fred Halliday, Der Aufstand in **Ceylon.** – Interview mit **Bernadette Devlin. – Klaus Hartung,** der Prozeß gegen Dieter Kunzelmann. – **Regis Debray,** Was wir von den Tupamaros lernen können.
Herausg. von **Wolfgang Dreßen.**
ROTBUCH 41. 192 Seiten. DM 6,50

Ch. Bettelheim / M.-A. Macciocchi u. a.
China 1972
Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution
Anhand von Dokumenten, Interviews und Protokollen aus dem heutigen China wird das Funktionieren der chinesischen Massendemokratie, der Alltag in Betrieb und Schule dargestellt.
ROTBUCH 42. 160 Seiten. DM 6,50

Pino Ferraris
Die 100 Tage von Reggio
Bericht über einen Aufstand in Süditalien
Ferraris zeigt – wie Marx am Beispiel der Pariser Kommune – die konkreten Ursachen der Revolte in Reggio: den Musterfall eines Aufstandes, demgegenüber die Linke nicht einmal Begriffe entwickeln konnte und der so von den Faschisten übernommen wurde.
ROTBUCH 35. 112 Seiten. DM 4,50

D. Guérin / E. Mandel
Einführung in die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals
In diesem verständlichen Schulungstext wird die politische Ökonomie des Monopolkapitalismus nicht über einen fertigen marxistischen Begriffsapparat vermittelt, sondern durch praktische, anschauliche Beispiele aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben.
ROTBUCH 37. 144 Seiten. DM 6,50

Eckhard Joite
Fixen: Opium fürs Volk
Konsumentenprotokolle
Fixer und andere Drogenabhängige beschreiben in Tonbandprotokollen bewußt oder unbewußt ihre Zerstörung. Mitglieder des Berliner Release-Zentrums kommentieren diese Berichte und beschreiben den politischen Ausweg aus dem „Drogenklima".
ROTBUCH 38. 144 Seiten. DM 5,50

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

Aufruf

In diesem Herbst beginnen die Prozesse gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) und das Heidelberger Patientenkollektiv (SPK). Viele von uns verschließen vor diesen Prozessen die Augen und tun so, als ginge sie das alles nichts an. Ein solches Verhalten zeugt von einer absoluten Verkennung der objektiv politischen Funktion dieser Prozesse. Wir müssen uns fragen, was sie für unsere Praxis und unsere Perspektiven bedeuten. Wir müssen analysieren, welchen Stellenwert sie für die Politik der Linken haben, welche Interessen dahinterstehen und welche Folgen sich aus ihnen ergeben.

Die bisherigen Erfahrungen — insbesondere der Hoppe-Prozeß in Hamburg, bei dem unter Ignorierung der Fakten ein rein politisches Urteil gefällt wurde — zeigen deutlich, daß es bei den bevorstehenden Prozessen nicht um die juristische Verhandlung von Tatbeständen geht. Sie stehen vielmehr in Zusammenhang mit einer neuen Welle der Unterdrückung seitens der herrschenden Klasse, die nach der Studentenrevolte und ihren Folgen einerseits, der wachsenden Unruhe in den Betrieben andererseits, ihre Machtposition verteidigt und sich anschickt, jeden Widerstand gegen das kapitalistische System zu brechen. Einen Widerstand, der sich in den vergangenen Jahren in verschiedenen, auch militanten Aktionen ausgedrückt hat: Kampf im Betrieb, Kampf um Wohnungen, Kampf an Schulen und Universitäten.

Schon jetzt hat die unmittelbare Unterdrückung dieser revolutionären Ansätze viele Gesichter: sie reicht vom Versuch der Disziplinierung linker Lehrer über das tendenzielle Berufsverbot für sozialistische Rechtsanwälte, neue Spitzelgesetze und Verbotsdrohungen gegen exponierte Organisationen, Ausweisung von unliebsamen Ausländern bis hin zum Mord. So wie sich die Staatsgewalt heute durch die Bevölkerung hindurchgeschossen hat, um eine Handvoll „Terroristen" zur Strecke zu bringen, so wird sie morgen blindlings auf „verdächtige" Arbeiter schießen, um einen Streik zu zerschlagen.

Von der „demokratischen Öffentlichkeit" und ihren Medien ist kein Gegengewicht zu erwarten: am Ende übernimmt sie doch die Polizeiversion wie im Fall der Ermordung Georg von Rauchs oder des Schotten Macleod. Wie sehr die Massenmedien mit den Interessen der herrschenden Kräfte gleichgeschaltet sind, haben sie durch ihren gigantischen Propagandaeinsatz in künstlich geschaffenen Ausnahmezuständen unverhohlen an den Tag gelegt.

Die verschärfte Unterdrückung der Linken zeigt eindeutig, daß die herrschenden Kräfte das Fürchten lernen und Angst haben, daß die Massen ihnen die Gefolgschaft aufkündigen. Und dies soll verhindert werden. Doch um die dafür notwendigen Maßnahmen zu treffen, fehlt es dem Staat noch an einer Legitimation. Denn die Mittel, die er einsetzt, erscheinen so lange als unverhältnismäßig, als nicht den Massen bewiesen wird, wo der Feind steht: daß er links steht und im Begriff ist, „Wohlstand" und „Sicherheit" zu zerstören. Die RAF-Prozesse haben vor allem die Funktion, ein Feindbild zu konstruieren, das auf a l l e projiziert werden kann, die das bestehende System ernsthaft in Frage zu stellen wagen, — ein Feindbild, das dazu dient, jede p o l i t i s c h e Auseinandersetzung abzuwürgen. Das ist die objektiv politische Funktion der bevorstehenden Prozesse.

Eine Distanzierung der linken Gruppen von den angeklagten RAF- und SPK-Genossen wird den Ablauf der Prozesse und die ihnen von der Bourgeoisie zugedachte Funktion nicht im geringsten verändern. Zur Verhandlung steht nicht linke Politik, auch nicht die taktischen und strategischen Differenzen zwischen der RAF und den anderen linken Gruppierungen, schon gar nicht die Notwendigkeit revolutionärer sozialistischer Aktionen. Die Genossen der RAF und des SPK stehen als „Kriminelle" vor bürgerlichen Gerichten. Aber diesen Gerichten geht es nicht um Indizien, Tathergänge und Schuldnachweise: die Urteile liegen schon fertig in der Schublade. Denn abgeurteilt werden die revolutionären Ideen, die zur Praxis drängen. Zerbrochen werden soll die Entschlossenheit zum Kampf gegen Unterdrükkung, Ausbeutung und Manipulation. Die Prozesse zielen auf die Kriminalisierung der gesamten Linken.

Als derart Kriminalisierte kann der Staat sie schließlich „guten Gewissens" ins Zuchthaus oder ins Irrenhaus stecken. Zu welchem Zweck eigentlich? Jeder weiß, daß diese Anstalten nicht einmal die Funktionen erfüllen, die ihnen die bürgerliche Gesellschaft zuspricht: Abschreckung und „Besserung" (Resozialisierung usw.). Denn beides findet nachweislich nicht statt. Was stattfindet, ist die psychische Vernichtung der Feinde der Bourgeoisie.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Dieser Staat, dessen Recht auf Gewalt beruht, hat keine Legitimation, irgendeinen Menschen zu verurteilen. Diejenigen, die dieses System stützen, das tagtäglich Millionen dazu zwingt, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; das Tausende, die an diesem System kaputtgehen, in Gefängnisse, Irrenhäuser, Erziehungsanstalten sperrt; das Unzählige dazu verdammt, in Elendsquartieren zu leben; das die ausländischen Arbeiter, ohne die das Kapital längst nicht mehr lebensfähig wäre, wie Parasiten behandelt — sie haben kein Recht, uns der Gewalttätigkeit zu bezichtigen. Die herrschende Klasse, das deutsche Bürgertum, das zwei imperialistische Weltkriege vom Zaun gebrochen hat, das Millionen von Juden und politischen Oppositionellen in Konzentrationslagern abschlachtete, besitzt kein Recht, revolutionäres Handeln als verbrecherisch abzustempeln und zu verfolgen.

Genossen, es reicht nicht aus, immer nur davon zu reden, daß alle gegen die RAF gerichteten Maßnahmen auf die gesamte Linke zielen. Es reicht nicht, zu wissen, daß dieser Staat keine Legitimation hat. Uns hilft weder das romantische Liebäugeln mit der Illegalität noch das naive Vertrauen auf die Legalität. Notwendig ist vielmehr, die bestehenden Machtverhältnisse richtig einzuschätzen und gleichwohl die Kampfansage der Herrschenden aufzunehmen, d. h. den gemeinsamen Widerstand zu organisieren — unabhängig von den Aktionen einer militanten Selbstorganisation, die durch die herrschenden Verhältnisse in die Illegalität gedrängt wurde. Betroffen sind alle, die, auf welcher Ebene und mit welchen Mitteln auch immer, zur Veränderung der Gesellschaft entschlossen sind. Betroffen sind alle, die den Sozialismus wollen. Deshalb müssen alle, die den Sozialismus wollen, aktive Solidarität beweisen. Wenn wir angesichts der RAF-Prozesse auf „Tauchstation" gehen und uns in unsere Gruppen zurückziehen, nehmen wir dem Feind die Arbeit ab, begehen wir politischen Selbstmord. Es kommt darauf an, die Frage der revolutionären Veränderung gemeinsam zu beantworten, um die Versuche zur Einschüchterung zu unterlaufen und jede Form der Unterdrückung zu bekämpfen.

rote hilfe

Spendenkonto:
Dresdner Bank, Frankfurt
4116604

Lod, München etc.

Die letzten Aktionen der palästinensischen Organisationen weisen deutlich darauf hin, daß sie sich in einer Krise befinden, einer so tiefen Krise, die einem Todeskampf gleichkommt.
Deshalb kann man die Bedeutung dieser Aktionen gar nicht verstehen – und die bekanntesten unter ihnen in Lod und München –, wenn man nicht versteht wie tief die Resignation ihrer Organisatoren, wie stark die Frustration der Ausführenden ist. Die Führer der bekannten palästinensischen Organisation – und an erster Stelle „Al Fath" – meinten und meinen immer noch, daß man das palästinensische Problem isoliert von der Lösung der gesellschaftlichen Fragen des ganzen arabischen Ostens lösen kann. Deshalb können sie sich die Möglichkeit eines bewaffneten Kampfes nur gegen Israel vorstellen, bei gleichzeitiger Einhaltung des Hausfriedens in der arabischen Welt, und sogar bis zur Verbündung mit einem oder mit einigen arabischen Regimes. Die Frage des anti-imperialistischen Kampfes wie auch die Frage der Mobilisierung des Proletariats und der Bauern im arabischen Osten zu einem allumfassenden revolutionären Kampf, war entweder in ihrem Bewußtsein gar nicht existent oder aber durch die „Linken" unter ihnen auf eine spätere Phase hin aufgeschoben worden.

Die Sackgasse, in die die Träger dieser Vorstellung geraten sind, ist heute allen deutlich. Die Verzweiflung verbreitet sich spürbar überallhin, Verwirrung und Chaos dehnen sich gewaltig aus. So sind Aktionen wie Lod und München Ausdruck für Verzweiflung und Chaos.

Prüfen wir die Angelegenheit näher:

Was war das Ergebnis der Illusion, über die angebliche Notwendigkeit einer nationalen allarabischen Einheitsfront ab Juni 1967, mit der diese Führer das Volk genährt haben? Wie sah praktisch dieser Hausfrieden zwischen den palästinensischen Organisationen und den arabischen Regimes aus? Was wurde aus der besonderen Unterstützung der palästinensischen Bewegung durch die sogenannten fortschrittlichen Regimes in Ägypten, Syrien, Irak und Libyen?

Die Antwort findet sich in einer Kette von Ereignissen in den letzten Jahren: angefangen von dem brutalen Massaker Husseins an den Palästinensern, über das Einverständnis der „fortschrittlichen Regime" mit politischen Lösungen, die in den „Küchen" der Großmächte „gekocht" werden und schließlich die geheimen und weniger geheimen Verhandlungen zwischen dem zionistischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten über die verschiedenen angeblich möglichen Lösungen des Konflikts; dies alles unter dem umfassenden Ziel, die Rechte des arabischen palästinensischen Volkes endgültig zu begraben.

Und der Rahmen des Kräfteverhältnisses? Es wurde allen klar, daß die Front nicht zwischen allen Arabern, wo auch immer sie sind, und zwischen dem zionistischen Israel verläuft. Denn hinter und neben Israel stehen massive Kräfte, die besonders mächtig sind. An aller erster Stelle der amerikanische Imperialismus, wobei Israel als Wachhund für seine Interessen in diesem Teil der Welt fungiert. Und außerdem: die arabische Reaktion, wobei Hussein nur einer ihrer Protagonisten ist, die auf Leben und Tod mit dem amerikanischen Imperialismus verbunden sind. Verdeutlicht hat es – während des Massakers gegen die Palästinenser durch Hussein – der General Se'evi (ein Israeli), als er sagte: „Ein Gerechter ist der, dessen Arbeit von anderen durchgeführt wird" und in gleicher Stunde, wo diese „anderen" seine Arbeit erledigt haben, stand er in einer Übereinstimmung mit den Amerikanern abwartend an der Spitze seines Militärs am Jordanufer. Er wartete auf den Moment, indem er genötigt ist, Schritte zu unternehmen, um diesen „anderen" zu helfen, d. h., diese anderen sind die Söldner der Imperialisten aus dem haschemitischen Königshaus.

Und so sind die üblichen Ansichten, die die Führer der palästinensischen Organisationen praktisch, wenn auch nicht immer theoretisch, solche, die in sich schon die Saat von Verzweiflung, Verwirrung und Chaos bergen. Nach Jahren bewaffneten Kampfes stehen die Palästinenser gegenüber einem starken und gestärkten Israel, wobei die arabische Reaktion ihnen in den Rücken fällt, die sogenannten fortschrittlichen Regime sie im Stich lassen und wobei die arabischen ausgebeuteten Massen dem Schicksal des palästinensischen Volkes gleichgültig gegenüberstehen. Und von der Verzweiflung bis zum Verzweiflungsakt ist der Weg sehr kurz.

Diese Verzweiflungsaktionen drükken nicht nur die Tatsache des Abgetrenntseins von den Massen der Ausgebeuteten in der arabischen Welt aus, sie drücken auch das Fehlen jeglicher Perspektive zur Errichtung einer gemeinsamen arabisch-jüdischen Front gegen den Zionismus, gegen die arabische Reaktion und gegen den Imperialismus aus.

Nimm als Beispiel die Schießerei in die Menge auf dem Flughafen von Lod. Die Schießerei in eine zufällige Menschenansammlung zeigt, daß sowohl die Organisatoren als auch die Ausführenden keine Unterscheidung hinsichtlich der israelischen Bevölkerung machen. Sie legen keinen Wert auf eine Unterscheidung zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten, zwischen Unterdrücker und Unterdrückten, zwischen Diskriminierer und Diskriminierten. In Kürze: Jeder, der sich in Israel befindet und jeder, der unter der zionistischen Herrschaft lebt gilt ihnen als Feind, auch wenn er ein Ausgebeuteter Arbeiter am Flughafen ist, den man im Interesse der sozialistischen Revolution gewinnen muß.

Dieses Beispiel und solche Taten dienen dem Zionismus, und wenn sie unter revolutionären Sprüchen geführt werden, dienen sie der Reaktion der ganzen Welt. Und so geht die moralische Beurteilung mit der politischen Einschätzung einher, das Ziel und die Mittel bedingen sich gegenseitig und lassen sich nicht voneinander trennen und isolieren.

Die Stellungnahme, die hier abgegeben wird, ist nicht alleine von Mazpen, es gibt für sie auch Partner: revolutionäre Sozialisten sowohl in der arabischen Welt als auch in Israel – eine Tatsache, die uns eine Unterstützung für unsere Stellung gibt und uns sehr wohl und deutlich von allen „Kritikern" aus dem zionistischen Lager unterscheidet. Diese Worte müssen ausdrücklich ausgesprochen werden, vor allem, weil sie in Israel gesagt werden, da wir einen Kampf gegen den Zionismus führen (inklusiv gegen diejenigen, die sich links gebärden).

Die Zionisten, die das palästinensische Volk berauben und unterdrücken, die schon seit Jahrzehnten Massaker durchgeführt haben, befehlen, während diese Zeilen geschrieben werden, Bombenangriffe auf Syrien und den Libanon. Der Platz ist zu eng, um alle ihre Taten aufzuführen, – nicht nur die bekannten unter ihnen wie das Massaker in Dir Jassin und K'far Kassem, nicht nur die weniger bekannten wie Chanzawia und Abu-Sabel, sondern auch die Massaker, die überhaupt nicht bekannt sind, wie die während der Eroberung von K'far Eil'-labum im Galilei oder während der Eroberung von Lod im Jahre 1948.

Selbstverständlich ist unsere Ablehnung des Zionismus nicht von dieser oder jener Tat, die oben aufgeführt wurden, abhängig. Wir lehnen den Zionismus ab, wegen seines grundsätzlichen Charakters: d. h., weil er eine kolonisatorische Bewegung ist, die von ihrem Anbeginn unter der Schirmherrschaft des Imperialismus stand und sein Bündnispartner ist.

Im ähnlichen Sinne: Unsere Solidarität mit dem Kampf des arabisch-palästinensischen Volkes ist nicht durch die eine oder andere Tat bedingt. Da es sich um eine Solidarität von Revolutionären mit dem Kampf eines beraubten, unterdrückten und ausgebeuteten Volk gegen den Weltimperialismus, seine Bündnispartner und seine hiesigen Agenten handelt. Die Solidarität bleibt bestehen, auch wenn wir diese oder jene Organisation, diese oder jene Aktion, die im Namen des palästinensischen Volkes durchgeführt wird, ablehnen. Auch hierin erhalten wir Unterstützung durch ähnliche Positionen, die Revolutionäre im arabischen Raum beziehen.

Die Bedeutung, die wir den Positionen von revolutionären Sozialisten im arabischen Raum messen, ergibt sich nicht nur daraus, daß sie für uns eine Ermutigung bedeuten, vor allem auf dem Hintergrund der Isolierung, in der wir uns in Israel befinden. Diese Positionen revolutionärer Sozialisten aus dem arabischen Raum haben eine besondere Bedeutung, gerade auf dem Hintergrund des trostlosen Zustandes der bekannten palästinensischen Organisation. Unserer Ansicht nach ist das palästinensische Problem nicht tot und noch nicht von der Tagesordnung des arabischen Ostens gestrichen. Das palästinensische Problem wird weiterhin jeden anti-revolutionären Status quo erschüttern, wie z. B. den heutigen Status quo: es bedeutet eine dauernde Bedrohung für die heute existierende gesellschaftliche Ordnung; es ist eine Zeitbombe, die an der Basis von jedem Vertrag und jeden internationalen (Großmächte) Abkommen, wie sie z. B. in den letzten Jahren ausgebrütet worden sind, liegt.

In Kürze: Es ist eines der Probleme, die ihre gewissenhafte und volle Lösung nur durch eine sozialistische Revolution erhalten wird, die alle existierende Regime in diesem Gebiet – einschließlich des zionistischen — vernichten und die auf ihren Trümmern einen sozialistisch-arabischen Osten errichten wird, in dem allen nicht-arabischen Nationalitäten in diesem Gebiet, das Recht auf Selbstbestimmung gegeben wird.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die bekannten palästinensischen Organisationen am Ende ihres Weges gelandet sind, aber das Palästina-Problem bleibt weiterhin existent und auch der Kampf ist nicht am Ende. Der Kampf wird sich erneuern, nicht auf der politischen und organisatorischen Basis, der heute existiert, sondern auf einer neuen Basis, nicht durch Abtrennung der nationalen Frage von der allgemeinen Frage des arabischen Ostens, nicht auf der Basis eines all-arabischen Hausfriedens und nicht in Phasen, nur durch die Einbeziehung, die sich nicht von dem Kampf und für eine sozialistische Revolution im ganzen Gebiet trennen läßt.

Wir sagen es nicht als stille Beobachter, sondern als Partner in einen solchem Kampf.

Die Redaktion von Matzpen

„Das war gut so, und wir hoffen, es wird noch mehr getan."

Frankfurter Allgemeine Zeitung am 6. 10. 1972
zum Verbot von GUPS und GUPA.

Die Welle von Verhaftungen, Abschiebungen und Auslieferungen von Arabern und Palästinensern, das Verbot von GUPS (Generalunion Palästinensischer Studenten) und GUPA (Generalunion Palästinensischer Arbeiter) hat wie kaum eine der Maßnahmen während des vergangenen halben Jahres zur Verschärfung der allgemeinen Repression die Verknüpfung imperialistischer Interessen in der sog. Dritten Welt mit den Bedingungen ungestörter Reproduktion des Kapitals im Innern des hochentwickelten Kapitalismus sichtbar gemacht. Ganz offensichtlich hat sich die Bundesregierung mit diesen Maßnahmen zum Handlanger israelischer Geheimdienste und zum Erfüllungsgehilfen des zionistischen Staates Israel gemacht. Dazu die FAZ (29. 9. 72): „Daß Israel auf die Bonner Koalition heftigen Druck auszuüben versucht, geht ... aus Berichten israelischer Journalisten hervor", und „Was man über belastendes Material gegen Araber erfuhr, ließ jedenfalls vermuten, daß die Verdächtigungen hauptsächlich aus israelischen Quellen herrühren". Der Schlag gegen die Palästinenser in der Bundesrepublik, durchgeführt in einer national koordinierten Aktion von Polizei und Verfassungsschutz, fand auch hier die aktive Mithilfe israelischer Geheimdienste. Nach Aussagen von abgeschobenen Palästinensern führten deutsche Polizei und der israelische Geheimdienst die Verhöre gemeinsam durch. Diese Tatsache wurde inzwischen von den Ausländerbehörden inoffiziell bestätigt (vgl. Dokumentation Frankfurter Anwälte zur Ausweisung von Palästinensern). Der großen „Araber-Razzia", in deren Verlauf 255 Ausweisungsverfügungen, und fast 100 Abschiebungen erfolgten (FR 13. 10. 72) – allein zwischen dem 8. und 24. 9. wurde 1500 Palästinensern und Arabern die Einreise in die BRD verweigert. (VdS-Rundbrief vom 30. 9. 72) –, war international wie in der BRD eine umfangreiche denunziatorische Kampagne vorausgegangen (Quick, 40, 72: „Erst lächeln und dann morden sie"). Unter dem Vorwand des Anschlages in München, von dem sich die Mitglieder der GUPS sowie Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ausdrücklich distanziert hatten (vgl. Mitteilung der arabischen Botschafter vom 7. 9. 72, Presseerklärung der GUPS vom 14. 9. 72), leitete die Bundesregierung eine Verfolgungswelle ein, welche in der jüngsten deutschen Geschichte nur in der Verfolgung von Juden und Kommunisten während des Hitler-Faschismus seine Parallele hat.

„Araber und Palästinenser wurden um 5 Uhr morgens von Zivilbeamten mit gezogener Waffe überfallen und sofort per Flugzeug abgeschoben, ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihren Rechtsanwalt, ihre Angehörigen oder Freunde zu benachrichtigen" (Presseerklärung der GUPS). Die offizielle Begründung Genschers: „Die von Bund und Ländern ergriffenen Maßnahmen haben das Ziel, Personen den Aufenthalt in der BRD unmöglich zu machen, bei denen die Gefahr einer Unterstützung terroristischer Organisationen besteht, sowie die Tätigkeit von radikalen Organisationen zu unterbinden, die mit terroristischen Bestrebungen sympathisieren oder ihnen Vorschub leisten" (FAZ 6. 10. 71). Diese Rechtfertigung von Nacht- und Nebelaktionen gegen Araber wird von allen im Bundestag vertretenen Parteien, von Presse, Rundfunk und Fernsehen lautstark bekräftigt. Der Zeitpunkt der Ausweisungskampagne ist gut gewählt. Die Linke ist in sich zerstritten, Gewerkschaften und Jusos führen den Wahlkampf der SPD, allenfalls rügen sie die „entwürdigenden Begleitumstände" oder die „offen rechtswidrige Begründung" (beispielsweise die des Einwohnerzentralamtes Hamburg gegen Ilena Abu Haddid, die die Abschiebung nicht überlebte: „... ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung dringend geboten, um auszuschließen, daß Sie durch Einlegung von Rechtsmitteln ... Ihre sofortige Entfernung vereiteln"). Die Ausweisungen selbst stellen sie nicht in Frage. Groß war aber die „Genugtuung in Jerusalem". Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums nach Bekanntwerden des GUPS- und GUPA-Verbotes: „Das war gut so, und wir hoffen, es wird noch mehr getan" (FAZ 6. 10. 72).

Aber noch bevor die Ausweisungswelle in der BRD ihren Höhepunkt erreichte, hatten die Israelis ihrerseits die allgemeine Stimmung genutzt. Zwei Tage nach dem Münchener Anschlag bombardierten sie Flüchtlingslager im Libanon und in Syrien. Israelische Truppen marschierten in Dörfer und Städte in Südlibanon ein, sprengten Häuser, vertrieben die Bevölkerung und setzten erstmals Giftgas ein. Allein 200 Tote gab es in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien. In Nordjordanien wurden 13 Bauern Opfer eines Napalmangriffes. Selbst die bürgerliche Presse mußte zugeben, daß Opfer der israelischen Angriffe auf die angeblichen Stützpunkte der Fedayin wehrlose Zivilisten waren. Vor der Weltöffentlichkeit wurde dieser Terror als „Rache für München" legitimiert. Israels Außenminister Abba Eban: „... der arabische Terror ist nicht mehr zu verurteilen, sondern auszumerzen" (FR 21. 9. 72).

Denjenigen, die in der BRD die „Gestapo"-Methoden der Polizei kritisieren, wird ausgerechnet in der israelischen Presse der Vorwurf des Antisemitismus gemacht. Die israelische Zeitung Maariv schreibt: „Wenn es recht natürlich erscheinen mag, daß junge Linke in Deutschland die ‚prächtige' Tradition Hitlers und seiner Raudis fortsetzen, so ist es nicht so natürlich, daß ein Blatt wie die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung' seine Stimme in Gemeinschaft mit allen Judenhassern erhebt und zur Verteidigung der ‚armen Araber' einspringt" (zit. nach FAZ 9. 10. 72). Solche Äußerungen zeigen, wie sehr die Zionisten immer noch versuchen, aus dem kollektiven Schuldbewußtsein der Deutschen Kapital zu schlagen, obwohl in erster Linie sie, Golda Meir und Dayan, es waren, die die israelischen Sportler opferten wie Bauern beim Schach, um einen noch besseren Vorwand für ihre fortgesetzte Eroberungspolitik im Nahen Osten zu haben. Wenn die Kritik an den Polizeimethoden gegen Minderheiten in der BRD in Israel heute „als Beweis dafür" gewertet wird, „daß der Antisemitismus heute in Deutschland noch viel tiefere Wurzeln geschlagen hat als angenommen werden konnte" (ebd.), dann wird vergessen, daß die Palästinenser, die wir heute gegen die Verfolgung westdeutscher Behörden und israelischer Geheimdienste in Schutz nehmen, ebenso Semiten sind, wie die Israelis, und daß diejenigen, die heute die verfolgten Araber verteidigen und die heute über die imperialistische Poiltik des Zionismus und dessen Nazimethoden (die inzwischen selbst von der UN-Kommission für Menschenrechte als „Kriegsverbrechen" und „Affront gegen die Menschlichkeit" [FR 24. 3. 72] verurteilt wurden) aufklären, die politischen Richtungen vertreten, wie die, die vor mehr als zwanzig Jahren die Juden gegen die Greueltaten des Hitler-Faschismus verteidigten. Damals waren es Juden und Marxisten, die in den Konzentrationslagern Hitlers umkamen. Und wenn sich heute Sozialisten und Kommunisten in der BRD gegen den Zionismus, wohlgemerkt nicht gegen Juden, nicht gegen das Volk Israels, wenden, dann deshalb, weil der Staat Israel, dessen Entstehung das Resultat der blutigen Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land ist und dessen Existenz den permanenten Kriegszustand im Nahen Osten bedingt hat und weiterhin bedingt, weil dieser Staat mit seinem imperialistischen Expansionsdrang und der extremen Repression gegen Araber und Israelis im Innern immer offener faschistoide Züge trägt.

Dieser Staat, der die offene Unterstützung derer hat, die seit Jahren die blutige Aggression in Vietnam führen und billigen, dieser Staat ist der Brückenkopf des Imperialismus im Nahen Osten. „Im Nahen Osten sind" laut US-News and World Report, „das Erdöl und die Luftstützpunkte für uns von Interesse. Der Nahe Osten stellt die Ausgangsposition für die großen strategischen Pläne des Westens dar." Die Politik der Bundesregierung im Nahen Osten schließt beinahe bruchlos an die der USA an, d. h. massive Unterstützung Israels bei gleichzeitigen Teilzugeständnissen an die arabischen Staaten, wenn dort Olinteressen in Gefahr geraten. Die Vergangenheit hat eine Fülle von Beispielen für diplomatische Avancen gegenüber den arabischen Ländern (Grund: „die schicksal-

hafte Verkettung mit dem arabischen Öl", NZZ 29. 3. 70) nach jeder Finanzspritze für Israel dessen militärische Stärke der beste Garant für die Erhaltung des Status quo in dieser Region ist, falls die Befreiungsbewegungen unter Kontrolle gehalten werden können.

Die Unterstützung Israels im Kampf gegen die Palästinensische Befreiungsbewegung, die militärisch und politisch für ihr Selbstbestimmungsrecht, für einen demokratischen Staat in Palästina in dem Araber, Juden und Christen ohne jegliche Diskriminierung zusammenleben, kämpft, hat die Bundesregierung mit der Verfolgung von Arabern und Palästinensern und mit dem Verbot von GUPS und GUPA beabsichtigt. Gleichwohl scheint dieses Verbot von Organisationen der palästinensischen Studenten und Arbeiter erst der Auftakt zu sein für weitere Verbote und für eine umfassendere Verfolgung von Ausländern, die das politische und ökonomische System in ihren Herkunftsländern ablehnen, in denen die BRD wirtschaftlich und politisch interessiert ist und die, indem sie hier die Aufklärung über die faschistischen oder extrem reaktionären Regime beispielsweise in den europäischen Peripherieländern Spanien, Griechenland, Türkei, aber auch in Persien, fortsetzen, „auswärtige Belange der Bundesrepublik" gefährden.

Die strenge Anwendung des Ausländergesetzes, dessen geplante Verschärfung durch das sog. Querschnittsgesetz und die Verabschiedung eines Gesetzesbündels zur „inneren Sicherheit" haben ihre ökonomische Basis in den im Innern der BRD wie außerhalb sich tendenziell verschlechternden Reproduktionsbedingungen des Kapitals. Diese institutionelle Absicherung staatlicher Repression ist zusammen mit dem neuen Werksschutzgesetz die konsequente Fortsetzung einer Entwicklung, die über das Inkrafttreten des Ausländergesetzes 1965 (ein Gesetz, das die aus dem Dritten Reich stammende Ausländerpolizeiverordnung ablöste und verschärfte) und die Notstandsgesetze 1968 verläuft. Die Verschärfung des Ausländerrechts bedeutet Ausnahmezustand für drei Millionen Menschen in der BRD. Aber schon jetzt sind der staatlichen Willkür kaum Grenzen gesetzt, denn: Ausländer genießen alle Grundrechte mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätten, sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland. Und aus dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung kann kein Recht auf uneingeschränkte politische Betätigung hergeleitet werden.

Als 1965 das Ausländergesetz verabschiedet wurde, gewann die für die expandierende Wirtschaft notwendige Ausländerbeschäftigung zunehmend an Bedeutung. Die Rezession der Notstandsgesetze folgten der von 1966/67, nachdem mit Hilfe der Sanierungsstrategie des Kapitals die ökonomische Krise zwar vorläufig überwunden werden konnte, deren Maßnahmen zur Erhaltung der Kapitalherrschaft aber zugleich den Gewaltcharakter des Systems einsichtiger werden ließen und damit auch die Bedingungen einer immer stärkeren Mobilisierung schufen. Die gegenwärtige Repressionswelle soll den erneuten Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung absichern, einen Angriff, den das bundesrepublikanische Kapital um internationaler Konkurrenzvorteile willen führt.

Anna Nadia

Entdecken Sie Neuland!
Skifahren in Jugoslawien

Silvester in Bled — 12 Tage Vollpension, Liegewagen nach Villach, Bustransfer, Kurtaxe, Auslandsheilkostenversicherung, Silvesterfeier — ab 370 DM

Loibl Paß — 4 Frühjahrstermine; 14 Tage Vollpension in Zimmern mit Dusche, WC, Balkon; Liegewagen nach Villach, Bustransfer; Auslandsheilkostenversicherung — ab 450 DM

Studentischer Reise- und Informationsdienst GmbH

Frankfurt am Main,
Bockenheimer Landstraße 140 b
Telefon 70 11 51;

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag 10-12.30 Uhr
Montag, Mittwoch, Freitag 17-18 Uhr

Informationen für Studienanfänger

Fachbereich Humanmedizin

Die Verhältnisse, die der Student heute im Fachbereich Humanmedizin antrifft und unter denen er seine Ausbildung absolvieren will, unterliegen einem wesentlich komplexeren Bedingungsgefüge als in anderen Fachbereichen. Die Struktur und Funktion des Klinikums, das praktisch weitgehend unabhängig vom Hochschulbetrieb in gleicher Weise wie andere Krankenhäuser funktioniert, gehen als massive Trägheitsfaktoren in die politische Arbeit, in Lehre und Forschung ein. Sie lassen die Auseinandersetzungen nicht nur im studentischen Bereich sondern auch in großen Teilen der Selbstverwaltung als randläufig erscheinen: ihre Ergebnisse gewinnen nur sehr vermittelt Einfluß auf die tägliche Arbeit der meisten Mitglieder des Fachbereichs; deren Arbeitsbedingungen ändern sich kaum und ohne erkennbare Zielsetzung.

Dieser Zustand ist konstitutionell für den Fachbereich Humanmedizin und steht in Gegensatz zu der Entwicklung der Berliner Fachbereiche Humanmedizin, die durch das dortige Hochschulgesetz nicht wie in Hessen eine Sonderstellung gegenüber den anderen Fachbereichen einnehmen.

Das Hessische Universitätsgesetz vom Mai 1970 unterscheidet zwischen dem Fachbereich Humanmedizin und dem Klinikum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universtität; es konstituiert neben der Selbstverwaltung des Fachbereichs den Vorstand des Universitätsklinikums, der unabhängig von den Kollegialorganen, denen Hochschullehrer, Assistenten und Studenten sowie ein „nichtwissenschaftlicher" Bediensteter angehören, zuständig ist für alle Belange der Krankenversorgung. Dem Vorstand gehören 3 Hochschullehrer sowie der leitende Verwaltungsbeamte des Klinikums an.

Entscheidend für die oben formulierte Entwicklung zeigt sich nun weniger die Tatsache, daß der Klinikvorstand alle wesentlichen Fragen über die kollegiale Selbstverwaltung hinweg verhandeln könnte, als vielmehr deren Gegenseite, daß die kollegiale Selbstverwaltung für einen bestimmten Bereich keinerlei Kompetenz hat.

Diese Trennung der Kompetenzen belegt zugleich die Erkenntnis, daß das Hessische Hochschul- und Universitätsgesetz in erster Linie dazu diente, die Konflikte der Ordinarienuniversität, die sich in der Entwicklung der Studentenbewegung 1967—69 eskalierten, zu lösen, ohne zugleich tiefergreifende Veränderungen über die Befriedung akuter Mißstände hinaus vorzunehmen.(1)

Der Frankfurter Fachbereich Humanmedizin ist den Intentionen dieses Gesetzes exemplarisch und in wohl einzigartiger Konsequenz gefolgt. Die Organe der Selbstverwaltung, die Fachbereichskonferenz, der alle ca. 125 Hochschullehrer, 77 Assistenten, 48 Studenten und 5 „nichtwissenschaftliche" Mitarbeiter angehören, der Fachbereichsrat aus 10 Hochschullehrern, 6 Assistenten, 4 Studenten und 1 „nichtwissenschaftlichen" Mitarbeiter (2) sowie die 4 gesetzlichen Ausschüsse für Lehr- und Studienangelegenheiten, Forschung, Haushalt und Personal und gleichermaßen deren zahlreiche Unterkommissionen mit engen Arbeitsgebieten, z. B. Hörsäle, Zulassung, Akademische Krankenhäuser und nicht zuletzt der Strukturausschuß — dieser komplexe Apparat also, der sowieso nur wenigen Eingeweihten durchsichtig ist, hat in weit über 1000 Abstimmungen die Angelegenheiten der Forschung und der Lehre sowie der Organisation des Fachbereichs verändert oder bestätigt. Die 21 Mitglieder des Fachbereichsrats, der außer der Satzung alle Fragen des angedeuteten Katalogs verhandelt hat, haben mit erheblichem Arbeitsaufwand Kliniken in Zentren verwandelt, Abteilungen alter Art durch Abteilungen neuer Art ersetzt, Haushaltsanträge beschlossen, Haushaltsmittel verteilt, Assistenten für Professuren vorgeschlagen, neue Professoren berufen usw. usw. Jetzt nach 1½ Jahren zeichnet sich massiv die Isolierung jener kleinen Gruppe von etwa 100 Aktiven in Rat und Ausschüssen ab, die Irrelevanz der meisten ihrer Beschlüsse, die aus der Sicht der Station x der Klinik y gerade an die Stelle eines „Chefs" (Kilnikdirektor) mehrere „Chefs" (Abteilungsleiter) gesetzt haben. Die Tatsache des Chefs blieb unberührt genauso wie die Inhalte, die gelehrt die Forschungsprojekte, die bearbeitet werden. An der Tatsache der Trennung von Privat- und Kassenpatienten hat sich genausowenig geändert wie daran, daß ein Kritiker dieses Systems wie der Frankfurter Assistenzarzt Hans Mausbach keinen Arbeitsplatz erhält.

Dies alles kennzeichnet die Situation einer Reform, für die niemand mobilisiert worden ist und die auch niemanden wirklich mobilisiert hat; denn auch die Widerstände gegen sie formierten sich eher aus psychologischen Motiven wie Angst oder ordinarialem Stolz, als aufgrund irgendwelcher tiefgreifenderer Veränderungen.

Im Bereich der Studentenschaft hat dieser Prozeß schwerwiegende Folgen: zum einen sind politisch aktive Studenten in die Gremien des Fachbereichs gegangen und haben dort die Entwicklung vorangetrieben, ohne ihren Charakter durchschaut zu haben, zum anderen sind die meisten Studenten des Fachbereichs desinformiert oder desorientiert durch das komplexe System der Selbstverwaltung, deren Irrelevanz nur bei der Organisation des Unterrichts zu Semesterbeginn und bei isolierten Auseinandersetzungen (1971 im Präparierkurs, 1970 im Biochemie-Praktikum) durchbrochen wurde.

Diese Demobilisierung weiter Teile der Studentenschaft hat im letzten Semester zu einer scharfen Auseinandersetzung innerhalb der Studentenschaft geführt. Organ der verfaßten Studentenschaft im Fachbereich Humanmedizin ist die Fachschaft Medizin; sie besteht aus 12 gewählten Studenten, die die Studenten des Fachbereichs vertreten. Durch die Konstituierung von Studentenvertretungen in den Fachbereichskonferenzen, die formal unabhängig von den Fachschaften sind, ergeben sich folgerichtig Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft. Dies gehört wohl ebenfalls zu den „Tücken" des Hessischen Hochschulgesetzes, das effektiver auf die Schwächung der Studentenschaft gerichtet ist, als etwa das Berliner Hochschulgesetz, das mit der Abschaffung der Fachschaften zugunsten der Vertretungen in den Kollegialorganen keine Spaltung der Interessenvertretungen zur Folge hatte.

In der Fachschaft Medizin wurden nun im Sommersemester bei der Fachschaftswahl zwei Tendenzen deutlich:

— die eine, getragen von der Gruppe „ProMed", deren Aktivität stark in den Gremien der Selbstverwaltung des Fachbereichs verankert ist, und dem rechtsgerichteten ADS („Fortschrittliche Medizin") zielt ab auf eine Gleichschaltung der Fachschaft mit den Gremien: Listenwahlen über mehrere Tage (ähnlich den Wahlverfahren zu Parlamenten) sollen bei längerer Wahldauer mehr Studenten an die Wahlurnen bringen. Dies Verfahren hat aber die Konsequenz, daß sich die Wahl auf das Ankreuzen anonymer Listen beschränken kann;

— alternativ dazu forderten die linken Gruppen im Fachbereich ein direktes Wahlverfahren, das auch der Satzung der Studentenschaft entspricht; danach soll die Wahl auf einer Vollversammlung statt-

finden, bei der alle Anwesenden Gelegenheit haben, sich mit den kandidierenden Gruppen oder Einzelpersonen zu beschäftigen und eine wirkungsvolle Vertretung zu wählen. Dies Verfahren soll die Stärke der verfaßten Studentenschaft sichern, die gerade darin liegt, daß die Vertreter reale und aktuelle Tendenzen in der Studentenschaft artikulieren, daß sie in engem Kontakt mit Vollversammlungen der Studentenschaft die gesamte Studentenschaft politisch handlungsfähig machen.

Die Alternativen sind klar, und bereits bald nach Semesterbeginn wird eine Vollversammlung der Studentenschaft entscheiden müssen, ob die Fachschaft wie ein bürgerliches Parlament gewählt wird oder ob direkte Demokratie innerhalb der Studentenschaft zur aktiven politischen Vertretung aktueller und längerfristiger studentischer Interessen betrieben wird.

Diese Entscheidung ist umso gewichtiger als sie vor dem Hintergrund der Situation im Fachbereich stattfindet, wo sich die Selbstverwaltung mit ihren Funktionären — wie bereits gezeigt — weit über die Köpfe der Betroffenen hinweg entwickelt hat. Gerade hier kommt es darauf an, daß die Studentenschaft den Handlungsspielraum gegenüber den Gremien behält und ausbaut, der sie in die Lage versetzt, durch Aktionen aller von bestimmten Problemen des Studiums und der Berufsperspektive (Arbeitssituation in den Kliniken) Betroffenen, auf die Selbstverwaltung Einfluß zu nehmen.

Michael Krawinkel (SHB/SF)

(1) Zur Einschätzung solcher Reformen als Anpassungsreformen des kapitalitischen Staates und zum Charakter mobilisierender Reformen vgl. auch „diskus-Materialien 1 zur Strategieentwicklung", erschienen im diskus-Verlag, Dez. 1971.
(2) Konstitutionell im Sinne der Abtrennung des Bereichs der „Krankenversorgung" von der kollegialen Selbstverwaltung ist auch die faktische Ausschaltung des als „nicht-wissenschaftlich" diskreditierten Personals, das die größte Gruppe der Mitglieder des Fachbereichs, nämlich etwa zwei Drittel bildet. Der Vertretung seiner Belange werden 5 von 250 Sitzen in der Fachbereichskonferenz zugeteilt, was sie faktisch von jeder Mitbestimmung ausschließt.

Fachbereich Rechtswissenschaft

An der juristischen Fachschaft läuft ein Haufen von offenen und versteckten CDU-Sympathisanten herum, der sich als Fachschaftsvertretung gebärdet. Warum sich ADS/RCDS als Fachschaft ausgeben können, wird listig verschwiegen. Diese Fachschaft ist den Studenten des juristischen Fachbereichs von der Uni-Administration und ihrem Polizeipräsidenten Kantzenbach aufoktroyiert worden. Kantzenbach setzte letztes Semester die gewählten Fachschaften sämtlicher Fachbereiche ab, unter dem Vorwand, deren Zustandekommen sei nicht legal. Die Fachschaften werden seit Bestehen dieser Universität auf Vollversammlungen gewählt, ein Wahlverfahren, das allerdings erst seit der Studentenrevolte 1968 meistens linksradikale Organisationen ans Ruder brachte. Das bedeutet nicht, daß die Linke nur auf Vollversammlungen Mehrheiten zustandebringt. Nach wie vor ist die studentische Vertretung im Fachbereich zu 60 % zur Linken zu rechnen (bei einer Wahlbeteiligung von 50 %).

Seit vergangenem Semester allerdings läuft eine politische Kampagne gegen die linken Fachschaften, insbesonders die Fachschaft Jura, geführt nicht mit „politischen" Mitteln, sondern mit Strafanzeigen, administrativen Verfügungen, selbst mit Prügeln. Der RCDS (mit Unterstützung des ADS) etwa hetzte der Fachschaft die Staatsanwaltschaft auf den Hals, unter dem Vorwand, sie veruntreue studentische Gelder, genauer sie benutze ihr Amt zu politischer Aufklärung. Die Fachschaft hat drei Zeitungen herausgegeben, in denen sie zu Fragen wie Justiz in den USA, zur Berufsperspektive von sich links verstehenden Juristen, zur Einschätzung der juristischen Ausbildung, aber auch zu Hausbesetzungen und zum Berufsverbot für Sozialisten Stellung nahm. Zwei Mitglieder der Fachbereichsvertretung der Rotzjur erhielten Anzeigen, weil sie es gewagt hatten, bei Prof. Püttner eine Diskussion über die Prüfungsbedingungen in seiner Übung anzuzetteln. Schließlich wurde die Fachschaft abgesetzt, unter dem Vorwand, das Wahlverfahren (Wahl auf Vollversammlungen) sei rechtswidrig. Ein Wahlverfahren übrigens, für das sich in einer Urabstimmung 75 % der Studenten entschieden haben. Gleichwohl haben sich ADS/RCDS über diesen eindeutigen Beschluß der Studentenschaft hinweggesetzt und sich an den Wahlen beteiligt. Zwar wurden sie in diesen Wahlen formal gewählt, aber von 400 Rechtssympathisanten, die sie bisher bei jeder Wahl auf die Beine bringen konnten, haben sich diesmal lediglich 256 an der Wahl überhaupt beteiligt. Wahlbeteiligung: lächerliche 13,8 Prozent.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Vollversammlungen das oberste Beschlußorgan der Fachschaft sein sollen, daß die Vertreter an das imperative Mandat und den Willen der aktiven Studenten gebunden sein sollen. Das war für uns der Grund, warum wir der Kantzenbach-Satzung nicht zugestimmt haben, weil sie eine Verselbständigung der Fachschafts-Funktionäre und ihre Loslösung von der studentischen Basis fördert. Wir haben uns für ein Modell direkter Demokratie entschieden, haben sich doch alle anderen Modelle bisher als Mittel der Herrschaft unkontrollierbarer Bürokraten erwiesen.

Wir werden uns nicht mundtot machen lassen, auch wenn man uns die institutionellen Voraussetzungen unserer Arbeit nimmt, auch wenn man uns kriminalisiert, und damit nicht nur durch Androhungen von Geldstrafen und sonstigen Sanktionen unsere Arbeit erschwert, sondern selbst unsere berufliche Existenz gefährdet, denn wir sind Juristen, und die die über uns urteilen, die die Verfahren barbeiten, sind unsere Chefs und Ausbilder und Prüfer.

Wir werden uns nicht verbieten lassen zu sagen, und das auch in Aktionen umzusetzen, daß unserer Ansicht nach gerade der juristische Fachbereich Studenten funktionalisieren soll für die Tätigkeit in einer hierarchisch gegliederten Institution. Das heißt einerseits, das inhaltlich die juristische Wissenschaft in ihrem Formalismus die wirkliche Funktion von Jurisprudenz verschleiert, daß sie verschleiert, was Mietrecht bedeutet, was etwa Städteplanung, was Strafrecht heißt.

Mietrecht — das Recht von Hausbesitzern gerade in Frankfurt, irrwitzige Mieten zu verlangen (wie im Westend 300 DM pro Zimmer, gerade von Gastarbeitern und Studenten), Mieter auf die Straße zu setzen, schließlich dringend benötigten Wohnraum zu zerstören.

Städteplanung — das Recht von Grundbesitzern, Spekulanten, Erbauern von Kapitalpalästen, unsere Städte schlimmer zu zerstören als sie nach dem Zweiten Weltkrieg schon zerstört waren, die Wohnbevölkerung an den Stadtrand zu vertreiben, um in den Palästen im Innern ihren Profit schinden zu können.

Strafrecht — das Recht, Menschen die man ihr Leben lang zu Kriminellen diskriminiert hat, für den Rest ihres Lebens einzumauern, und sie endgültig zu dissozialen Sündenböcken dieser Gesellschaft zu sozialisieren. Wir werden uns nicht verbieten lassen — gegen Organisationsformen des Studiums zu kämpfen, die dem Auftrag des juristischen Fachbereichs insofern gerecht werden, als sie gesell-

Technische Hilfe für Befreiungsbewegung

Wir arbeiten an einem Projekt, das über die Entwicklung technischer Standarts eine direkte Unterstützung einer Befreiungsbewegung einerseits, wie die Objektivierung der verschleierten Unterdrükkungsmechanismen andererseits leisten soll. Neben der Einsicht aller an der Arbeit Beteiligten in die technisch-ökonomischen Grundzusammenhänge wird eine Arbeitsteilung angestrebt, die die Trennung von Kopf- und Handarbeit weitestgehend aufhebt. Basis für die Realisierung der Projektarbeit sind geeignete Arbeitskräfte mit entsprechenden Grundqualifikationen. Schwerpunkt für die Unterstützung einer Befreiungsbewegung ist die technische Hilfe. Es sollen über Lieferungen hinaus Bedienungs- und Wartungsanweisungen mit Schulbuchcharakter erarbeitet werden.

Für die Durchführung des Projekts suchen wir Genossen(innen) aus den Bereichen.

Maschinenbau, Nachrichtentechnik, Medizin, Pädagogik (AL), Film

Kontaktadresse:
Gruppe Technik: Manfred Knoop,
463 Bochum, Heintzmannstraße 60,
Telefon: 0 23 21 / 70 26 65

schaftliche Isolierung fördern, als sie Ellenbogenbewußtsein, als sie die rassistische Ideologie der Aufsteiger erzeugen.

Gegen Prüfungen, in denen der Student einsam und allein dieser Institution ausgeliefert ist, isoliert wird, wie er es später als Teil der Institution Justiz sein wird; Prüfungen, deren Ergebnisse uns weismachen sollen, wir seien die intelligente Elite der Nation, berufen dazu, im Auftrag anderer Herrschaft auszuüben, denen überlegen, über die wir Herrschaft ausüben sollen; gegen Prüfungsmechanismen, die uns daran hindern, miteinander zu reden, miteinander zu arbeiten, um dieser Institution und dieser Gesellschaft kollektiv Widerstand zu leisten.

Wir sehen unsere Aufgabe nicht nur darin, gegen Inhalt und Form des juristischen Studiums zu kämpfen, wir sehen unsere Aufgabe darin, die gesellschaftliche Isolierung von Studenten, die Vorbedingung und Vorübung für ihre gesellschaftliche Isolierung im späteren Beruf ist, praktisch zu durchbrechen. Wir arbeiten mit Mietern zusammen, die sich gegen die Ausbeutung auf dem „Wohnungsmarkt" wehren, mit deutschen Familien und Gastarbeiterfamilien, die sich gegen die Zerstörung unseres Wohnraums wehren, mit Gefangenen, die unter die Räder von Jugendamt, Fürsorgeerziehung, Strafjustiz und Knast geraten sind. Wir haben Mietstreiks und Hausbesetzung aktiv unterstützt, nicht zuletzt unter Zuhilfenahme des Handwerkzeugs, das wir uns in einem politischen Studium angeeignet haben. Wir arbeiten in den Gefängnissen und versuchen, zusammen mit den Gefangenen Lösungsmöglichkeiten für ihre beschissene Situation zu erarbeiten.

Die Rotzjur existiert nicht als einheitliche Organisation, sie existiert als eine Reihe von Kollektiven, die ihr Studium und ihre politische Arbeit kollektiv organisieren.

Wir halten für uns und andere Studenten die Teilnahme an folgenden Veranstaltungen für sinnvoll:

Kupke: Kolloquium über „Aktuelle Fragen d. Miet- u. Baurechts . . ."

Strafrechtlich, psychoanalytisches Seminar (Jäger und Moser)

Arbeitskollektiv Strafrecht/Knast
Vorläufiger Termin: Fr. 20.30 Uhr, Bockenheimer Landstraße 93 Parterre.

Rote Zelle Jura/„Illegale" Fachschaft

Kontakte:
Rotzjur, Bockenheimer Ldstr. 111 Parterre,
Bockenheimer Ldstr. 93, Parterre

Fachbereich Psychologie

Ein Diskusartikel zur Information der Studienanfänger im Fachbereich Psychologie hätte keine rechte Funktion, da es dazu aufgrund der geringen Zahl der Erstsemester einfachere und bessere Wege gibt, deshalb nur ganz kurz einige einführende Worte:

Die Studienbedingungen sind beschissen, weil viele Stellen unbesetzt sind, deshalb einige Veranstaltungen ausfallen und damit das ohnehin sehr dürftige Angebot an Lehrveranstaltungen noch weiter reduziert wird. Wir haben vorwiegend die Wahl zwischen Süllwold und Süllwold (Bund Freiheit der Wissenschaft), und sich dafür zu entscheiden kostet einige Überwindung, vor allen Dingen dann, wenn die Zwergschuljahre schon einige Zeit zurückliegen. In den letzten zwei Semestern hat Süllwold drei von vier Seminaren abgebrochen, weil die Studenten nicht nur zuhören, sondern auch mitarbeiten wollten, und dementsprechend ist das gesamte Psychologiestudium in Frankfurt organisiert. In der Auseinandersetzung mit der Psychologie und der Funktion der Psychologen sowie im Kampf gegen die katastrophalen Studienbedingungen hat sich die Psychologen-Initiativ-Gruppe entwikkelt, als Initiativgruppe zur Politisierung und Organisierung von Studenten im Kampf gegen die kapitalistische Ausbildung. Die PIG stellt zur Zeit die Vertreter der Studenten in der Fachschaft und in der Fachbereichskonferenz, der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der direkten Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktion mit Psychologiestudenten, dort, wo man sie trifft: in Seminaren, Übungen und Praktika. Wir fordern alle Studienanfänger, die mit uns zusammenarbeiten oder genauer informiert werden wollen auf, zur Studienberatung der Fachschaft und zu Vollversammlungen zu kommen (wird jeweils durch Aushang bekanntgegeben).

Psychologen-Initiativ-Gruppe und Fachschaft

Kontaktadressen:
Bettina Eichhorn
6 Frankfurt
Dietrich-Bonhoeffer-Haus
Lessingstraße 2

Ulf Bolland
6 Frankfurt
Friedberger Landstraße 47
bei Apelt, Tel. 59 59 78

Fachbereich Gesellschafts-wissen-schaften

Die Rote Zelle Soziologie befindet sich in der Diskussion um den Auflösungsprozeß. Sie empfiehlt das Studium des Kapitals und der Arbeiterbewegung.

Fachbereich Wirtschafts-wissen-schaften

Nicht nur politisch engagierte Erstsemester werden die Zeitungsmeldungen verfolgt haben, die über die Auseinandersetzungen am Fachbereich 2 berichteten. In der Regel verzichtete die bürgerliche Presse auf die Schilderung der Hintergründe und Ursachen, so daß die Forderungen und Maßnahmen der fortschrittlichen Studenten unverständlich und sinnlos erscheinen mußten. Das geschieht nicht nur, um Widersprüche des BRD-Kapitalismus zu verschleiern, sondern auch, um die staatlichen Kampfmaßnahmen gegen eine sich an den Unis entwickelnde sozialistische Bewegung zu rechtfertigen. Deshalb hat dieser Artikel zunächst die Funktion, richtigzustellen; er beschränkt sich dabei auf jene fachbereichsspezifischen Auseinandersetzungen, die noch nicht abgeschlossen sind und/oder deren Folgen jetzt wirksam werden. Am wichtigsten, weil er die Neuzugänge am unmittelbarsten berührt, ist der Klausurenstreik. Auch, weil er ähnliche Konflikte in anderen Fachbereichen vorweggenommen hat (so steht z. B. im FB Gesellschaftswissenschaften eine neue Prüfungsordnung zur Diskussion).

An zweiter Stelle wird der Vorlesungsabbruch von Prof. Gehrig behandelt. Hier geht es um zwei Probleme: Zum einen hat Gehrig faktisch versucht, Kritik — nicht nur an seinen Graphen und Formeln, sondern eben politische — aus seiner Vorlesung zu verdrängen; zum anderen war er (ebenso wie die Mehrheit seiner Kollegen schon seit dem vorletzten Semester) bestrebt, das Tutorenprogramm unter schärfere (noch!) Kontrolle zu stellen.

Schließlich werden wir noch kurz auf den politischen Stellenwert eines von uns seit Jahren geforderten Lehrstuhls „Marxistische Kritik der politischen Ökonomie" eingehen.

Vorweg aber sei erwähnt, daß seit Ende des SS 72 am Fachbereich zwei Fachschaftsvertretungen existieren: eine nach der von der Studentenschaft verabschiedeten Satzung vor einem Jahr gewählte und aus SOHOG- und ROTZ-WIRT-Mitgliedern bestehenden Vertretung; die zweite, nach einer von Uni-Präsident Kantzenbach den Studenten aufoktroyierten Ordnung und nach einer von ihm angesetzten Wahl (gegen den Boykottaufruf sämtlicher linker Gruppen) durch Gerichtsbeschluß eingesetzt (gestellt von ADS und RCDS).

Die Kollegen von rechts genießen jegliche Unterstützung (Schützenhilfe) der Uni-Bürokratie. Auf Anweisung des Präsidenten werden selbst namentlich addressierte Briefe an die legitime Fachschaft nicht herausgegeben, sondern zurückgeschickt. Der Fachschaftsraum wurde handstreichartig genommen. Wann immer die ADS-eigene Trickkiste nicht ausreichte, rannte man zu Kantzenbach oder dessen Rechtsabteilung (so geschehen auf der FBK-Sitzung vom 18. 10.).

Kampf der repressiven ZPO

Der Polizeieinsatz gegen den „Klausurenstreik" ist der bisher strahlendste Stern in der glänzenden Karriere des Präsidenten, Dr. Kantzenbach. Eine Woche lang schützten 600 Polizisten das studentische „Recht" auf Prüfung. Obwohl sie den auf mehreren Fachschaftsvollversammlungen beschlossenen Forderungen „überwiegend positiv gegenüberstanden", hatten Kantzenbach und die Dekane die Polizei gerufen.

Erstmalig waren angehende Ökonomen einer — auch heute noch gültigen — Prüfungsordnung unterworfen, die jeden zwang, bis zum Ende des 5. Semesters die Hürde Zwischenprüfung zu nehmen. Und genau diese Zwischenprüfungsordnung führte zum Streik.

Ohne auf die Einzelheiten der ZPO einzugehen (dazu siehe diskus 2/72), soll nur betont werden, daß die Studenten den verschärften Leistungsdruck abzubauen versuchten (z. B. 23 Klausuren in 2 Jahren, wenn man den Fortschritt „Vornote" ausnützen wollte), daß aber die Mehrheit gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge verdrängte, was sich auf das Kampfziel und die Kampfmittel auswirkte. So wurde dieser Streik nicht politisch geführt; und so bestanden die Kampfschritte nicht aus Selbstorganisation der Studenten, die Voraussetzung für den notwendig langfristigen Kampf ist. Das Ziel des Streiks war vielen Kommilitonen eher folgendes: Ersetzung der bestehenden Prüfungsordnung durch eine „fortschrittlichere", d. h. studienbegleitende. Sie waren der Meinung, Prüfungsdruck lasse sich in diesem System eher auffangen, und vernachlässigten darüber die Tatsache, daß Prüfung an sich Herrschaftsinstrument ist (z. B. als Mittel, das Schüler, Studenten zum Erlernen eben der Prüfungsinhalte zwingt), daß also Kampf gegen ein bestimmtes Prüfungssystem illusorisch ist, solange er auf sich selbst beschränkt geführt wird.

Wir haben oben erwähnt, daß die Polizei von der Uni-Bürokratie geholt wurde, obwohl die inhaltliche Differenz zwischen Studenten und Professoren nur geringfügig war. Dazu das Selbstverständnis des Präsidenten, wie er es in der Wirtschaftswoche Nr. 12/72 formuliert hat: „Durch eine aktive Reformpolitik innerhalb der Entscheidungsgremien bei gleichzeitiger Entschlossenheit, sich äußeren Pressionen unter keinen Umständen zu beugen, muß den Studenten klargemacht werden, daß sie durch ihre Mitarbeit — aber nur auf diesem Wege — aussichtsreiche Möglichkeiten haben, die Studien- und Prüfungsbedingungen zu verbessern." Die „aktive Reformpolitik" hat also die Funktion, die Studenten auf Gremien zu fixieren. Wo das, wie im Klausurenstreik, nicht klappt (auf nahezu jeder Vollversammlung war einer der Dekane oder der Präsident anwesend, um die Studenten auf den legalen Pfad zu führen) wird zum Polizeiprügel gegriffen. Die noch andauernden Auseinandersetzungen im Entscheidungsgremium Fachbereichskonferenz sind eine Lektion in Sachen „Mitbestimmung". Wie eng der Spielraum dieser „Entscheidungsgremien" eigentlich ist, beweist der Briefwechsel zwischen Kultusministerium und Universität: Die Fachbereichskonferenz darf eigentlich nur das beschließen, was durch die Kultusministerkonferenz — Richtlinien zur Diplomprüfung — bereits vorgeschrieben ist. So hat das Kultusministerium in mehreren Briefen genau das herausgesucht, was ihm zur Reglementierung der Studenten und zur effizienteren Ausnutzung der Hochschulkapazitäten passend und förderlich erschien und das verworfen, was für eine inhaltliche Neubestimmung der Studiengänge hätte Ansatzpunkte liefern können.

Ein weiterer Brief aus Wiesbaden wird für die nächste Zukunft erwartet.

das studentenkino
in der universität

pupille

Die Veranstaltungen finden im Festsaal des Studentenhauses, Jügelstraße 1, jeweils um 13.45, 17.45 und 20.15 Uhr, statt.

9. 11.	**Godzilla, der Drache aus dem Urwald**	Japan 1966
14. 11.	**Ganoven rechnen ab**	Frankreich/Italien 1965
16. 11.	**Wendekreis des Krebses**	USA 1971
21. 11.	**Bugs Bunny Show**	USA 1949—1968
23.11.	**Töte, Django**	Italien 1966
28. 11.	**Branca Leone**	Italien 1966
30. 11.	**Für ein paar Dollar mehr**	Italien 1965
5. 12.	**Der Koloß von Rhodos**	Italien/Frankreich 1960
7. 12.	**Slapsticks — Stumme Filmgrotesken** (Harold Lloyd, Charlie Chaplin, Ben Turpin, Laurel & Hardy, Buster Keaton, Keystone Cops u. a.)	
12. 12.	**Zur Sache, Schätzchen!**	Deutschland 1967
14. 12.	**Mörder hinter der Tür**	Frankreich 1972
19. 12.	**Marx Brothers auf See**	

Studenten und Schüler 2,00 DM
Nichtstudenten 2,50 DM

Für einen Lehrstuhl:
Kritik der politischen Ökonomie

Vor knapp einem halben Jahr hat endlich die Fachbereichskonferenz einer Forderung entsprochen, die noch in die großen Tage der Studentenbewegung zurückreicht: die Ausschreibung eines Lehrstuhls „Marxistische Wirtschaftstheorie". Diese Forderung, und das ist zu betonen, knüpft sich nicht mehr an die Hoffnung einer demokratischen Universität hier und heute. Das war nur dort möglich, wo Wissenschaft und Ausbildung nicht in ihrem Verhältnis zum Reproduktionsprozeß des Kapitals begriffen wurden, sondern als etwas Neutrales, gegenüber dem Kapitalverhältnis Invariantes erschienen.

Heute, da die Hochschulreform selbst den Schein völliger Autonomie aufzulösen im Begriff ist, dient eine Forderung wie „Marx an die Uni" nur der Aufrechterhaltung dieses Scheins. Darum soll dieser Lehrstuhl nicht als Ansatz(punkt) eines Gegenstudiums, z. B. eines „Sozialistischen Studiums", mißverstanden werden, soll auch nicht zum Tummelplatz von Seminarmarxisten verkommen, sondern hat die Aufgabe, sich an den in Frankfurt gelehrten Wirtschaftswissenschaften abzuarbeiten, Kritik der herrschenden Vulgärökonomie zu leisten.

Die Professorenschaft dieses Fachbereichs dagegen ist an einem „kritischen" Marxisten interessiert, mit dem sie einerseits der Forderung der Studenten genügen, andererseits aber den Lehrbetrieb durch den von ihr ernannten kritischen Kritiker vor gefährlicher Kritik abschirmen will.

Um zu verhindern, daß auch uns ein faules Ei à la Baier ins Nest gelegt wird, werden wir in Zusammenarbeit mit den anderen linken Gruppen des Fachbereichs ein Teach-in veranstalten, auf dem die Kandidaten über ihr Wissenschaftsverständnis Auskunft geben werden, was heißt, daß wir von ihnen erfahren möchten, welche Funktion sie einer Professur „Marxistische Wirtschaftstheorie" zusprechen.

Studentische AG zur Kritik der Politischen Ökonomie

Seit der Einrichtung des Tutorenprogramms werden in den großen Einführungsveranstaltungen zur VWL und BWL eine Reihe von grundlegenden Fragen und Problemen, insbesondere von gesellschaftlichen und politischen Dimensionen der Ökonomie zumindest aufgeworfen. Die darauf angeblich aufbauenden Veranstaltungen des Grundstudiums gehen dann aber sehr schnell zur Tagesordnung bürgerlicher Detailökonomie über, ohne daß auch nur versucht würde, die vielen offenen Fragen einer Klärung näherzubringen.

Gerade hier, in der Frage nach den gesellschaftlichen Wirkungszusammenhängen ökonomischer Theorie, nach dem Ideologiecharakter ökonomischer Modelle (d. h. der theoretischen Abbildung gesellschaftlicher Realitäten und der interessenspezifischen Auswahl und Formulierung von Fragestellungen) liegen aber die gravierenden Probleme, mit denen sich auseinandersetzen muß, wer verantwortlich Wissenschaft betreiben will.

Um hier die Lücke zu schließen und vor allem um eine repressionsfreie Arbeitsmöglichkeit auf diesem Gebiet bereitzustellen, die sich keinen Verwertungszwängen unterzuordnen hat, veranstaltet die SOHOG in diesem Semester eine AG zur Kritik der Politischen Ökonomie.

Behandelt werden sollen vor allem zwei Themenkomplexe:

1) Lektüre und Diskussion ausgewählter grundlegender Textstellen der bürgerlichen Ökonomie (VWL und BWL)

2) Einführung in Fragestellung und Grundkategorien der marxistischen Kritik der Politischen Ökonomie.

Ebenso wie der universitäre Bildungsbetrieb ist diese Veranstaltung nicht Selbstzweck, nicht einem Bildungsbürgertum verpflichtet. Das bedeutet konkret, daß die in dieser AG zu behandelnden Themenkomplexe nicht abstrahieren können von den aktuellen gesellschaftlichen Konflikten, daß den Studenten die Einsicht vermittelt wird, daß Konflikte im Ausbildungsbereich immer nur begriffen werden können als allgemeingesellschaftliche.

Die AG wendet sich an alle Studenten des Grundstudiums (auch Anfänger) und setzt außer Interesse und Bereitschaft zur Mitarbeit nichts weiter voraus.

SOHOG (Sozialistische Hochschulgruppe Fb-Wiwi)

SOHOG
Giselher Rüdiger
6 Frankfurt 1
Jügelstraße 1 (Studentenhaus), Zi 236,
Tel: 7 98 30 63

SHB/SF
(Sozialistischer Hochschulbund)
Mitgliederversammlung
Club Voltaire, montags 20 Uhr

Spartakus
Walter Luley
6 Frankfurt
Jügelstraße 1, Zi 330

Die SPD vor der Wahl.

Die SPD an der Regierung, das war und ist auch noch der Traum von Millionen deutscher Arbeiter. Die SPD hatte es mit einer hauchdünnen parlamentarischen Mehrheit und einem liberalen Koalitionspartner 1969 geschafft. Sie übernahm die Regierung zu einer Zeit, in der Korrekturen der bisherigen Innen- und Außenpolitik notwendig geworden waren und in der die bis dahin regierende CDU sich als unfähig erwiesen hatte, das staatliche Steuerungs- und Krisenmanagement jenen Ansprüchen anzupassen, die die herrschenden Kapitalfraktionen an den Staat stellten. Mit einer Politik der Reformen sollte ein Modernitätsrückstand aufgeholt werden, der bereits zu einer bedrohlichen Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche geführt hatte. Außenpolitische Frontbegradigungen sollten dem deutschen Kapital Märkte eröffnen, auf die nicht länger verzichtet werden konnte.

Die bis 1969 regierende CDU, die über zwanzig Jahre schon die politische und ideologische Stabilität garantierte, hatte sich so sehr in die Legitimation des bisher Bestehenden verstrickt, daß es ihr unmöglich war, sich an die veränderten Bedingungen und Anforderungen nach der Restaurationsphase sofort und reibungslos anzupassen.

Die katastrophalen Verhältnisse an Schulen und Universitäten, in den Krankenhäusern, auf dem Wohnungsmarkt, die ungleiche Einkommens- und Vermögensentwicklung, die fortschreitende Verarmung der Städte und Gemeinden und die damit verbundene sprunghafte Verteuerung kommunaler Dienstleistungen, die Zerstörung der Lebensbedingungen durch eine anarchistische kapitalistische Produktion schienen nur mit dem sozialdemokratischen Programm überwindbar. Noch vor dem offenen Aufbrechen einer das gesamte System erschütternden Krise erhielt die SPD 1969 eine Chance und zugleich die Aufgabe, jene Schäden zu reparieren, die in der Phase der Stabilisierung des westdeutschen Kapitalismus entstanden waren.

Die SPD sollte die politischen Entscheidungen durchsetzen, durch die das Aufholen des Rückstandes der Produktivkräfte unterstützt und die an einigen Stellen brüchig gewordenen Massenloyalität wieder gesichert werden sollte.

Es kann nicht übersehen werden, daß der allergrößte Teil der westdeutschen Arbeiterklasse diesen Wahlerfolg und die Bildung der Regierung Brandt/Scheel auch als ihren politischen Erfolg angesehen hatte. Wer daran Zweifel hegte, mußte sich spätestens durch die spontanen Aktionen in den Tagen des von der CDU/CSU geplanten kalten Staatsstreichs auf dem Wege des konstruktiven Mißtrauensvotums eines Besseren belehren lassen. Für diese Regierung wurden bei jeder Tarifauseinandersetzung Opfer gebracht, die Ostpolitik dieser Regierung fand in der Arbeiterschaft Unterstützung, die persönliche Integrität des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers ermöglichte wieder eine Identifikation mit der Partei-Führung.

Selbst wenn diese Regierung nicht an korrumpierten und korrumpierbaren Abgeordneten gescheitert wäre, hätte sie die Unmöglichkeit, ihre Versprechungen einlösen zu können, eingestehen müssen. Die bescheidenen Ansätze einer Steuerreform und Reform des Bodenrechts stießen auf so massive Widerstände, daß letztlich nur noch dort reformiert werden konnte, wo alles beim Alten blieb. Die Arbeiterschaft konnte mit dieser sozialdemokratischen Reformpolitik am Beispiel des geänderten Betriebsverfassungsgesetzes ihre eigenen Erfahrungen machen. Sogar Forderungen der Gewerkschaften, die selbst noch nicht einmal Grenzen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse im Betrieb überschritten, blieben bei dieser „Reform der Betriebsverfassung" auf der Strecke. Das neue Gesetz hält ebenso wie das alte von 1952 an der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat und an der betrieblichen Friedenspflicht fest. Die Ausweitung der Rechte des Betriebsrates und der Individualrechte des Arbeiters ändern nichts an den Regeln, unter denen der Interessengegensatz im Betrieb ausgetragen werden kann. An keinem anderen Beispiel läßt sich der Charakter sozialdemokratischer Reformpolitik für die Arbeiterschaft so klar erkennen wie an diesem Gesetz. Das langwierige Feilschen um klägliche Änderungen einzelner Paragraphen offenbarte darüberhinaus, wo dieser Politik objektive Grenzen gesetzt sind.

Die SPD konnte der Massenloyalität der Arbeiterschaft sicher sein, so lange sie als Oppositionspartei nur ein scheinbar den Interessen der Arbeiterschaft entsprechendes Programm zu vertreten hatte und dieses Programm für unterschiedliche Interpretationen freien Raum ließ. Sowohl sozialistische Arbeiter als auch jene, die sich mit der bestehenden Wirtschaftsordnung identifizierten, konnten von dieser SPD erwarten, daß durch eine sozialdemokratische Regierung gerade so viel anders werden würde, wie sie für notwendig hielten. Da die Partei darauf angewiesen war, sich für einen Wahlerfolg die Loyalität und die politischen Erwartungen ganz unterschiedlicher politischer Richtungen zu erhalten, konnte ihr nicht daran gelegen sein, Widersprüche des sozialdemokratischen Programms zu klären. Sie mußte sogar daran interessiert sein, „linke" Interpretationen ihrer eigenen Strategie bzw. die Diskussion einer „linken" Strategie auf dem Boden ihres Programms zuzulassen, um auch jene Kräfte noch an die SPD zu binden, die Sozialisten sein wollten, sich aber aus den unterschiedlichsten Gründen zu einer sozialistischen Alternative zur SPD nicht durchringen konn-

ten .Die „Linken" in der SPD erfüllten daher für die SPD eine wichtige Funktion: Sie integrierten ein politisches Potential, das auf Möglichkeiten einer sozialistischen Politik wartete und das von diesen „Linken" auf Veränderungen in dieser Partei vertröstet werden konnte. Sich selbst gegenüber rechtfertigte sich diese „Linke" mit der fehlenden Alternative. Daß es ihre Aufgabe war, eine solche auch zu verhindern, mußte von ihr solange geleugnet werden, als ihnen die SPD erlaubte, sich in dieser Partei zu organisieren und in ihr politisch tätig zu werden.

Hat die SPD als Oppositionspartei sich die Massenloyalität der Arbeiterschaft erhalten können und – weil sie selbst darauf angewiesen war – den „Linken" in der SPD zu ihrer politischen Lebenslüge verholfen, so wird das Verhältnis zwischen SPD und der Arbeiterschaft in dem Umfange von irrationalen Bindungen befreit, als sich durch die Erfahrung mit sozialdemokratischer Reformpolitik der objektive Interessengegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und dieser Politik offenbart.

Das bisher blinde Vertrauen, es werde anders, wenn die SPD einmal an der Regierung sei, ist bereits bei einem großen Teil der Arbeiterschaft geschwunden. Der Erfahrung, daß nichts anders werden konnte, wird die Erkenntnis folgen müssen, warum sich durch sozialdemokratische Politik an den kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen nichts ändern kann. Zu dieser Erkenntnis wird die Arbeiterschaft nicht fortschreiten können, wenn die SPD in der Opposition die alten Illusionen wieder aufrechterhalten kann, von denen sie über Jahrzehnte hinweg gelebt hat. Die Arbeiterschaft muß die Möglichkeit haben, aus der Erfahrung mit sozialdemokratischer Politik zu lernen, um Erwartungshaltungen überwinden zu können, die diese Arbeiterschaft in einer irrationalen Abhängigkeit an die SPD gebunden haben. Es hilft einer sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik wenig, wenn in einer theoretischen Diskussion der Charakter der SPD analysiert wird, diese Analysen sich jedoch mit einem politischen Lernprozeß der Arbeiterschaft nicht verbinden lassen.

Der Charakter sozialdemokratischer Politik muß von der Arbeiterschaft in einer von ihr selbst durchgehaltenen Auseinandersetzung mit der SPD erkannt werden. Diese Auseinandersetzung beginnt bereits mit einer politischen Begründung für die Wahl der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen: Wer nicht mehr SPD wählt, weil er sie schon immer gewählt hat und die SPD eben „seine Partei" ist, sondern weil eine Strauß-Barzel-Regierung verhindert werden soll, hat bereits einen ersten Schritt aus dieser irrationalen Abhängigkeit getan. Wer SPD wählen kann, weil das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik ihn dazu zwingt, und wer sich durch seine Wahlentscheidung nicht mehr mit jener Partei identifiziert, die er gewählt hat, der hat zu den bürgerlichen Parteien dieses parlamentarischen Systems bereits ein taktisch begründetes Verhältnis gefunden. Diese Taktik kann aber nur in einer Strategie begründet werden, deren Schwerpunkt in der Reorganisierung der Arbeiterbewegung an den Erfahrungen im Klassenkampf liegt.

Edgar Weick

Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag
Zwei Verlage - eine neue Taschenbuchreihe

Literatur- und Sprachwissenschaft

Žmegač, Viktor (Hg.)
Methoden der deutschen Literaturwissenschaft
336 Seiten, DM 9.80 (FAT 2001)*

Žmegač, Viktor (Hg.)
Marxistische Literaturkritik
304 Seiten, DM 12.80 (FAT 2002)*

Hauff, Jürgen / Heller, Albert / Hüppauf, Bernd / Köhn, Lothar / Philippi, Klaus-Peter
Methodendiskussion – Arbeitsbuch zur Literaturwissenschaft
Band 1, 192 Seiten, DM 7.80 (FAT 2003)*
Band 2: 244 Seiten, DM 8.80 (FAT 2004)*

Wellek, René / Warren, Austin
Theorie der Literatur
Neu herausgegeben und übersetzt von Edgar Lohner
408 Seiten, DM 8.80 (FAT 2005)*

Bünting, Karl-Dieter
Einführung in die Linguistik
ca. 216 Seiten, ca. DM 8.80
Oktober 1972 (FAT 2011)*

Fabian, Bernhard (Hg.)
Ein anglistischer Grundkurs
ca. 300 Seiten, ca. DM 9.80
Oktober 1972 (FAT 2012)*

Dittmar, Norbert
Soziolinguistik –
Ein Forschungsbericht mit kommentierter Bibliographie
ca. 250 Seiten, ca. DM 8.80
Oktober 1972 (FAT 2013)*

Klein, Wolfgang / Wunderlich, Dieter (Hg.)
Aspekte der Soziolinguistik
ca. 320 Seiten, ca. DM 9.80
November 1972 (FAT 2017)*

Erziehungswissenschaft

Kadelbach, Gerd (Hg.)
Bildungsfragen der Gegenwart – Kritiken, Modelle, Alternativen
ca. 250 Seiten, ca. DM 8.80 (FAT 3001)*
Dezember 1972

Sozialwissenschaften

Ritsert, Jürgen
Inhaltsanalyse und Ideologiekritik – Ein Versuch über kritische Sozialforschung
120 Seiten, DM 6.80 (FAT 4001)*

Lautmann, Rüdiger
Justiz – die stille Gewalt. Teilnehmende Beobachtung und entscheidungssoziologische Analyse
208 Seiten, DM 7.80 (FAT 4002)*

Horkheimer, Max
Sozialphilosophische Studien
Herausgegeben von Werner Brede
214 Seiten, DM 7.80 (FAT 4003)

Horkheimer, Max
Gesellschaft im Übergang
Herausgegeben von Werner Brede
ca. 174 Seiten, ca. DM 7.80
Oktober 1972 (FAT 4004)

Wirtschaftswissenschaft

Bress, Ludwig / Hensel, Karl Paul u.a.
Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment – Plan oder Markt?
ca. 300 Seiten, ca. DM 10.80
Oktober 1972 (FAT 5002)*

Neumark, Fritz (Hg.)
David Ricardo – Grundlagen der politischen Ökonomie und der Besteuerung
ca. 304 Seiten, ca. DM 12.80
November 1972 (FAT 5003)

Rechtswissenschaft

Reich, Norbert (Hg.)
Marxistische und sozialistische Rechtstheorie
208 Seiten, DM 9.80 (FAT 6002)*

von Münch, Ingo (Hg.)
Kommentar zum Grundgesetz
2 Bände
Band 1, ca. 400 Seiten, ca. DM 14.80,
Oktober 1972 (FAT 6003)*
Band 2, in Vorbereitung für 1973

Das Programm ist systematisch auf einzelne Fachdisziplinen ausgerichtet und wird in diesem Rahmen von anerkannten Wissenschaftlern – unter anderem den Professoren Badura, Blankertz, Briegleb, Dröge, Holzkamp, Horn, Janggl, Kambartel, Krippendorf, Krüger, Kübler, Leponies, Lorenz, Mollenhauer, Mittelstraß, Narr, Nasehold, Offe, Ritsert, Rüthers, Schwanenberg, Thiel und Wulff – als Beirat betreut.

Bitte fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an.

*Die Titel, die mit einem Stern gekennzeichnet sind erscheinen im Athenäum Verlag, Frankfurt, in einer Leinenausgabe.

Alle Bände (außer FAT 4003/4 und 5003) erscheinen gleichzeitig im Athenäum Verlag, Frankfurt, in einer Leinenausgabe.

Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag
6 Frankfurt am Main
Mainzer Landstr. 10-12
Postfach 2829

CIA-Putsch in Marokko

Als am 16. August der Putschversuch marokkanischer Militärs gegen König Hassan II, der zweite innerhalb von 13 Monaten, scheiterte, setzte sich nach der ersten Welle von Spekulationen über Urheber und Hintergründe dieses Komplotts in der Weltöffentlichkeit rasch eine Interpretation durch, die auf den ersten, oberflächlichen Blick einzuleuchten schien: ein Machtkampf rivalisierender Gruppen der marokkanischen Streitkräfte, wie gehabt, ein Konflikt also ohne weiterreichende internationale Bedeutung? Als die dreistrahlige Boeing 727, mit der Hassan von einem Frankreich- vier Jagdbombern des Typs Northrop F-5A vier Jagdbombern des Typs Nothorp F-5A der marokkanischen Luftwaffe, die sich beim Einfliegen der königlichen Maschine in den marokkanischen Luftraum in die Eskorte eingereiht hatten, angegriffen und mit Maschinengewehren und Bordraketen beschossen wird, scheint zunächst nicht einmal Oufkir Ziel und Urheber dieses Putsches zu kennen. Hassan überlebt, angeblich weil er geistesgegenwärtig die „Rebellen" überlistet hat.

Die anschließenden offiziellen marokkanischen Stellungnahmen zum Ablauf des Putschversuchs bleiben lückenhaft, die Interpretationsversuche widersprüchlich. Die Putschisten vermutet man zunächst in den Reihen progressiver Militärs. Diese Version wird fragwürdig, als Oufkirs Tod bekannt wird, wobei es für die Interpretation des Putschs keine Rolle spielt, ob Oufkir Selbstmord beging oder liquidiert wurde. Die „Enthüllungen des Königs" über Kontakte reaktionärer Luftwaffenoffiziere mit der links-demokratischen Opposition, die zur gemeinsamen Verschwörung geführt hätten, werden trotz heftiger Dementis von Oppositionspolitikern im Exil von der Weltpresse mit dem Hinweis auf eine Entfremdung zwischen Oufkir und Hassan und Oufkirs Einflußnahme auf „milde" Urteile für die Verschwörer des Vorjahres (die Massenexekutionen werden nicht mehr erwähnt) unterstützt. Immerhin gab es eine Reihe von Anzeichen und Reaktionen, die dieser Version Glaubwürdigkeit verliehen.

Die USA registrierten das Mißlingen des Putsches „mit Erleichterung". Französische Regierungssprecher und der jordanische Kön giHussein überschütteten Hassan mit Glückwünschen zum überstandenen Attentat und verurteilten das Komplott als „kriminelles Unterfangen". Radio Tripolis dagegen lobte „den mutigen revolutionären Versuch der Offiziere, ein reaktionäres Regime zu Fall zu bringen", und forderte die marokkanische Bevölkerung auf, sich gegen Tyrannei, Ignoranz und Sklaverei zu erheben. Und die libysche Regierung wertete die Auslieferung von zwei nach Gibraltar geflohenen Putschoffizieren durch die britische Regierung als weiteren „Verrat am arabischen Volk".

Ein Putsch vonseiten progressiver Militärs schien also niemanden sonderlich zu überraschen, nicht einmal die marokkanische Opposition. In der offiziellen Stellungnahme der Unfp (Union nationale des forces populaires), die allerdings so allgemein formuliert war, daß sie die Möglichkeit eines Gegenputsches nicht ausschloß, hieß es: „Die absolute Macht, die sich auf einen Apparat zur Repression und zur Verfälschung des Volkswillens stützt, ist einzig und allein für die gegenwärtige Lage verantwortlich, sowie alle blutigen Erschütterungen, die sie mit sich gebracht hat."

In der bürgerlichen Presse Westeuropas dominiert die Version vom machthungrigen Oufkir, der – hoch ausgezeichnet in der französischen Kolonialarmee in Indochina, Vertrauensmann der Franzosen vor der marokkanischen Unabhängigkeit 1956 –, in der neuen marokkanischen Armee nach der Unabhängigkeit, in welche zunächst vorwiegend Offiziere und Soldaten aufgenommen wurden, die in der Kolonialarmee sowie in Francos faschistischen Truppen gedient hatten, den Anschein eines „unpolitischen" Militärs mit absoluter Loyalität seinem jeweiligen Herren gegenüber erweckt, nachdem er mehrere Volksaufstände blutig niedergeschlagen hatte, zum obersten Polizeichef, später Verteidigungsminister und Armeechef avancierte. Dieser Oufkir, der „starke Mann" Marokkos, plante „alle Macht an sich zu reißen" (Zeit 25. 8. 72)? Etwa weil Hassan nach dem Putsch von Shkirat im Juli 1971, als er Oufkir zum Verteidigungsminister und neuen Armeechef machte, die Befehlsgewalt über die Polizei, die Oufkir behalten wollte, einem Zivilisten übertrug (Spiegel, 35, 72)? Und dies, indem er progressive Militärs für seine Ziele einspannte? Die bürgerliche Presse brauchte jetzt nur noch deren Motive zu erläutern – daß nämlich die stagnierende bzw. seit Jahren sogar rückläufige Entwicklung Marokkos jenen arabischen Offizieren unerträglich wurde, denen die „Frage des Fortschritts ... näher zu liegen (pflegt) als jene der zivilen Freiheiten" (NZZ 15. 9. 72), daß sie „in Hassan und seinem Regierungsstil das Haupthindernis für ein besseres Vorankommen des Landes gesehen haben" (ebd.) – und das Bild von der Verschwörung von Links- und Rechtsradikalen scheint zu stimmen. Der Hinweis auf den „Gesamtrahmen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage" eines Landes mag als Erklärung eines Putsches einleuchten, die Frage nach den Urhebern erklärt er jedoch nicht.

In Marokko selbst dagegen mochte man die Version vom rein innenpolitisch motivierten Putsch nicht so recht glauben. L'Opinion, die Zeitung der nationalistischen Istiqulal-Partei, berichtete über die Anwesenheit von amerikanischen Zerstörern im Hafen von Casablanca während beider Putschversuche; die Zeitung wurde beschlagnahmt, als sie weitere Einzelheiten über die Hintergründe des Anschlags veröffentlichte.

Kaum jemand in Marokko konnte auch glauben, daß die amerikanische Militärmission auf dem Luftwaffenstützpunkt Kénitra, wo die Flugzeuge der Putschisten gestartet waren, die ungewöhnlich umfangreiche Ausrüstung der Jagdflugzeuge mit Zusatztanks und Raketen nicht bemerkt haben. (In Kénitra befindet sich der letzte US-Stützpunkt am Nordrand Afrikas. Die Zahl der hier stationierten amerikanischen Militärberater wird mit zwischen 430 und 900 angegeben.) Die europäische Presse jedoch weist Vermutungen über eine amerikanische Putsch-Beteiligung zurück: „Warum sollte Amerika am Sturz eines Regimes interessiert sein, das es in den letzten fünfzehn Jahren mit über zwei Milliarden Mark unterstützt hat?" (Zeit 25. 8. 72) Und Frankreichs Investitionen in der ehemaligen Kolonie sind drei Milliarden Dollar wert (Spiegel, 35/72). Laut US -News and World-Report haben „die USA und andere westliche Mächte ... ein vitales Interesse daran, daß der Monarch seine feste Herrschaft über das Land behält."

Die marokkanische Krise

Hatte Hassan die Herrschaft über Marokko jedoch noch fest in der Hand? In der Antwort auf diese Frage liegt der Schlüssel für die Erklärung des Putsches, dessen Vorbereitungen schon unmittelbar nach dem mißlungenen Staatsstreich des Vorjahres begannen, dessen Plan aber weit älter war. Es gibt auch zahlreiche Hinweise dafür, daß die amerikanische Beteiligung weit über eine stillschweigende Billigung hinausging, daß die USA seit Ende 1970, genauer seit der Ernennung des jetzigen US-Botschafters in Marokko, Rockwell, den Umsturzplan sogar aktiv unterstützt haben. Rockwells Vorgänger dagegen hatte jahrelang ein Marokkobild gefördert, das mit der Realität herzlich wenig zu tun hatte. Die Mehrzahl seiner Berichte nach Washington priesen die „ungeheure Beliebtheit des Königs", den „unbestreitbaren Erfolg seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik" und vor allem dessen „unerschütterliche Loyalität gegenüber den Idealen der freien Welt". Dieser Botschafter, Intimfreund der königlichen Familie, hatte sich durch Einschaltung der Familie seiner Frau durch Schiebung und Schmuggel derartig bereichern können, daß eine Veränderung in Marokko und die Entmachtung des Königs seinem persönlichen Interesse widersprach. Rockwell dagegen erfaßte schnell die wirklichen Zustände. Ergebnis: Die Lage war alarmierend. Das Ansehen des Königshauses hatte sein niedrigstes Niveau erreicht, die Korruption war derart verbreitet, daß sie selbst die Mitglieder der Königsfamilie erfaßt hatte. Es gab eine Million Arbeitslose, 80 Prozent Analphabeten und keinerlei Ausbildungsmöglichkeiten für 3 Millionen schulpflichtige Kinder. Die Perspektiven des Landes aber waren noch alarmierender als seine gegenwärtige Situation.

Die Arbeiter und Arbeitslosen in den

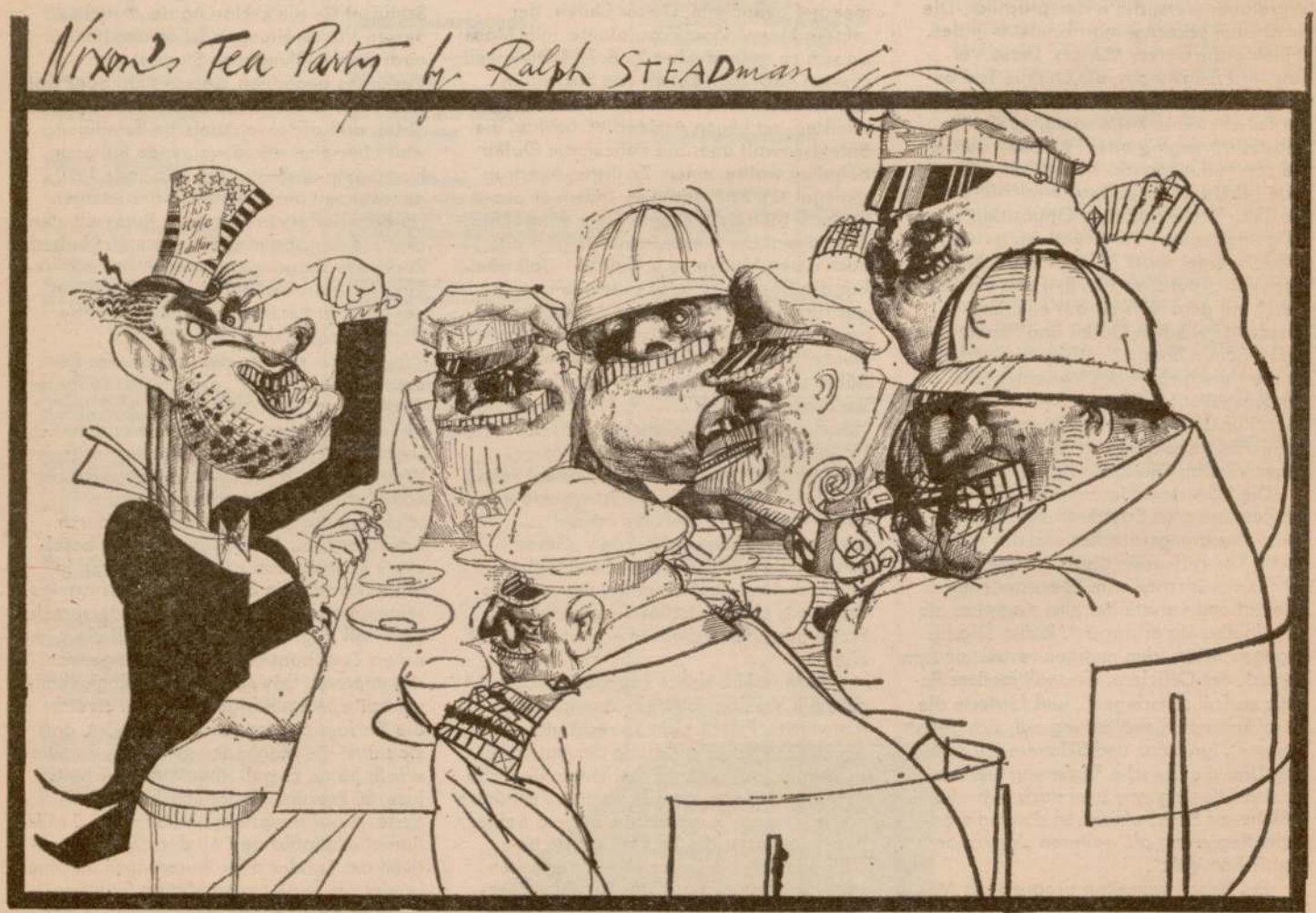
Städten, die Studenten und Schüler, die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere, die Tausenden aus Europa heimkehrenden Arbeitsemigranten, die einstigen Kämpfer für die Unabhängigkeit, hatten längst das herkömmliche Bewußtsein, nach dem man dem „Sultan" die Treue hält, das höchstens noch rudimentäre Bedeutung in bäuerlichen Gebieten hat, überwunden. Mehrere Volksaufstände waren in der Vergangenheit von der Armee niedergeschlagen worden, die Opposition war durch Säuberungsaktionen, Massenprozesse und die Ermordung und Verhaftung ihrer wichtigsten Führer geschwächt worden. Die Arbeitslosigkeit nimmt in den Städten rapide zu und wird nach einer Schätzung des Nouvel Observateur bis 1985 die Zwei-Millionen-Grenze überschritten haben. Die Verelendung der Massen in den Städten nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Dabei verbrauchen die 3,5 Millionen Stadtbewohner 25 Prozent des Nationalprodukts. Aber auf dem Lande ist die Situation weit schlimmer: 11 Millionen Bauern müssen 20 Prozent des Nationaleinkommens unter sich teilen. Dagegen entfallen 50 Prozent auf die wenigen dem Regime nahestehenden Familien, die Unternehmer sowie die im Lande lebenden Ausländer. Das bedeutet, daß bei einem theoretischen Pro-Kopf-Einkommen von 9000 frz. Franken einige hunderttausend Personen durchschnittlich im Jahr 70 000 Franken, die 11 Millionen Bauern (unter Einrechnung des Eigenverbrauchs) höchstens 4000 Franken verdienen, und dies bei permanent steigenden Preisen und seit 1962 nahezu konstant gebliebenen Löhnen. Die Auswirkungen sind bereits in Statistiken ablesbar. Laut Nouvel Observateur hat trotz des Bevölkerungswachstums von jährlich 3 Prozent der Verbrauch an Grundnahrungsmitteln und Textilien regelmäßig abgenommen, während der Verbrauch von Benzin, importierten Luxusartikeln und Automobilen vergleichsweise hohe Steigerungsraten aufweist (zit. nach NZZ 19. 5. 1972).

Unter dem Blickwinkel ihrer strategischen Interessen mußte die marokkanische Situation den USA „bedrohlich" erscheinen, zumal die Armee in verschiedene Fraktionen gespalten war und die Rivalitäten jeden Moment als offene Auseinandersetzungen auszubrechen drohten. Für die USA bestand nun das Problem darin, zu verhindern, daß die Macht in Marokko eines Tages in die Hände nasseristisch orientierter Militärs fällt, die sie vom letzten Stützpunkt in Nordafrika nach dem Beispiel Libyens verjagen könnten.

Die in Paris erscheinende Zeitschrift „afriquasie" (Nr. 13/72) hat in einer Untersuchung über Hintergründe und Vorbereitungen des Putsches umfangreiche bisher nicht bekannte Informationen veröffentlicht, von denen hier einige erwähnt werden sollen. Gegenüber einem Korrespondenten dieser Zeitung erklärte ein hoher Pentagon-Offizier: „Es ist lebenswichtig für die strategischen Interessen der USA im westlichen Mittelmeer zu verhindern, daß die politische Macht in die Hände einer pseudo-liberalen Regierung fällt, was in Marokko die Position ultra-nationalistischer Gruppen stärken würde. Was wir brauchen, ist eine starke Regierung. Nach dem letzten Komplott hat der König diese Funktion verloren. Er hat abgewirtschaftet, gleichgültig wie weit er die polizeilichen Repressionen auch treiben mag." (Die Furcht der USA vor einer „pseudo-liberalen Regierung" gründet sich offenbar auf dem Verdacht, daß Hassan den Vorschlägen der Opposition, eine Regierung zu bilden, in der alle politischen Tendenzen entsprechend ihrer Stärke repräsentiert sind [Vgl. L'expres, 3, 9, 72], entgegenkommen könnte.) „afriquasie" berichtet weiter, daß Washington zwecks Verhinderung einer Machtübernahme durch progressive Militärs seit geraumer Zeit reges Interesse an der Kontaktaufnahme mit Offizieren höherer Ränge an den Tag gelegt habe, Offizieren vom Schlage Oufkirs, Medbough, Ababou, Chelouati, Hamon usw., die schon in der Vergangenheit den Beweis ihrer Verbundenheit mit dem Imperialismus erbracht hätten und von denen sich viele ihrer Massenvernichtungsfeldzüge im französiechn Kolonialkrieg in Indochina rühmten.

Nach der Untersuchung von „afriquasie" wurden vor den Komplott die Kontakte zwischen den Amerikanern einerseits mit Oufkir und anderen marokkanischen Militärs andererseits rasch intensiviert. Hier einige Beispiele, die etwas mehr Licht in die Rolle der USA bringen sollen:

– Ein hoher Offizier, gleichzeitig Mitglied des CIA und des NSA (National Security Agency), Spezialist in nordafrikanischen Fragen, der sich vor dem Putsch unter verschiedenen Namen in mehreren arabischen Hauptstädten aufhielt, stand als Unterhändler des Pentagon – unter dem Namen Oberst Johnson – ständig mit Oufkir in Kontakt. Johnsons engster Mitarbeiter, ursprünglich Angehöriger der US-Botschaft in Marokko, ist Mitglied der amerikanischen Botschaft in Paris.



– Einige Tage vor dem Augustkomplott traf ein hoher marokkanischer Luftwaffenoffizier im geheimen Auftrage Oufkirs auf der US-Air-Force-Basis Rota in Spanien u. a. mit Konteradmiral Watson zusammen. Unbestritten ist, daß mit den Amerikanern in Rota ein Abkommen über eine Arbeitsunterbrechung der US-Berater in Kénitra für den 16. August ab 14 Uhr geschlossen wurde.

Hierzu muß man wissen, daß im Gegensatz zur Darstellung der marokkanischen Regierung der Stützpunkt Kénitra vollständig von amerikanischen Streitkräften kontrolliert wird. Obwohl Kénitra nominell marokkanisches Hoheitsgebiet ist, untersteht dieser Stützpunkt, der als Telekommunikationszentrum dient, direkt dem „Strategic Air Command" im spanischen Rota. Und obwohl in Kénitra marokkanische Geschwader von amerikanischen Ausbildern Spezialtraining erhalten, befindet sich die Leitung der Basis einzig und allein in amerikanischen Händen. „Kein Flugzeug kann starten, keine Bewegung ist möglich, ohne daß die USA davon nicht Kenntnis hätten, und kein marokkanischer Pilot darf ohne amerikanischen Kopiloten starten" (Afriquasie, Ne. 13, 1972, S. 11).

– In den drei Monaten, die dem Komplott vorangingen, traf Oufkir seine amerikanischen Partner nacheinander zehnmal, in Rabat, Tetuan, Tanger, Madrid und Paris (obwohl er in Frankreich wegen der Entführung und Ermordnung des im Pariser Exil lebenden marokkanischen Revolutionärs Ben Barka zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war). Oufkir traf den Chef des CIA, Richard Helms, während dessen letzter Europarundreise in der Villa des französischen CIA-Chefagenten. Drei Wochen später, während Hassans Aufenthalt in Frankreich, verhandelte Oufkir mit dem stellvertretenden Direktor des CIA in Straßburg. Ziele und Ergebnisse dieser Unterredung wurden nicht bekannt. Bekannt ist dagegen, daß der CIA die Zahl seiner Agenten in Marokko vor Jahresende zu verdreifachen plante.

– Am frühen Morgen des 17. August, nachdem der nach Gibraltar geflohene Oberst Amakrane ausgesagt hatte und nachdem Oufkirs Tod bekannt geworden war, nachdem die in Kénitra gelandeten Putschoffiziere verhaftet worden waren, verließen in aller Eile fünf amerikanische Flugzeuge den Stützpunkt, an Bord sieben US-Offiziere, unter ihnen Oufkirs langjähriger Intimfreund und Kommandant von Kénitra, sowie acht israelische Offiziere. Daß israelische Offiziere in amerikanischer Uniform in Kénitra ausgebildet wurden, ist seit Jahren ein offenes Geheimnis.

Die Rolle der US-Allierten

Wenn also die USA mit Sicherheit direkt das Komplott unterstützt haben, so bedeutet das nicht, daß nicht auch andere Staaten ein vitales Interesse an Hassans Sturz durch die proimperialistisch orientierte Fraktion der Militärs hatten. Für Israel ist Marokko ein Verbündeter, solange es sich dem Widerstand der arabischen Staaten gegen die zionistische Expansionspolitik fernhielt. Vieles deutet sogar auf eine enge Kollaboration mit den Militärs um Oufkir hin. Oufkir soll sich nicht selten seiner ausgezeichneten Beziehungen zum israelischen Geheimdienst gebrüstet haben, den er nicht zu Unrecht für einen der bestorganisiertesten der Welt hält, und der ihn „als einzigen Araber seit dem Vorabend der israelischen Aggression vom Juni 1967 über sämtliche Pläne und Vorhaben informiere" (afriquaisie, S. 12). Hassan, der diese Kontakte kannte, hat, obwohl er wissen mußte, daß Oufkir seinerseits Informationen an Israel lieferte, auch nicht das geringste dagegen unternommen. Vieles spricht dafür, daß diese Geheimkontakte es bisher verhindert haben, daß in Marokko die Opposition die Macht übernehmen konnte. Die Opposition war immerhin so stark, daß bei den Wahlen von 1963 die königstreue Front de Défense des Institutions Constitutionnelles trotz Wahlmanipulationen nur 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte (Vgl. Ben Barka, Revol. Alternative, S. 15). Außer Israel sind alle westeuropäischen Staaten um die Aufrechterhaltung der Kontrolle im Mittelmeer und an der Verteidigung ihrer Interessen gegen nationalistische Tendenzen in den arabischen Mittelmeerländern interessiert, von denen zumindest einige wegen ihres Ölreichtums lebenswichtig für das Funktionieren der Wirtschaft und die Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft Europas sind. Die entscheidende Bedeutung, die dabei den Stützpunkten – den Luftlande-, Marine-, Raketen- und Spionagebasen – als direktem militärischem Druchmittel für die Verteidigung politischer und ökonomischer Interessen zukommt, läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, zu welchen Mitteln des politischen, ökonomischen und diplomatischen Drucks bis hin zur Drohung direkter militärischer Interventionen die Großmächte immer dann gegriffen haben, wenn strategische Interessen in Gefahr gerieten, wobei sie neuerdings den präventiven Maßnahmen den Vorrang zu geben scheinen (z .B. die Machtergreifung faschistischer Diktaturen durch Intervention des CIA, die massive finanzielle Unterstützung, die die USA, deren Verbündete, wie auch die scheinbar unpolitischen supranationalen Institutionen wie die Weltbank nach Griechenland und der Türkei pumpten, das diplomatische Gerangel um Malta usw.).

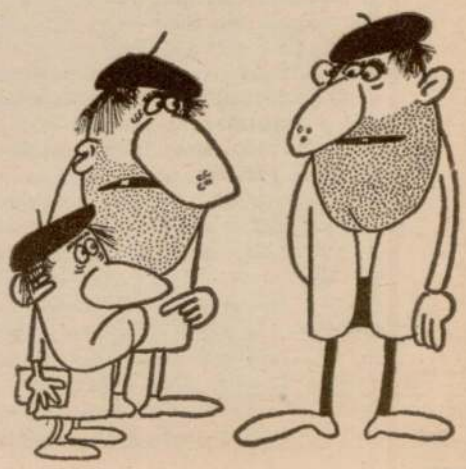
Für die USA und die NATO sind politisch „stabile" Verhältnisse in Marokko die Bedingung für die Aufrechterhaltung ihrer Positionen im westlichen Mittelmeer. Frankreich geht es auch um die Sicherung seiner umfangreichen Investitionen in der ehemaligen Kolonie, vor allem auch seit französisches Kapital in Algerien nach und nach seinen dominierenden Einfluß an die USA und andere europäische Staaten verliert. Und seit nach dem gescheiterten Militärputsch von Shkirat die Säulen der marokkanischen Monarchie immer brüchiger werden, seit es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann das Militär die Macht übernimmt, und seit die USA – kaum übersehbar – zu den besten Verbündeten der reaktionären Offiziere wurden, fürchtet Frankreich, nun auch aus der letzten Bastion seines ehemaligen Kolonialreichs verdrängt zu werden. Deshalb hatten führende Militär- und Wirtschaftskreise mit Oufkir längst ihren Frieden gemacht.

Auch auf Spaniens Unterstützung konnte Oufkir rechnen, da Spanien an einem Arrangement wegen der Spanischen Sahara, einer der letzten Besitzungen aus der Kolonialzeit, interessiert ist. Wegen der umfangreichen Phosphatvorkommen haben in der Vergangenheit sowohl Marokko als auch Mauretanien Ansprüche auf das Land geltend gemacht. „Afriquasie" berichtet, daß Oufkir dem spanischen Innenminister ein Entgegenkommen Marokkos und die Neutralisierung Mauretaniens für den Fall seiner alleinigen Entscheidungsbefugnis versprochen habe.

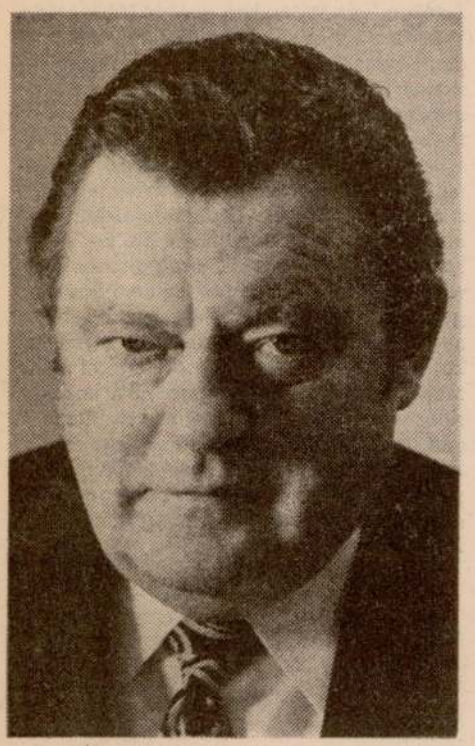
Auch die portugiesische Regierung unterhielt permanent enge Kontakte zu Oufkir, versorgte ihn – aufgrund der NATO-Zugehörigkeit Portugals – mit den wertvollsten Informationen über die internationale Entwicklung und hat wohl auch als Zuträger von Wünschen der NATO fungiert. Während die Wahl Hassans zum Präsidenten der OAU die Gegner der portugiesischen Beziehungen verbitterte, wurde die Zusammenarbeit Oufkir – P.I.D.E. intensiviert. Vor diesem Hintergrund erscheint der Oufkir-Putsch als ein abgekarteter Handel dieser Länder mit Washington, zumindest wurde er moralisch unterstützt und gewünscht. Was zählt, ist die Erhaltung des Schutzes der strategischen und wirtschaftlichen Interessen, zu dem das abgewirtschaftete Regime Hassans mit seinem florentinischen Hof, das bis ins Tiefste korrumpiert und total isoliert ist, nicht mehr taugt. Dies erklärt den Wunsch der imperialistischen Mächte nach einem stabilen und starken Regime, das in der Lage sei, das Volk zu bändigen und seinen Willen nach Veränderung unter der demagogischen Forderung nach Ordnung zu ersticken.

Brigitte Heinrich

Er sagt,
um dieses Theorem
zu beweisen,
muß man versuchen,
die These zu negieren,
oder ad absurdum
zu führen,
was die Negation
der Hypothese
sein könnte
oder die Negation
von etwas ...
was ... Aha.



diskus-Interview:
Dr. h.c. Franz Josef Strauß



Herr Dr. Strauß, Sie haben am 4. 7. 1970 in einer eindrucksvollen Rede eine überzeugende Charakterisierung Ihrer Partei gegeben, wir würden uns freuen, wenn Sie unseren Lesern dies noch einmal verdeutlichen würden:

Wir sind eine Partei, die dem Morgen verschrieben ist, und eine Partei, die eine Sammlungsbewegung zur Rettung unseres Vaterlandes, eine Sammlungsbewegung zur Erhaltung der Freiheit und eine Sammlungsbewegung zur Durchsetzung der europäischen Einigung ist.1

Herr Abgeordneter, Sie sprechen von der Rettung unseres Vaterlandes, wie soll dies ...

Wir wollen kein Haschisch, Porno und lange Haare, sondern eine unternehmerische Leistungsordnung.

Wir werden dafür sorgen, daß in Deutschland Ordnung herrscht, wenn wir wieder an die Regierung kommen.

Warum führt uns Willy Brandt in die Scheiße? Weil er nicht regieren kann, weil er Außenpolitik für ein Fernsehprogramm hält.2

Würden Sie Ihre Kritik an Willy Brandt ein wenig präzisieren!

Ich weigere mich, den Untergang des Deutschen Reiches durch eine Politik des Ausverkaufs ohne Gegenleistung zu besiegeln.3

Ich habe gesagt und wiederhole es hier, man wird bald an den Punkt hinkommen, wo man entweder sagen muß, es geht nicht mehr weiter, wir sind gescheitert mit der Politik, oder wo man, um einen Erfolg in der Optik nach Hause zu bringen, Rechte und Positionen preisgibt, die dann unwiderruflich verloren sind. Das ist jedoch die entscheidende Frage dabei. Diese Regierung muß umkehren oder verschwinden; umkehren oder verschwinden, sage ich, bevor der Punkt erreicht ist, von dem aus es keine Umkehr mehr auf diesem Wege gibt.4

Wie sieht ihre Politik aus?

Adenauer hat durch geschickte Ausnutzung der Situation, durch Nachgiebigkeit, Elastizität, Zähigkeit und durch seine persönliche Autorität erreicht, daß den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands sozusagen zwei Drittel des Sieges über unser Volk wieder allmählich entwunden wurden.8

Wollen Sie damit auch Ihre Hochachtung vor den deutschen Soldaten und der SS ausdrücken?

Wie ich persönlich über die Leistungen der an der Front eingesetzt gewesenen Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen.9

Können Sie noch einmal auf Ihre politischen Konzeptionen z. B. Vermögensverteilung ...

Wenn ich dieses Wort von der Umverteilung des Vermögens höre, dann befürchten wir, daß die unternehmerische Funktion zerstört wird.10

Das ist ein Kernproblem unserer Wirtschaftsordnung?

Die Unternehmerwirtschaft ist das Kernproblem.11

Und die Umverteilung?

Ich halte nichts von einer Umverteilung des bestehenden Vermögens, weil das einen Eingriff in die wirtschaftliche Substanz mit unübersehbaren Erschütterungen bedeutet.12

Sie sind für die Hilfe des Staates, für die Unterstützung der Unternehmerwirtschaft?

Als ich vor kurzem sagte, daß das Verhältnis Staat und Wirtschaft sich ändern müsse, nicht etwa in dem Sinne, daß der Staat die Aufgaben der privaten Wirtschaft zu übernehmen habe, nicht in dem Sinne, daß an Stelle der Marktwirtschaft etwa nunmehr von Beamten ausgeübte Planwirtschaft oder Verwaltungswirtschaft treten solle, aber in dem Sinne, daß der Staat in gewissen Bereichen nunmehr stärkere Hilfestellung oder auch Umstrukturierungshilfe geben muß, da habe ich zunächst heftigste Kritik von seiten der privaten Wirtschaft geerntet, weil man glaubte, also ich sei aus einem Paulus ein Saulus geworden. Aber das Beispiel Kohle zeigt ja, daß in gewissen strukturkritischen Gebieten der Staat ergänzend helfen und organisierend, mitfinanzierend, umwandelnd in Erscheinung treten muß. Dasselbe erweist sich noch stärker auf dem Gebiet der modernen wissenschaftlichen Forschung, der großtechnologischen Entwicklung. Die Privatwirtschaft kann heute im Bereich der Überschalluftfahrt und im Bereich der Raumfahrttechnik aus eigenen Mitteln in keinem europäischen Lande mehr sich finanzieren. Hier muß der Staat eingreifen. Amerika geht uns ja hier mit gutem Beispiel voran.12a

Werden da nicht durch die Hintertür staatliche gegen private Antriebskräfte ausgespielt?

Die bewährten wirtschaftlichen Antriebskräfte liegen vornehmlich im Erfolgsstreben des einzelnen Menschen und des einzelnen Unternehmers. Der Staat darf diese Impulse, deren Auswirkungen nicht nur der gesamten Volkswirtschaft zugute kommen, sondern für die großen Gemeinschaftsaufgaben der Zukunft unentbehrlich sind, nicht hemmen. Andererseits braucht er auch nicht jedes wirtschaftliche Risiko abzusichern, weil sonst ein natürliches Regulativ unwirksam würde. Deshalb wenden wir uns auch gegen die sozialistischen Vorstellungen von Investitionskontrolle oder nichtparlamentarischer Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Denn es ist nicht die Aufgabe des Staates, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit unternehmerischer Entscheidungen zu kontrollieren, besonders wenn man daran denkt, daß der Staat wohl kaum über die Kräfte verfügt, die in

der Lage sind, hier richtigere Entscheidungen zu treffen, als der Unternehmer sie zu treffen hat, der im Gegensatz zum Funktionär oder Beamten mit der Strafe des Untergangs bedroht wird, wenn er nachhaltig falsch disponiert.13

Kann die paritätische Mitbestimmung nicht ähnliche Auswirkungen haben?

Die Einführung der paritätischen Mitbestimmung ist abzulehnen

– weil sie die unternehmerische Entscheidungsfreiheit in untragbarer Weise einschränkt, die unternehmerische Initiative als Antriebskraft der Wirtschaft lähmt, die Investitionsbereitschaft des Kapitals hemmen und damit letztlich auch zu Lasten der Arbeitnehmer gehen würde,

– weil sie ihre Träger bei Entscheidungen mitbestimmen lassen, für die das Risiko allein beim Unternehmer bleibt,

– weil sie die Integration innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hemmen und die deutsche Wirtschaft mit schweren Wettbewerbsnachteilen belasten.

– weil sie dem Arbeitnehmer im Betrieb selbst keine Vorteile bringen und auch keine Arbeitsplätze sichern können,

– weil sie das Gleichgewicht der Kräfte stören,

– weil damit auch die zur politischen Entscheidung berufenen Instanzen von den Gewerkschaften abhängig würden und letzten Endes unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umgestürzt würde.

Die Ausdehnung der Montanmitbestimmung und der Vorschlag der SPD für eine Reform der Unternehmensverfassung sind kein geeigneter Weg für die Fortentwicklung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.14

In der letzten Zeit haben Sie sich auch in sozialpolitischen Fragen von der CDU abgesetzt.

Wir sind unter den gegenwärtigen Umständen gegen die arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung.15

Halten Sie an der Auffassung fest, daß der Krankenkassenversicherte über seinen hohen Beitrag hinaus noch unmittelbar an den Krankheitskosten beteiligt werden soll?

Betrachtet man die im europäischen Vergleich verhältnismäßig lange Verweildauer in deutschen Krankenhäusern, dann muß man Verständnis haben für Überlegungen, den Patienten in maßvoller Weise an den Kosten zu beteiligen.16

Können Sie darüber hinaus einen Abriß der übrigen sozialpolitischen Entwicklung, Ihrer Konzeption, für die Arbeitnehmer geben?

Das ursprüngliche Solidaritätsbewußtsein hat mit zunehmendem Wohlstand seine einigende Kraft verloren. Je mehr sich die Lebens-, Verbrauchs- und Verhaltensgewohnheiten in unserer Gesellschaft angleichen, desto geringer wird der Einfluß von Ideologien. Die moderne gesellschaftliche Entwicklung führt zu einer zunehmenden Aufklärung über die gesellschaftlichen Zusammenhänge, zu einer Entideologisierung und Entsolidarisierung. Diese Entwicklung und der erweiterte Freiheitsraum des Bürgers nach innen und auch nach außen verlangen Konsequenzen in allen Bereichen unserer Gesellschaft.

Fundament dieses erweiterten Freiheitsraumes sind Bildung und Ausbildung, persönliche Vermögen und soziale Sicherheit. Der moderne Wirtschaftsbürger sieht deshalb in seiner Gewerkschaft in erster Linie eine Interessenvertretung, eine Institution, die seine persönlichen Rechte sichern, seinen Lebensstandard erhöhen und seine Position in der Marktwirtschaft stärken soll. Wenn demgegenüber die Gewerkschaftsführer sich verstärkt um Fragen der allgemeinen Politik, der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, der Ostpolitik, der Entwicklungshilfe und um andere Weltprobleme bemühen, so fühlen sich dadurch die arbeitenden Menschen nur am Rande angesprochen. Alle diese Aktivitäten, die von der so häufig beklagten Passivität der Gewerkschaftsmitglieder sicher nicht verringert werden, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gewerkschaftsbewegung in eine Krise zu geraten droht, weil ihr ein modernes, in die Zukunft weisendes gesellschaftspolitisches Leitbild des Arbeitnehmers fehlt. Die Zukunft gehört dem mündigen selbstverantwortlichen Bürger. Neben Bildung und sozialer Sicherheit gehört dazu vor allem Privatvermögen.17

Sie sprechen gerade von der Mündigkeit des selbstverantwortlichen Bürgers, Herr Strauß, bedeutet das aber nicht die Ausdehnung der Mündigkeit auf das was Sie vorhin Unternehmerwirtschaft nannten oder nehmen wir einmal ...

Mehr an Demokratie ist nur dort angebracht, wo die Sache auch eine Demokratisierung zuläßt. Die Verwirklichung der Forderung nach „Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens" muß notwendigerweise dort scheitern, wo sie den Einbruch in Nichtdemokratisierbares bedeutet: nämlich in gesellschaftliche Verhältnisse, die deswegen nicht durch das Majoritätsverfahren geregelt werden können, weil durch sie objektive Werte und Wahrheiten realisiert werden sollen. Was technisch und wirtschaftlich zweckgerecht, wissenschaftlich richtig, schön oder häßlich, sittlich gut, philosophisch wahr, religiös geoffenbart ist, kann nicht durch Abstimmenlassen festgelegt werden. Und die Vermittlung der entsprechenden Erkenntnisse wie die Einleitung von erforderlichen Maßnahmen kann nur die Sache der Wissenden, nicht der Lernenden oder Ausführenden sein. Alles andere wäre Dilettantismus, romantisierte Demokratie.18

Ist nicht aber gerade, diese Ihre Auffassung, selbst stark „bayrisch" geprägt. Sie sagten im Januar 1951 in Bewertung der Haltung von Besatzungstruppen:

„Wir sind kein Experiment für demokratisierwütige Besatzungsoffiziere. In Bayern ist die Demokratie älter als in Amerika die weißen Menschen."19

Bleiben Sie bei diesem außergewöhnlichen „bayrischen" Demokratieverständnis und wodurch erklären sie es?

Bayern hat eine uralte demokratische Tradition. Bei uns hat es immer mehr Privilegien und standesmäßig Denkende gegeben als anderswo. Diese gute Tradition muß auch in einer modernen Massengesellschaft, deren Zusammenleben durch rechtliche und technische Normen mehr denn je geprägt wird, am Leben erhalten und verbessert werden.20

Damit befinden Sie sich offensichtlich nicht in Übereinstimmung mit den Kritikern in der jungen Generation den Studenten, Schülern, Wissenschaftlern ...

Wer bei uns lebt, soll sein Land nicht schlecht machen. Wenn er es hier unerträglich findet, wem es hier nicht paßt, der kann rausgehen aus Deutschland. Es wird sich dann herausstellen, ob es für diese Literaten außerhalb der Bundesrepublik noch ein Land gibt, wo sie mit ihren geistigen, halbgeistigen und ungeistigen Produkten mehr verdienen können als hier.21

Sie sind doch aber nicht grundsätzlich gegen alle Formen nichtparlamentarischer Opposition. Der Bayernkurier befindet sich im außerparlamentarischen Raum ...

Die Unionsparteien würden aber in selbstmörderischer Weise alle ihre stolzen Errungenschaften: die wirtschaftliche Stabilität, die internationale Anerkennung, den Rechtsstaat und die hochgeschätzte, aber nunmehr 24 Jahre behauptete Freiheit des einzelnen aufs Spiel setzen, wenn sie dem Mob der Straße, der auch in Nürnberg sein verfassungsfeindliches Unwesen trieb, eine Chance geben würden. Hier geht es längst nicht mehr um die Ausübung demokratischer Rechte. Im Vergleich zu den wirklichen Methoden und Zielen dieser organisierten Bande politischer Landstreicher ist der Name „Außerparlamentarische Opposition" noch eine erhabene Ehrenbezeichnung. Es ist der kalte berechnende Haß gegen Recht, Gesittung und Ordnung, es ist der Neid der Asozialen, die Zerstörungswut total negativer Elemente, die ihre kriminelle Einstellung zur Gesellschaft mit politischen Motiven tarnen.22 **Diese Personen nützen nicht nur alle Lücken der Paragraphen eines Rechtsstaates aus, sondern benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist, weil diese Gesetze auch bei Rechtsbrechern noch mit Reaktionen rechnen, die der menschlichen Kreatur eigentümlich sind.**23

Herr Strauß, die Menschen sind heute nicht mehr so fromm wie früher, kann nicht aus diesem Grunde ...

Wenn die Menschheit wieder zu einer Bewältigung der Seinsgeheimnisse und zu einem sicheren Daseinsgefühl kommen will, bedarf sie der Religion, auch wenn man ihre heiligen Namen und Begriffe nicht in Tagesauseinandersetzungen verbrauchen oder erschöpfen soll.24

Zu diesen tagespolitischen Auseinandersetzungen gehört auch die Sicherheitspolitik. Zur Stellung der USA-Regierung, der Bundeswehr keine atomaren Sprengkörper zur Verfügung zu stellen, haben Sie 1961 gesagt:

Kein deutscher Kanzler und kein deutscher Außenminister, ganz zu schweigen von jedem Verteidigungsminister, könnte jemals die Tatsache akzeptieren, daß westdeutsche Streitkräfte sich in einer Position schreiender Unterlegenheit gegenüber ihren Alliierten und dem politischen Feind befinden.25

Der Besitz von Atomwaffen ist eine sittliche Aufgabe, um den unsittlichen Gebrauch dieser Waffe auszuschließen.26

Die Strategie der Abschreckung, Herr Strauß, besagt doch ...

Die Strategie der Abschreckung beruht doch auf drei Voraussetzungen:

1. auf dem Besitz der Waffen,

2. auf der Entschlossenheit, sie einzusetzen,

3. auf dem Vorhandensein eines Anlasses, der die Anwendung dieser Waffen mit ihren Unübersehbaren gegenseitigen Folgen vor der eigenen öffentlichen Meinung als berechtigt und die Wahrscheinlichkeit ihrer Anwendung der anderen Seite als plausibel erscheinen läßt.

Wenn eine der drei Voraussetzungen fehlt, hat die Strategie der Abschreckung ihren Sinn und ihren Wert verloren.27

Eine Atombombe ist so viel wert wie eine Brigade und außerdem viel billiger. Wir können uns keine Einschränkung unseres Lebensstandards und unseres Exports erlauben. Wir wollen auch nicht auf unseren Raketenanspruch verzichten.28

Ist diese Frage nicht provozierend für die Sowjets?

Allmählich wird schon jeder Säbel als eine Provokation der Sowjets empfunden. Man muß ihn rechtzeitig beseitigen, damit sie sich nicht in ihrem Seelenfrieden gestört fühlen.29

Nun vom Säbel zu den Atomwaffen ist ja ein großer Schritt.

Das ist eine technische Entwicklung.30

Und darum protestierten die Atomwissenschaftler, als sie Regierungsverantwortung trugen.

Wir sind die Adressaten der Petitionen sämtlicher Moralromantiker der Welt geworden, allmählich.31

Wenn Sie die Verantwortung haben, ist das nun mal so.

Ja, wenn wir die Verantwortung haben, können wir nicht auf jeden phantasievollen Astrologen hereinfallen, auf jeden Weltverbesserer.32

Herr Strauß, die Wehrdienstverweigerer, wie man sie nennt ...

Ich bin nicht feige, denn ich bin kein Wehrdienstverweigerer.33

Herr Abgeordneter, militärische Stärke und Militärstrategie ...

Es gibt heute für die militärische Vorbereitung zur Verhinderung eines Krieges nur mehr einen einzigen Fall; das ist der Fall Rot und sonst kein Fall mehr auf der ganzen Welt.34

Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben.35

Unser Hauptgegenspieler und Hauptpartner ist Moskau, und Warschau, Prag, Budapest usw. sind Nebenkriegsschauplätze. Wir sollten natürlich hier mit verschiedenen Bällen spielen, aber uns nicht der Illusion hingeben, wir könnten sozusagen über Nacht und hinter dem Rücken Moskaus die kommunistisch beherrschten Staaten ...36

Sie haben vorhin von Religion und Politik gesprochen, wie ist es mit Kirche und Kaserne?

Wir strapazieren nicht das Wort christlich für die Politik der Verteidigung, aber unser christliches Gewissen gibt uns zum rechten Gebrauch der Macht die Rechtfertigung, damit sich die Menschen bei uns in Freiheit zum Christentum bekennen oder nicht bekennen können.37

Es werden bald Zeiten kommen, wo eine Kaserne genauso wichtig ist wie eine Kirche. Es muß sichergestellt werden, daß in Zukunft das Wort Gottes noch in Freiheit verkündet werden kann.38

Herr Strauß, Sie haben auf die Forderung des RCDS und der Jungen Union Bayerns Ihr „Meinungsmonopol" beim Bayernkurier aufzugeben geantwortet:

„Ich bin die Stimme der Partei. Bringen Sie das Geld mit, dann dürfen Sie auch mitreden."39

Sind Sie auch die Stimme der CDU/CSU?

Jeder hängt von mir ab, der Kanzler werden will. Sie müssen alle fragen: Franz Josef, bist du einverstanden? Dann stelle ich meine Bedingungen für die Politik, die für das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts nötig ist, und davon verstehe ich etwas. Wenn die Verflachung der Politik beginnt, kommt aus den bayrischen Bergen die Rettung.40

Herr Abgeordneter Dr. Franz Josef Strauß, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Alle Aussagen von Strauß liegen nachweislich in direkter Rede vor.

Die Interviewform ist von uns gewählt worden, um die nahtlose Konzeption deutlich zu machen, die unter den scheinbaren „Entgleisungen" eines Politikers steht.

Die Fragen sind frei erfunden.

Daß diese Konzeption die Bundesdeutsche Politik bisher bestimmt hat, ist vielen bisher nicht so bewußt gewesen. Es ist müßig vor dieser Politik, ihre Folgen und ihrer Fortsetzung zu warnen.

Für die Straußaussagen liegen folgende Quellen vor:

1. „heute" des ZDF 4. 7. 70
2. Abendzeitung München 17. 11. 70
3. 11. 2. 70 Vilshofen, Die Welt, Hamburg 12. 2. 70
4. 30. 5. 70 Bonn, Deutsch. Ortdienst, 11. 6. 70
5. 11. 2. 70 Vilshofen, Fernsehen ARD 11. 2. 70
6. CSU-Landesversammlung 3./4. 7. 70 Nürnberg
7. Welt am Sonntag, Hamburg 5. 7. 70
8. CSU-Landesversammlung 8./9. 10. 66
9. „Der Freiwillige", Wattenscheid April 1959
10. Industriekurier, Düsseldorf, 16. 3. 65
11. ebd.
12. Abendzeitung München, 24. 9. 69

12.a RIAS 13. 9. 67

13. CSU-Landesversammlung, Nürnberg 17. 7. 65
14. CSU-Parteitag 13./14. 12. 68, München
15. Industriekurier, Düsseldorf, 16. 3. 65
16. „Die Ersatzkasse" Jg 1966, Hamburg H. 4
17. Welt der Arbeit, Köln 16. 5. 69
18. Bayernkurier, 22. 6. 68
19. 1951 in Plattling, Niederbayern zit. bei T. Dalberg: FJ. Strauß, Gütersloh, 1968, 5. 63
20. Bayernkurier, München 22. 11. 1969
21. Vilshofen 12. 2. 64, Die Welt, Westberlin, 13. 2. 64
22. Bayernkurier, München 19. 7. 69
23. Spiegel, Hamburg 28. 7. 69
24. CSU-Landesversammlung, München 10.–12. 7. 64
25. „Times" London, 6. 10. 61
26. „Das freie Wort", Bonn, 21. 6. 58
27. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 16. 4. 59
28. Spiegel, Hamburg, 10. 10. 62
29. Spiegel, Hamburg, 1. 5. 57
30. ebd.
31. ebd.
32. ebd.
33. A.P.-Meldung, 14. 8. 57
34. 3. Bundestag, Bonn, 20. 3. 58, S. 870
35. 7. 3. 65, Fischessen der CSU, Kurier, Westberlin 9. 3. 65
36. Münchener Merkur, 3. 9. 65
37. Bayernkurier, München 2. 7. 60
38. Vilshofen, FAZ, 16. 2. 61
39. S.Z., 25. 5. 70
40. Westfälische Rundschau, Dortmund 27. 10. 70

(Alle Zitate sind entnommen „Aus Reden und Schriften des FJ. Strauß" – Pahl-Rugenstein-Verlag – Köln 1971 – Wir empfehlen diese umfangreiche Quellensammlung jedem Leser zur Lektüre).

Die drei Widersprüche des chilenischen Prozesses

Der chilenische Prozeß ist wieder einmal Schlagzeilen wert. Wer immer auf sein Scheitern gehofft hat, bereitet schon den Jubelruf vor. Die Lastwagenfahrer streiken, über die meisten Provinzen ist der Ausnahmezustand verhängt, die mittleren und kleinen Händler haben sich der Streikbewegung angeschlossen, ebenso die Ärzte, die christdemokratische Partei hat der Volksfrontregierung den Krieg erklärt und die totale Mobilisierung ihrer Mitglieder in die Wege geleitet(1). Den Hintergrund bilden erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten: eine sehr hohe Inflationsrate, Devisenmangel, Versorgungsschwierigkeiten, Engpässe vor allem in der Agrarproduktion(2). Die Lage wird von den Beobachtern – je nach ihrem Standpunkt – einmal für vielversprechend, häufig für verzweifelt gehalten. Ob das chilenische Experiment seine jetzige Krise überlebt, ist tatsächlich nicht ausgemacht. Jede Analyse hat den Ernst der Lage in Rechnung zu stellen und muß die Hintergründe des Geschehens aufhellen, damit sie über bloße Zahlen und Anekdoten hinausgehende Information vermittelt(3).

Die Vorgeschichte des chilenischen Prozesses ist bekannt(4), seine tatsächliche Entwicklung weniger. Natürlich, man weiß von etlichen Maßnahmen der Regierung der Volkseinheit, kennt einige Statistiken über Produktionssteigerungen und Zunahme der Inflation, weiß vielleicht vom skandalösen Fall des Kupferpreises. Die hinter den Fakten liegende Problematik, von ihnen häufig mehr verhüllt als geklärt, wird nur selten angesprochen. Es läuft ein Prozeß von ungeheurer Komplexität ab, der nicht nur die revolutionäre Phantasie der in ihm Handelnden auf immer neue Proben stellt, sondern auch gar manchen Interpretationsversuch zum Scheitern verurteilt. Die Entwicklung ist im wesentlichen durch drei Widersprüche bestimmt worden. Da ist einmal der Versuch, neue Produktionsverhältnisse aufzubauen und die alten nicht völlig zu zerstören. Der zweite Widerspruch ist der zwischen dem Klassencharakter der politischen Institutionen und den Klassen, die an der Regierung sind und zur Macht drängen. Da ist drittens der Versuch, die Klassen zu versöhnen und dem Kampf zwischen ihnen den Stachel zu nehmen, der das ganze System gefährdet. Die Widersprüche liegen auf verschiedenen Ebenen und stehen in einer engen Interdependenz. Sie befruchten sich gegenseitig und verschärfen dadurch ihre Auswirkungen. Von keinem kann man sagen, daß er die gesamte Entwicklung oder eine ihrer Phasen allein oder vorrangig bestimmt hätte; alle drei sind wichtig.

Aufbau des Sozialismus im Kapitalismus?

Das Programm der Volkseinheit spricht immer nur davon, daß man „mit dem Aufbau des Sozialismus ... beginnen" werde(5), nicht aber von der sofortigen Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Damit ist eine Phasenverschiebung gesetzt, welche den ersten Widerspruch schon in sich birgt; die Wirklichkeit brauchte ihn dann nur noch zu entfalten. Denn diese programmatische Aussage impliziert den Versuch, bestimmte Produktionsverhältnisse aufzubauen, ohne das gesamte Prokrustes-Bett der bestehenden sozioökonomischen Struktur zu zerstören. Einen ersten Schritt stellen die Verstaatlichungen der Regierung der Volkseinheit dar. Es wurden ja nicht nur die im Besitz ausländischer Monopole befindlichen Kupferminen in Staatsbesitz überführt, sondern auch – teilweise sogar vor der Überführung des Kupfers in gesellschaftliches Eigentum – zahlreiche andere Unternehmen, einige davon rein chilenische, andere gemischte, andere rein ausländische(6). Die Gesamtheit der verstaatlichten Betriebe sollte nach den Vorstellungen des Programms der Volkseinheit den vergesellschafteten Bereich der Wirtschaft ausmachen und diese in ihrer Dynamik wesentlich bestimmen. Gleichzeitig wurde das Agrarreform-Gesetz, das aus der vorherigen Administration Frei stammte, nicht nur radikaler, sondern zusätzlich dergestalt angewandt, daß die enteigneten Güter in Kooperativen umgewandelt wurden, in welchen die Arbeiter und Funktionäre der staatlichen Agrarbürokratie sich in die Leitung von Planung, Produktion und Distribution teilten. Der rasche Ankauf der Majorität der Bankaktien, d. h. der Erwerb der Kontrolle über das Bankwesen, durch den Staat war sozusagen ein drittes Element, das als stützendes die Schaffung des vergesellschafteten Sektors der Wirtschaft flankieren und diesem zu Hilfe sein sollte. Wichtig ist allerdings, daß vor allem in der Industrie, aber auch in der Landwirtschaft Unternehmen von Privatkapitalisten bestehenblieben und funktionsfähig erhalten werden sollten.

Die Koexistenz von vergesellschafteten und privatkapitalistischen Unternehmen, selbst wenn letzteren die Rolle des dynamisierenden Faktors zuerkannt wird, hat zumindest zwei gravierende Auswirkungen. Einerseits bedeutet sie die Koexistenz zweier Formen wirtschaftlicher Rationalität: die Kriterien für die Verwendung der erzielten Überschüsse, z. B., können in einem privatkapitalistischen Unternehmen nicht dieselben sein wie in einem vergesellschafteten, das jene Kriterien zumindest tendenziell an einem gesamtgesellschaftlichen Kalkül ausrichten muß(7). Daraus folgen Fehlanpassungen innerhalb des Funktionierens der Wirtschaft, die noch dadurch verstärkt werden, daß die institutionelle Infrastruktur der Ökonomie für eine endgültige Durchsetzung gesamtgesellschaftlich orientierter Rationalität noch nicht ausgebaut war (was seinerseits eng mit dem zweiten Widerspruch zusammenhängt): die Planungs-, Koordinierungs- und Kontrollinstitutionen waren von der Regierung der Volkseinheit vorgefunden worden, entsprachen also den Bedürfnissen der vorherigen rein privatkapitalistischen Struktur(8) und konnten nicht so schnell transformiert werden.

Die zweite Auswirkung betrifft das mit jener Koexistenz mitgesetzte Nebeneinander entgegengesetzter gesellschaftlicher Organisationsformen der Arbeit. Nicht nur die Eigentums-, sondern auch die Formen der Teilhabe der Lohnarbeiter an den innerbetrieblichen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen im Hinblick auf die Gestaltung des Produktionsprozesses und die Verwendung der erwirtschafteten Überschüsse müssen in beiden Wirtschaftssektoren prinzipiell verschieden sein. Das zeigt sich in Chile allemal und allerorten. Die Vermutung ist nicht leichtfertig, daß viele spontane Streikbewegungen in den privatkapitalistischen und manche in den vergesellschafteten Unternehmen in eben diesem Sachverhalt ihren Ursprung haben(9).

Revolution in der Legalität?

Der zweite Widerspruch ist leichter und kürzer zu erklären. Die Klassen- und Parteienkoalition der Volkseinheit übernimmt die Regierung in einem Staat, dessen bürgerlich-demokratische Struktur nicht nur vollkommen intakt ist, sondern die Übernahme der Regierungsgewalt erst ermöglicht hat. Damit ist ein Aktionsrahmen vorgegeben. Dieser beeinträchtigt die Durchsetzung der Interessen jener Klassenkoalition, besonders wenn das Proletariat tatsächlich das eigentliche Rückgrat derselben ausmacht(10). Der Widerspruch ist an der Trennung der Gewalten besonders leicht festzumachen. Die Volkseinheit übernimmt die Exekutive, d. h. sie bemächtigt sich der politischen Kontrolle der staatlichen Bürokratie, und setzt diesen Apparat gemäß ihren Interessen-Zielen ein. Abgesehen davon, daß diese Bürokratie nur in den höchsten Rängen der Volkseinheit ergeben ist(11), ergibt sich noch ein weiteres Problem: Die Ausübung der Exekutivgewalt setzt in einem bürgerlich-demokratischen System voraus, daß bestimmte Spielregeln eingehalten werden. Diese Spielregeln, als System, haben eine bestimmte interne Logik, deren Klassencharakter sich nicht nur

aus der Definition derer ergibt, die sie erlassen haben, sondern in der Essenz des bürgerlichen Staatsapparates selbst angelegt ist. Hinzu kommt, daß die Legislative von der Opposition kontrolliert wird. Die Opposition (die ja nicht bloß politische Opposition, sondern der Klassenfeind ist) kann also durch parlamentarische Intervention die Regierung der Volkseinheit in ihrer Aktion ständig bremsen und zurückpfeifen – davon macht sie reichlich Gebrauch. Überdies verzerrt die Fortdauer der Existenz des Parlaments die internen politischen Perspektiven der Parteien der Volkseinheit ständig: Man konzentriert sich darauf, wie man bei den nächsten Wahlen die parlamentarische Mehrheit bekommt, glaubt, daß man damit dann endlich „schrittweise" die Macht übernehmen könne, und verzichtet auf die Ausarbeitung anderer Strategien für die Machtübernahme(12). Die rechtsprechende Gewalt schließlich enthüllt ihren Klassencharakter täglich eindeutiger, ihre Urteile wollen der Regierung schaden, die von ihr ausgehenden Gesetzesinterpretationen sind eng und lassen keinen Spielraum. Das alles bedeutet, daß die Regierung auf die Zusammenarbeit mit den anderen beiden Gewalten angewiesen ist, weil es so die Verfassung (noch immer) vorsieht. Diese Zusammenarbeit aber hindert sie daran, das zu verwirklichen, was sie ihren Wählern versprochen hat und was zu tun sie für notwendig hält. Den vorgegebenen Aktionsrahmen zu sprengen, wird unter diesen Umständen gerade wegen der Fixierung führender Politiker der Volkseinheit auf ihn fast unmöglich, denn es setzte die parteiinterne und persönliche Zerstörung des „demokratischen Mythos"(13) der chilenischen Gesellschaft voraus. Solange also das gegenwärtige bourgeois-demokratische System besteht, wird der Widerspruch zu den Klassen, die an die Macht drängen, nicht verschwinden können, wird die chilenische Revolution weiter ihren gefährlichen Zick-Zack-Tanz auf dem Seil der ererbten Legalität weiterführen müssen(14).

Der dritte Widerspruch schließlich hat eine seiner Wurzeln in einer theoretischen Ansicht von der Unterentwicklung, welche gerade von der chilenischen Wirklichkeit in ihrer strukturellen Entfaltung tagtäglich widerlegt wird. Es wird angenommen, daß in dieser Phase des Kampfes gegen den Imperialismus und die ihm verbündeten einheimischen herrschenden Klassen eine Koinzidenz der Interessen zwischen (Industrie-, Land- und „Marginal"-) Proletariat und den klein- und mittelbürgerlichen Mittelschichten besteht. Objektiv mag diese Koinzidenz durchaus vorhanden sein, mögen die Mittelschichten vom Imperialismus und von den bisher herrschenden Klassen ähnlich, wenn auch unter Gewährung größerer Privilegien ausgebeutet werden wie das Proletariat. Im Klassenbewußtsein jener Schichten hat sich das gleichwohl nicht niedergeschlagen, ja: sie scheinen immer mehr den Herrschenden auf den Leim zu gehen. Ihr politisches Verhalten wird aber von ihrem Klassenbewußtsein bestimmt. Damit wird die subjektive Interessenverschiedenheit zu einem objektiven Faktor des chilenischen Prozesses und der Versuch, die Mittelklassen mit dem Proletariat zu versöhnen, zum Versuch, das Unversöhnbare in Einklang zu bringen. Die Konfrontation mit den Mittelschichten findet nicht statt, weil sie das Ererbte wie das Geschaffene in Frage stellen, weil zerstören könnte. Sie wird aber in dem Maße notwendig, in dem nur die klare Definition darüber, welche Klasse das Rückgrat der chilenischen Revolution wie konkret ausmacht, das Überleben derselben als solcher garantieren kann.

Natürlich spielen andere Faktoren in der Entwicklung des chilenischen Prozesses eine Rolle. Besonders wichtig ist der totale Krieg, den der Imperialismus der Revolution erklärt hat. Er treibt nicht nur, durch die Hand seiner chilenischen Verbündeten, dauernd aktive Wirtschaftssabotage und kürzt die Kredite in den von ihm beherrschten internationalen Finanz- und Entwicklungsorganisationen, sondern setzt auch ständig seine eigenen legalen Mechanismen und die anderer kapitalistischer Staaten gegen die Revolution ein. Überdies gibt es Hinweise darauf, daß er in seinen Konspirationsversuchen, von denen einer in der sogenannten ITT-Affaire so spektakulär geplatzt ist, munter weitermacht und sich dabei der Militärregime etwa Brasiliens und Boliviens bedient. Großen Einfluß hat auch die sich verschärfende Ungleichheit der „terms of trade", haben auch die wiederholten Währungskrisen, welche eine Wirtschaft, deren unumstrittene Leitwährung bisher der Dollar war (und ist) und deren Devisen- und Währungsreserven fast nur aus US-Dollars bestehen, wesentlich härter treffen als die entwickelten Gesellschaften.

Die interne Dynamik des chilenischen Prozesses scheint mir aber wesentlich durch jene drei Widersprüche gekennzeichnet, ja fast: bestimmt zu sein(15). Sie haben den Klassenkampf so verschärft, daß er zu einer immer größeren Polarisierung der Gesellschaft in politischen Termini geführt hat, also eine Wiederherstellung des prekären Gleichgewichts des ersten halben Jahres der Regierung der Volkseinheit unmöglich macht. Sogar die Faschisierung eines großen Teils der Bourgeoisie und ihrer politischen Organisationen, vor allem der Nationalen Partei und der Bewegung PATRIA Y LIBERTAD (Vaterland und Freiheit), hängen, wenn auch nicht unmittelbar kausal, mit diesen Widersprüchen zusammen. Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, zumindest zu einem erheblichen Teil, eine direkte Folge von ihnen. Den Reformismus der Christdemokraten haben sie als verbalen entlarvt, indem sie seine Angst vor tatsächlich strukturellen Veränderungen aufgedeckt haben, und diese Partei immer mehr in die rechte Ecke getrieben(16). Für einige der Fehler der Parteien und der Regierung der Volkseinheit scheinen sie direkt mitverantwortlich zu sein, vor allem für den, der darin besteht, daß die Organisierung der bisher beherrschten Klasse als Voraussetzung ihrer politisch effektiven Bewußtmachung weitgehend unterlassen worden ist; für andere Fehler – das sollte man der Ehrlichkeit halber hinzufügen – steht dagegen die Tatsache, daß Chile sich in einer einmaligen Situation befand (und noch immer befindet), die gegebenen Modelle zu kopieren nicht erlaubt(e).

Die Perspektiven, vor denen Chile steht, sind heute schwerer auszumachen denn je. Eines scheint sicher: der Bruch der historischen Kontinuität, d. h. ein qualitativ neuer Sprung innerhalb der Entwicklung, ist unabdingbar geworden(17); das wird von einigen Politikern der Volkseinheit offensichtlich auch klar gesehen(18). Das Problem besteht darin, daß das auch ein Sprung zurück werden kann, wenn die Rechte zur Konterrevolution und zum Bürgerkrieg losschlägt. Für die Volkseinheit muß es also wahrscheinlich darum gehen, solchen in der Situation durchaus angelegten Versuchen zuvorzukommen; das könnte etwa durch die Etablierung eines proletarischen Notstandsstaates(19) erreicht werden, der mit der Diktatur des Proletariats nicht identisch ist, weil er bestimmte Institutionen des bourgeoisdemokratischen Staates bewahrt und für sich nutzbar macht (in Chile vor allem die Streitkräfte). Ob das gelingt, werden die nächsten Zeiten zeigen(20).

Heinz Rudolf Sonntag

(*) Der folgende Versuch einer kurzen Analyse ist das Ergebnis zweier Reisen des Verfassers nach Chile im Juni/Juli 1971 und im August 1972. Die zweite wurde mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

(1) Le Monde v. 17/10/1972, S. 1.

(2) Vgl. DER SPIEGEL v. 16/10/1972, S. 128 ff.

(3) Der gerade zitierte Chile-Report des SPIEGEL besorgt das Faktisch-Anekdotische hinreichend.

(4) Vgl. Boris, Dieter, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971; Klaus Eßer, Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut, Reinbek bei Hamburg 1972, und Heinz Rudolf Sonntag, Revolution in Chile. Der schwierige Weg zum Sozialismus, Frankfurt 1972.

(5) Ein Zitat aus dem Programm der Volkseinheit, das in Auszügen bei Sonntag, op. cit., S. 239 ff. abgedruckt ist.

(6) Daß dies mit einem – wenn auch bisher selten benutzten – legalen Instrument aus der Zeit vor der Volkseinheit durchgeführt wurde, beleuchtet den Charakter der Widersprüche in ihrer Gesamtheit und ihr Zusammenwirken.

(7) Eine sehr prinzipielle Diskussion dieser Problematik bietet Charles Bettelheim, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, Berlin 1970.

(8) Die Tatsache, daß der chilenische Staat auch schon vor der Regierung der Volkseinheit eine wichtige Funktion für das wirtschaftliche Leben besaß, (vgl. Sonntag, Interview mit Gonzalo Martner, op. cit., S. 137 ff.), spricht natürlich nicht dagegen, daß es sich um eine „rein" privatkapitalistische Struktur gehandelt hat. Der Staat erfüllte vielmehr gerade die Funktionen, welche für die Aufrechterhaltung der „Reinheit" des Privatkapitalismus notwendig waren.

(9) Aus Platzgründen kann diese Diskussion hier nicht weiter fortgesetzt werden. Die Bedeutung der nur gerade angedeuteten Zusammenhänge liegt auf der Hand.

(10) Das behaupten die Politiker aller wichtiger Parteien der Volkseinheit; vgl. Sonntag, op. cit., Zehn Fragen und die Antworten, S. 206 ff.

(11) Die höheren und mittleren Chargen des Staatsapparates sind noch fest in den Händen der Angehörigen von Oppositionsparteien, die auf jede mögliche Weise Obstruktion betreiben – ein Erbe der spezifisch chilenischen Situation und ein enormes Problem für die Regierung der Volkseinheit.

(12) Verschiedene der Volkseinheit nahestehende (zudem wohlwollende) Kritiker haben diesen Sachverhalt auf die Formel gebracht, daß die Parteien der Regierungskoalition sich noch immer politisch als Oppositionsparteien verhielten. Das verkürzt das Problem zwar etwas, ist aber als Formel nützlich.

(13) Vgl. zu diesem Begriff Sonntag, op. cit., S. 93.

(14) Daß sie diesen bisher mitunter meisterlich durchgestanden hat, kann das Gesagte nicht vom Tisch bringen. Es läßt vielmehr darauf schließen, daß die immer tiefergehende Verschärfung des Klassenkampfes den Tanz unterbricht oder das Seil reißen läßt.

(15) Was selbstverständlich nicht ausschließt, daß sich entweder aus ihnen noch weitere ergeben oder ganz neue herausbilden.

(16) Daß DER SPIEGEL (op. cit., S. 128) die chilenischen Christdemokraten mit der SPD vergleicht, sagt in diesem Sinne allerhand über sein eigenes Selbstverständnis und gar manches über die SPD bzw. ihr Image im SPIEGEL aus.

(17) In diesem Sinne habe ich mich auch selbst zu kritisieren: In meinem Chile-Buch (vgl. Sonntag, op. cit., S. 95 ff.) habe ich noch angenommen, eine Entwicklung ohne Bruch der Kontinuität sei möglich, weil ich die Stabilität und Flexibilität der bestehenden Institutionen überschätzt habe.

(18) Allende selbst spricht ständig davon, daß es in dieser Phase notwendig ist, eine neue politische Verfassung, nämlich die „des Übergangs zum Sozialismus", dem Volk zur Diskussion vorzulegen. Er hat darüber auch schon etliche Andeutungen gemacht. Er scheint sich also bewußt zu sein, daß das Überschreiten des Programms der Volkseinheit nötig werden kann.

(19) Ich benutze diesen Begriff hier ähnlich wie Nicos Poulantzas, Fascisme et Dictature, Paris 1970, S. 13 ff., der ihn allerdings auf den bürgerlichen Staat anwendet, also von „bürgerlichem Notstandsstaat" spricht.

(20) Ich möchte noch einmal darauf bestehen, daß dies ein Versuch ist und der Diskussion dienen will. Überdies wird angenommen, daß die enormen Leistungen der Regierung der Volkseinheit dem Leser bekannt sind.

Die Freiheit. Und die Frische.

Wunderbar.
Wir leben, wie es uns gefällt.
Wir tragen, was uns paßt.
Wir zeigen, was wir haben.
Diese neue, schöne Freiheit stellt uns Frauen mehr als früher vor ein typisch weibliches Problem:
Geruch im Intimbereich.

Mehr können Sie für Ihre Frische nicht tun.

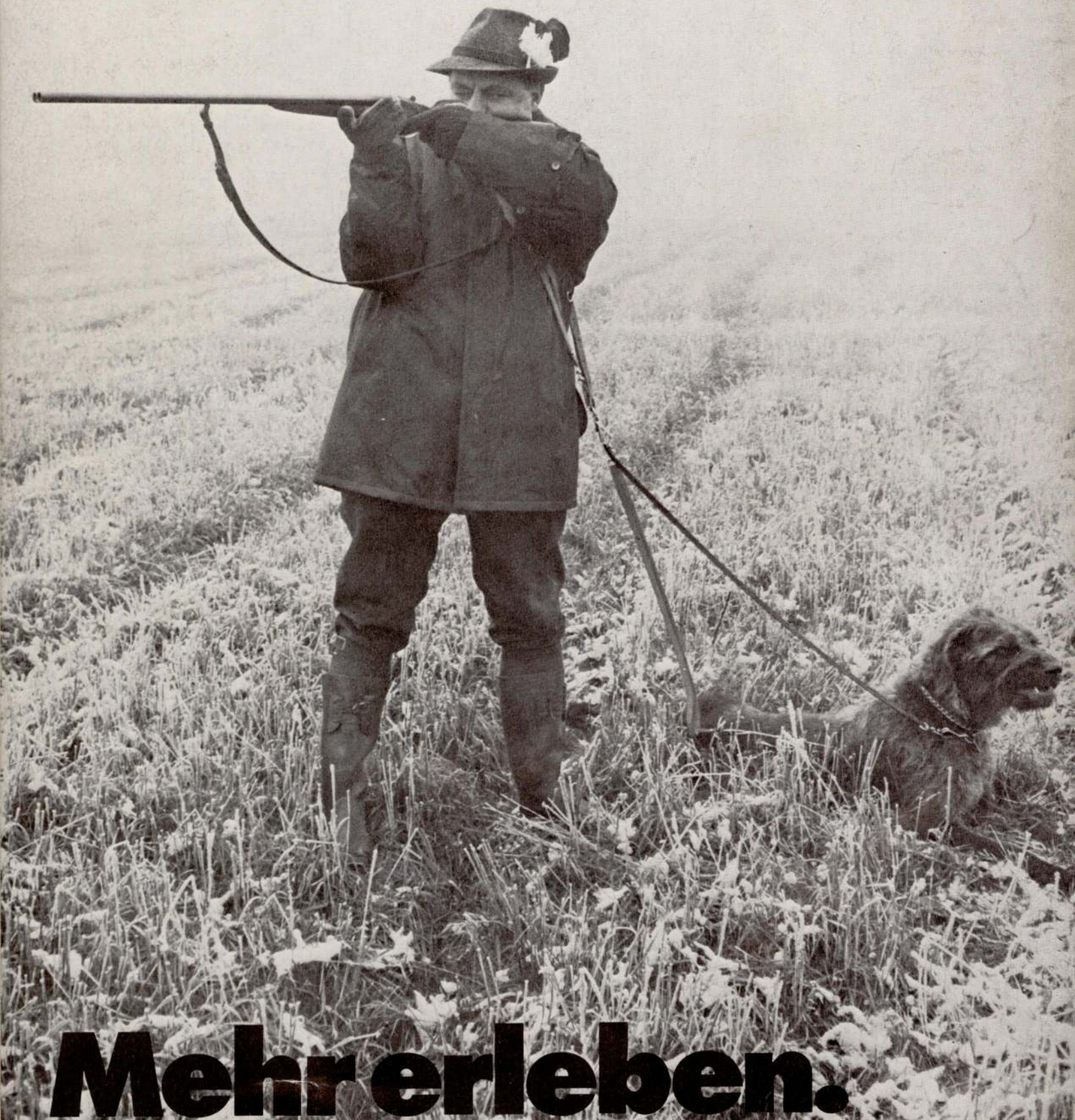
Das Intim-Deodorant Spray erhalten Sie
in 2 Duftnoten: fleur – sportlich-frisch, bouquet – duftig-blumig

Dr. h. c. Franz »Josef« Strauß, Vorsitzender der CSU, frönt gerne seiner Leidenschaft, der Treibjagd. Wenn er in Niederbayern durch die Fluren streift und der Kreatur den Fangschuß gibt, denkt er manchmal an das Kesseltreiben auf die Münchener Bankräuber oder an die Terroristenjagd im olympischen Dorf.
Hier muß er keine falschen Rücksichten nehmen – das Reglement schließt den Tod ein. Waidmanns Heil.

Mehr erleben in der großen weiten Welt des Jagdsports.

Diese Anzeige sehen Sie nur einmal, nur hier und jetzt.

Es ist eine von vielen, die noch kommen.



Mehr erleben.